

**gut
beraten...**



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

	Seite
Erklärung des ZK der KPD zur Regierung Kiesinger, Strauß, Wehner	2
Unsere demokratische Alternative zur Wirtschaftspolitik der Monopole	5
Kongreß „Notstand der Demokratie“ Beobachtungen und Bemerkungen eines Teilnehmers	9
„DGB vor einer Zerreißprobe“ — Gefahr oder Drohung?	14
Rüstung, Bundeshaushalt und Finanzen	18
Stabilisierungsgesetze und Landwirtschaft	22
Dem. VII. Parteitag der SED entgegen!	26
Leuna heute und in der Vergangenheit	30
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	34
Aus dem Leben der Partei:	39
50 Jahre Oktoberrevolution:	43
Für die Mappe des Propagandisten:	46
Tatsachen aus der DDR	51
Das neue Buch: Weißbuch: 10 Jahre KPD-Verbot	53

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Regierung Kiesinger, Strauß, Wehner

Der von langer Hand vorbereitete Plan Adenauers, Strauß' und Wehnens, die bankrote CDU/CSU-Politik wieder flottzumachen, soll jetzt mit der Großen Koalition realisiert werden. Die CDU/CSU, deren Politik in einer tiefen Krise steckt, innerlich zerrissen, in der Bevölkerung immer mehr isoliert, will nun mit Hilfe von Wehner durch einen Ruck nach rechts ihre bankrote Politik der Aufrüstung, des Alleinvertretungsanspruchs, der volksfeindlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Beseitigung der demokratischen Rechte fortsetzen.

Die Führer der CDU/CSU betrachten die Große Koalition als das Mittel, die Partei vor dem Bankrott zu retten. In der Großen Koalition wollen Kiesinger und Strauß mit Hilfe von Wehner die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Regierungsherrschaft der CDU/CSU im Interesse der großen Monopole, der Militärs und der Revanchisten auf lange Zeit gesichert wird.

Nach 17 Jahren gab es für die SPD die große Chance, die Regierungsherrschaft der CDU/CSU zu beenden und selbst die Führung der Regierung zu übernehmen. 13 Millionen Wähler, Millionen Gewerkschafter, viele demokratische Bürger, bedeutende Kräfte der Intelligenz, der Bauern und der Jugend haben von der SPD erwartet, daß sie diese Chance nutzt und die Weichen für die Politik in der Bundesrepublik neu stellt. Die SPD hätte sich bei der Überwindung der CDU/CSU-Politik und der Einleitung eines neuen Kurses auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen und dabei die Einheit ihrer eigenen Reihen stärken können.

Statt die CDU/CSU-Regierung zum Offenbarungseid zu zwingen, beging Wehner mit der Parteispitze einen groben Vertrauensbruch an der Mitgliedschaft und an den Wählern durch die Preisgabe aller Versprechungen für eine neue Politik. Statt mit den demokratischen Kräften im Volk zusammenzugehen, gingen die rechten Führer der SPD ebenso wie 1914 und 1932 ein Bündnis mit den reaktionärsten Politikern, mit dem Monopolkapital ein.

Kiesinger und Strauß haben schon klar ausgesprochen, was das Volk von der Großen Koalition zu erwarten hat. Diese Große Koalition auf Zeit soll die Ausplünderung des werktätigen Volkes durch die Wirtschaftspolitik der großen Monopole noch mehr steigern. Darum beginnt die Tätigkeit der Regierung mit der Erhöhung der Steuern, mit Preissteigerungen und Sozialabbau, mit massiven Drohungen gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. Das sogenannte Stabilisierungsgesetz, das den Ländern und Gemeinden die Finanzhoheit entzieht, zerstört weitgehend die demokratische Verfassungsstruktur der Bundesrepublik. Die im Atombunker durchgespielten Notstandsgesetze sollen jetzt durch Strauß, Lücke, Wehner und Leber gegen die Gewerkschaften und die demokratischen Bürger durchgepeitscht werden. Im Widerspruch zum Grundgesetz wollen die großen Monopole zur Sicherung ihrer Macht und der Regierungsherrschaft der CDU/CSU das Wahlrecht manipulieren.

Unverkennbar ist die Absicht der Kiesinger, Strauß, Guttenberg und Schröder, ihre aggressive Außenpolitik fortzusetzen. Der Alleinvertretungsanspruch soll erhalten und die Feindschaft gegen die DDR noch stärker gesüchtet werden. Aufrüstung und Beteiligung an der Atomkriegsstrategie, Aufrechterhaltung der revanchistischen Grenzforderungen, weitere Unterstützung des USA-Krieges gegen Vietnam sind Programmpunkte dieser Koalitionsregierung.

Möge sich niemand täuschen: Alles Gerede über eine neue Ostpolitik, eine angebliche Friedenspolitik, Schritte zur Verständigung soll der Bevölkerung Sand in die Augen streuen und die aggressiven Ziele dieser Regierung verschleiern. Mit Nazi-Kiesinger, mit dem korrupten Machtpolitiker Strauß, mit dem Erzreaktionär Guttenberg — dem neuen Globke dieser Regierung — gibt es keine neue Politik. Der alte Kurs wird verstärkt fortgesetzt und damit gerät die Bundesrepublik in immer größere Gefahr.

Diese Pläne machen deutlich, daß der Kurs der Regierung eindeutig nach rechts geht. Die Diskreditierung der

Demokratie und der Parlamente, die Preisgabe nationaler Interessen, die Förderung von Chauvinismus und Revanchismus durch die unselige Allianz Strauß/Wehner ruft die große Gefahr hervor, daß die neonazistische NPD noch mehr Spielraum und weiteren Auftrieb erhält.

Die KPD betrachtet die Regierung der Großen Koalition als eine Übergangsregierung. Sie soll die Brücke zur offenen Notstandsdiktatur sein, in der Strauß das Kommando haben würde. In der Kiesinger-Regierung bestimmen die reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU, die auch die engsten Vertrauten der Großindustrie, der Banken und der Generale sind.

Für diese Leute ist Wehner ein Kumpan, der die Politik von Kiesinger und Strauß gegen den Willen der eigenen Partei und der Arbeiterklasse durchsetzen soll. Der Professor Schiller soll die Wirtschafts- und Finanzkonzeption der Großindustrie gegenüber den Gewerkschaften und dem ganzen werktätigen Volk durchsetzen, die nach den Worten von Strauß nur Schweiß und Tränen bedeutet. Brandt als Außenminister und Heinemann als Justizminister werden in dieser Regierung als Erfüllungsgehilfen missbraucht.

Die KPD erklärt: Diese Regierung ist weder bereit noch fähig, die Ursachen zu beseitigen, die zu der krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik geführt haben. Mit der Weiterführung der seit 17 Jahren verfolgten Grundkonzeption dieser Politik gerät die Bundesrepublik außenpolitisch in noch weitere Isolierung und das Volk in noch größere Bedrängnis.

Die KPD hat am Beginn der offenen Regierungskrise an das Volk appelliert, nicht mehr zuzulassen, daß die Ursachen der Krise vertuscht werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß entsprechend dem Grundgesetz die demokratischen Kräfte maßgeblichen Einfluß nehmen müssen auf die Politik der Bundesrepublik. Die Zeit erfordert, die Aufrüstung zu stoppen, den revanchistischen Alleinvertretungsanspruch und die Grenzforderungen aufzugeben, normale Beziehungen zur DDR herzustellen, wirtschaftliche

Stabilität zu sichern durch die Hebung der Kaufkraft des Volkes und durch die Einschränkung der Macht der Monopole, entsprechend dem Grundgesetz zu handeln und die Demokratie zu entwickeln.

Diese unsere Vorschläge stimmen weitgehend überein mit den Forderungen der IG Metall und anderer Gewerkschaften, den Forderungen des Kongresses „Notstand der Demokratie“, den Vorschlägen, die namhafte Persönlichkeiten des geistigen und gesellschaftlichen Lebens machen.

Erhebliche Teile der Mitglieder und Funktionäre der SPD wenden sich in Protesten auf Parteiberatungen, mit Kundgebungen und Demonstrationen gegen den von Wehner erzwungenen Eintritt in die Große Koalition mit Kiesinger und Strauß. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß ihre Partei für die reaktionären Zwecke der CDU/CSU missbraucht wird. Auch viele Abgeordnete der SPD im Bundestag konnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, für den Eintritt in eine Koalition mit Nazi-Kiesinger, Strauß und Hassel zu stimmen. Wehner konnte zwar den Beifall von Axel Springer und den Vertretern der Großindustrie erreichen, aber immer mehr Mitglieder, Funktionäre und Parteiorganisationen verurteilen seine Politik, die SPD an die reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU zu binden. Mit der Forderung „Die CDU/CSU darf nicht weiter die Regierungspolitik bestimmen, sie muß von der Regierungsherrschaft verdrängt werden“, entwickeln immer mehr Sozialdemokraten Vorschläge für eine eigene sozialdemokratische Politik, die die SPD an die Seite der Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte bringt.

Immer größer wird die Zahl der Mitglieder und Wähler der SPD, die erkennen, daß die Politik Wehnens verhängnisvoll ist und treten darum innerhalb und außerhalb der SPD für eine selbständige Politik ihrer Partei und für ein Zusammengehen mit allen demokratischen Kräften ein. Die Forderung einer wachsenden Zahl von Parteiorganisationen nach einem außerordentlichen Parteitag zeigt, daß sich die Sozialdemokraten mit der

Großen Koalition nicht abfinden wollen. Sie wollen in der Partei einen neuen Kurs durchsetzen. Sie wollen verhindern, für die Sicherung der CDU/CSU-Regierungsherrschaft mißbraucht zu werden, um dann den Fußtritt zu erhalten.

Die KPD appelliert an die ganze Bevölkerung, insbesondere an die Kommunisten und Sozialdemokraten: Findet euch nicht mit den in Bonn geschaffenen Tatsachen ab! Die gegen das Volk gerichtete Koalition muß wieder verschwinden. Auch die reaktionärste Regierung kann ihre Pläne nicht durchführen, wenn die Arbeiterklasse, wenn das Volk einen einheitlichen und entschlossenen Widerstand leistet.

Statt Steuererhöhungen und Sozialabbau Einschränkung der Rüstung und Erhöhung der Löhne.

Statt Notstandsgesetze und Verschlechterung des Wahlrechts — Sicherung des Grundgesetzes und Mitbestimmungsrecht für die Gewerkschaften.

Statt Beseitigung der Tarifautonomie — Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften.

Statt Feindschaft gegen die DDR — Verständigung und Verhandlungen zwischen beiden Regierungen.

Statt Eskalation des schmutzigen Krieges in Vietnam — Einstellung jeglicher Unterstützung der USA-Aggressoren.

Statt NATO- und Atomstrategie — friedliche Koexistenz, für ein System kollektiver Sicherung in Europa.

Die Große Koalition darf mit ihrer verhängnisvollen Politik nicht durchkommen. Es gilt jetzt, das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte herbeizuführen. Nur so kann eine gesicherte Existenz der Bundesrepublik garantiert und ein besseres, friedliches Leben für die Bevölkerung errungen werden.

Unsere demokratische Alternative zur Wirtschaftspolitik der Monopole

von JOSEF LEDWOHN

Mit den Vorschlägen „Für eine stabile Friedenswirtschaft“ hat unsere Partei der Bevölkerung ein demokratisches Wirtschaftsprogramm unterbreitet, das im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole und deren Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielen kann. Ein antimonopolistisches Wirtschaftsprogramm, das von der ganzen Arbeiterbewegung vertreten werden und auch die Unterstützung der Bauern, der Mittelständler und der Intelligenz finden kann, ist heute deshalb so notwendig, weil sich besonders in der jüngsten Zeit eindeutig beweist, daß die Monopole im Interesse ihrer Profite mit politischen und sozialen Zwangsmaßnahmen offen gegen das Volk vorgehen und die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung sich als Mißwirtschaft mit schlimmen Folgen für die Werktätigen erwiesen hat.

Seit Jahren haben Abs, Flick und ihr Ideologe Erhard mit einem „Wirtschaftswunder“ geprahlt und auch bei vielen Werktätigen falsche Vorstellungen geweckt, als ob unter der Herrschaft des Großkapitals ein stetiges Wirtschaftswachstum und steigender Lebensstandard zu erreichen seien. Leber von der IG Bau—Steine—Erden verstieg sich sogar auf dem Verbundstag in Bremen zu der Behauptung, für die Arbeiter seien jene Kapitalisten

am besten, die die höchsten Gewinne machen. Jetzt sind die Träume von der Sozialpartnerschaft zu Ende. Entlassungen, Kurzarbeit, Kürzung von Prämien, Senkung der Löhne durch Umsetzungen, Lohnstopp und Kürzung der Reallöhne durch Preissteigerung und teilweise direkter Lohnabbau — das sind die Tatsachen, die für die „Beziehungen“ zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden maßgebend geworden sind.

Die Krise im Bergbau, die Schwierigkeiten in der Stahlindustrie, Entlassungen im Textil- und Maschinenbausektor, soziale Verschlechterungen im Zuge der Automatisierung sind nicht unvermeidlich, sondern Folgen einer Wirtschaftspolitik, die sich an den aggressiven Plänen der CDU/CSU, an der Rüstung und den Höchstprofiten der Monopole orientiert. In dieser Lage, da Unternehmerverbände und Regierung bewußt den Lebensstandard der Werktätigen senken, ist die Organisierung des Widerstandes gegen jeden einzelnen Angriff notwendig und gleichzeitig ein Plan für die Werktätigen erforderlich, um eine Stabilisierung ihres Lebensstandards zu erreichen. Gerade diesem Zweck dient das demokratische Wirtschaftsprogramm, das unsere Partei veröffentlicht hat.

Für stabiles Wirtschaftswachstum, für steigenden Lebensstandard

Wir Kommunisten wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Bevölkerung und die Wirtschaft noch tiefer in Schwierigkeiten und krisenhafte Entwicklungen gestoßen werden. Mit den Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft zeigen wir einen Weg, wie den Schwierigkeiten begegnet und ein stabiles Wirtschaftswachstum, ein stetig steigender Lebensstandard erreicht werden können.

Diese Aufgabe ist auch deshalb zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, weil die Konzerne und ihre Regierungen es nicht vermocht haben, ein solches stetiges Wirtschaftswachs-

tum zu sichern. Die Zuwachsraten in der gesamten Industrie sind geringer geworden, und in weiten Bereichen ist die Produktion unter das Niveau des Vorjahres gesunken. So gibt es viele Gründe, warum gerade jetzt für die Arbeiterbewegung ein Plan für eine vernünftige und soziale Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Millionen Arbeiter machen jetzt erstmals krasse eigene Erfahrungen mit dem ausbeuterischen, erpresserischen Charakter der Großkapitalisten. Wenn z. B. die Arbeiter in einem Betrieb im Ruhrgebiet vor die Wahl gestellt werden, sich mit einer Kürzung

ihres Lohnes einverstanden zu erklären oder entlassen zu werden, was sollen sie dann tun? Dieses Entweder-Oder ist für die Arbeiter unannehmbar. Die IG Metall hat z. B. in diesem Fall zu Recht den Arbeitern geraten, eine solche Erpressung strikt abzulehnen. In jedem Fall sollten die Arbeiter mit ihren Vertrauensleuten, dem Betriebsrat, ihren Gewerkschaften solchen Forderungen der Unternehmer entschlossen entgegentreten und auf ihrem Lohn bestehen und gleichzeitig jede Entlassung ablehnen. Das ist der Ausgangspunkt. Jedes Nachgeben er-

muntert nur den Unternehmer zu weiteren Maßnahmen gegen die Arbeiter, wie das bei der Firma Wolff (Bochum) bewiesen wurde, wo trotz einer mit dem Betriebsrat vereinbarten zehnprozentigen Lohnsenkung Arbeiter entlassen wurden. Die Protestdemonstrationen der Arbeiter vom Bochumer Verein gegen Entlassungsabsichten und das Zurückweichen der Direktion beweisen ebenso wie der Streik in einer Druckerei in Offenbach, daß bei entschlossenem Auftreten eine Chance besteht, den Arbeitsplatz und den Lohn zu verteidigen.

Voraussetzungen für eine stabile Friedenswirtschaft

Eine Voraussetzung für die Sicherheit der Arbeitsplätze und für steigenden Reallohn ist, daß die Produktion stetig wächst und die Wirtschaft floriert. In unseren Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft werden dazu zwei entscheidende Voraussetzungen genannt. An erster Stelle steht die Forderung, die Wirtschaft muß von der Last der Rüstungs- und Kriegspolitik befreit werden. Über 20 Milliarden Mark pro Jahr für unproduktive Rüstungsausgaben — das sind die tiefste Ursache für den Währungsverfall, das Defizit im Haushalt, den Preisauftrieb, die Devisenschwierigkeiten. Darum beginnt der Kampf für eine demokratische Wirtschaftspolitik auch mit der Forderung nach einer echten Friedenspolitik der Bundesrepublik. Dazu gibt es heute im Volk viele Ideen. Sie reichen z. B. von der Forderung auf Einfrieren der Rüstungen bis zur sofortigen Halbierung des Rüstungsetats als Beginn einer Wende zu einer Friedenspolitik.

Unsere Partei hat vorgeschlagen, das Haushaltsdefizit für 1967 von etwa 4 Milliarden Mark durch die Kürzung der Rüstungsausgaben um 5 Milliarden Mark zu decken. Eine solche Kürzung des Rüstungsetats wäre ein echter Abrüstungsschritt und könnte weitere Maßnahmen zur Abrüstung einleiten und so der Entspannung dienen. Wer glaubt, mit steigenden Rüstungskosten, wie von Hassel das vorschlägt, die Wirtschaft stabilisieren zu können, irrt sich. Hassel und die USA-Regierung sind sich einig, daß weitere riesige Waffenkäufe durch

die Bundesrepublik bei USA-Rüstungsfirmen getätigt werden. Dafür sollen auch in Zukunft viele Milliarden in Devisen zur Verfügung gestellt werden. Die USA wollen der Bundesregierung ein neues Düsenkampfflugzeugsystem aufzwingen, nachdem das Starfighter-Programm bankrott ist. Diese Umrüstung kostet wieder Milliarden und bringt den USA-Firmen riesige Rüstungsprofite. Minister Lücke will die Notstandsgesetze durchpeitschen und praktizieren. Selbst nach Angaben der Regierung kostet dieses Notstandsprogramm allein weitere Milliardenbeträge. Hier ansetzen, in diesen Punkten die Politik ändern — das ist die entscheidende Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaftspolitik.

Eine zweite Voraussetzung für eine stabile Friedenswirtschaft ist, daß die Wirtschaft ihre entscheidende Basis hat in der Massenkaufkraft und deren stetiger Erweiterung. Gerade heute, da der Konkurrenzkampf der großen Monopole auf dem kapitalistischen Weltmarkt härter geworden ist, ist die Erweiterung des inneren Marktes um so dringender. Im Jahre 1966 ist aber die innere Nachfrage durch die Maßnahmen der Bundesregierung und der Bundesbank zurückgegangen, haben Konzerne und Regierung auf die Kaufkraft der Bevölkerung einen Druck ausgeübt, ist die Kaufkraft durch Mieterhöhungen, Tarifsteigerungen und Senkung des Reallohns zurückgegangen.

Wir Kommunisten vertreten mit den Gewerkschaften den Standpunkt, daß

zur Stabilisierung der Wirtschaft in erster Linie die Erhaltung der Kaufkraft der Bevölkerung die Grundvoraussetzung ist. Denn in hohem Maße ist jedes Wirtschaftswachstum davon abhängig, daß die produzierten Waren auch konsumiert werden können. In der jetzigen Lage, da die Inlandsnachfrage zurückgegangen ist, ist ein neuer starker Impuls für die Belebung der Konjunktur nicht zuletzt zu erreichen, wenn Löhne und Gehälter erhöht werden. Die Erhöhung des Lebensstandards ist ein wichtiges Mittel gegen die krisenhafte Entwicklung.

In diesem Geiste, mit solchen Zielen kämpfen die Kommunisten mit allen Werktäglichen gegen Krisenerscheinungen. So kann die von der Mehrheit der Bevölkerung befürchtete Krise verhindert werden. Aber die Regierung und ihre Auftraggeber aus den Konzernen wollen die Teilkrisen bewußt weitertreiben, um z. B. eine industrielle Reservearmee zu schaffen (ein Arbeitslosenheer), das dann benutzt werden kann, um gegen Lohnerhöhungen, Gehaltsforderungen und Forderungen nach sozialen Verbesserungen aufzutreten.

Die nationalen Interessen in der Wirtschaft

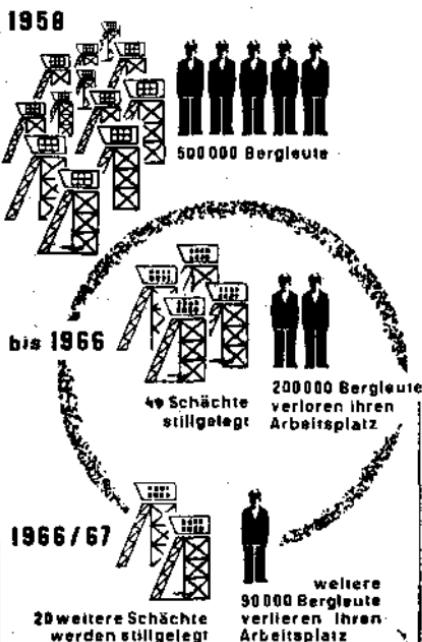
Im Ruhrgebiet kündigte die abgelöste CDU-Regierung die Schließung von weiteren 60 Zechen anlagen an, so daß nur noch 35 Zechen übrig bleiben sollen. In den Vorschlägen der KPD für eine stabile Friedenswirtschaft ist ein Weg gewiesen, wie eine gesunde Entwicklung im Bergbau erreicht werden

kann. Das ist im Kern eine nationale Frage und berührt den grundlegenden gesellschaftlichen Charakter des Wirtschaftssystems. Der Bergbau wird bewußt von den großen internationalen Ölkonzernen mit Hilfe ihrer Vertrauensmänner in den Regierungen niederkonkurriert. Dazu kommt, daß von den Regierungen in Bonn und Düsseldorf der USA-Kohle der westdeutsche Markt weit geöffnet wurde. Gleichzeitig wird immer mehr USA-Kapital in den entscheidenden Industrien angelegt. Diese Preisgabe nationaler Interessen der Bundesrepublik gründet sich auf die Spekulation, daß die USA, wenn sie ökonomisch in der Bundesrepublik festgelegt ist, auch politisch und militärisch die aggressiven Ziele der deutschen Monopolherren und Generale unterstützen wird.

Hier wird schon deutlich, wie eng die Forderung nach einer echten Friedenspolitik verknüpft ist mit den richtigen nationalen Interessen der Bevölkerung. Eine stabile, wachsende Wirtschaft erfordert den Frieden und muß aufbauen auf der nationalen Selbständigkeit der Bundesrepublik.

Da die Konzernherren im Bergbau weder von den nationalen Interessen noch von den Bedürfnissen des Volkes ausgehen, sondern den Profit als oberstes Leitbild ansehen, beteiligen sie sich in wachsendem Maße am internationalen Ölgeschäft und opfern skrupellos die Arbeitsplätze Hunderttausender Bergarbeiter und wesentliche Einnahmequellen von Dutzenden Städten und Gemeinden.

Steinkohlenkrise im Ruhrgebiet



Wir Kommunisten gehören nicht zu denen, die mit Appellen an die Konzerne und Regierungen glauben, die Mißwirtschaft der Monopole korrigieren zu können. Erforderlich ist ein eigenes Wirtschaftsprogramm der Arbeiterschaft. Um die Lage zu ändern, ist entschlossener Kampf außerhalb und innerhalb der Parlamente nötig. Im Betrieb geht es um die Verhinderung jeder Verschlechterung. Der aktive Lohnkampf und der politische Kampf für die Durchsetzung der Mitbestimmung der Gewerkschaften sind die Instrumente, um auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, im Betrieb, in den Konzernen und überbetrieblich auf Landes- und Bundesebene die Wirtschaftspolitik mitbestimmen zu können.

Es gilt, die Alleinherrschaft der Monopole zurückzudrängen. Die Gewerkschaften als die Repräsentanten der ganzen Arbeiterklasse müssen im Betrieb und der ganzen Wirtschaft den Gesamtkurs und die Einzelentscheidungen beeinflussen können. Dann bestehen Möglichkeiten für die ganze Bevölkerung, wirtschaftliche Sicherheit zu erreichen.

In den Vorschlägen unserer Partei wird dargelegt, daß die Mitbestimmung sich gründen muß auf das öffentliche Eigentum, d. h. auf das Gemeinde-, Land- und Bundeseigentum in den entscheidenden Industriezweigen und marktbeherrschenden Unternehmen. Ziel einer demokratischen Wirtschaftspolitik muß sein, das öffentliche Eigentum auszuweiten, z. B. die Betriebe des Bergbaus und der gesamten Energiewirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen, wie das im Beschuß des letzten Verbandskongresses der IG Bergbau und Energie gefordert wird. Gestützt auf die nationalisierten Produktionsmittel könnten auch der gesamten Wirtschaft Richtpunkte gesetzt werden, und eine demokratische Planung der Planlosigkeit der Monopolwirtschaft entgegenwirken.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist heute auf vielfältige Weise mit dem Weltmarkt verknüpft. Mit den EWG-Bindungen ist sie über die NATO, aber auch durch den engstirnigen

Antikommunismus der herrschenden Kreise einseitig an den kapitalistischen Weltmarkt gebunden. Eine demokratisch geleitete Wirtschaft würde umfassende internationale Beziehungen pflegen. Denn Autarkie würde uns schädigen und ist unreal. Eine demokratische Wirtschaftspolitik hätte vielmehr alle Möglichkeiten, den ganzen Weltmarkt nutzen zu können für den Handel und damit für die Auslastung eines wachsenden Produktionsapparates. Befreit von der unsinnigen Embargopolitik könnten durch Normalisierung der Beziehungen und gleichberechtigten Handel mit den sozialistischen Staaten starke Positionen auf einem wachsenden Markt erschlossen werden. Dann ließen sich langfristige Verträge mit den sozialistischen Staaten abschließen und damit ein weiterer Stabilisierungsfaktor für den Wirtschaftsablauf bilden. Das gleiche gilt auch für den Handel zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, der aus den gegenwärtigen engen Grenzen herausgebracht werden kann, wenn die diskriminierenden antikommunistischen Anmaßungen der Bundesregierung überwunden werden. So erweist sich: Die jetzige wirtschaftliche Abschließung in der EWG muß ersetzt werden durch gleichberechtigte Handelsbeziehungen zu allen Ländern ohne Unterschied ihrer gesellschaftlichen Ordnungen.

Solche Gedanken und Vorschläge hat unsere Partei in ihren Vorstellungen für eine demokratische Wirtschaftspolitik vorgeschlagen. Sie gilt es in der gesamten Arbeiterbewegung zu diskutieren, denn eine neue Wirtschaftspolitik kann nur im gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzt werden.

Jeder Kommunist sollte seinen Arbeitskameraden die Vorschläge unserer Partei für eine stabile Friedenswirtschaft unterbreiten und erläutern. Die Arbeiter wollen Vorschläge für einen gangbaren Ausweg diskutieren. Wenn sie den Ausweg erkennen, dann werden sie jeden Angriff auf ihren Lebensstandard verschlossen beantworten.

Unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge betrachten wir als einen Ausgangspunkt für kameradschaftliche Diskussionen, vor allem mit den sozialdemokratischen Genossen in Betrieb und Gewerkschaft. Wenn sich die Arbeiter auf gemeinsame wirtschaftspolitische Forderungen einigen, dann wird auch das reaktionäre Stabilisierungsgesetz abgewehrt, dann kann auch der Einfluß der Arbeiter und der Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft entscheidend verstärkt werden.

Wir betrachten die Vorschläge unserer Partei auch als geeignete Grundlage für die Aussprache und das Zusammengehen der Arbeiter mit den Bauern, den Mittelständlern und den Angehörigen der Intelligenz. Sie alle haben ein gemeinsames Interesse daran, daß die großen Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt bietet, nicht einseitig für den Profit einer kleinen wirtschaftlichen Machtelite, sondern zum Wohl des ganzen Volkes genutzt werden.

Kongreß „Notstand der Demokratie“

Beobachtungen und Bemerkungen eines Teilnehmers

Nicht nur die Stadt Frankfurt, sondern die Bundesrepublik erlebte am 30. Oktober 1968 die größte politische Demonstration seit vielen Jahren. Aus allen Teilen der Bundesrepublik hatten sich Notstandsgegner zur bisher größten Widerstandsaktion gegen die Bonner Diktaturpläne zusammengefunden.

Immer wieder begegnete man Gruppen von Teilnehmern, die bis in die späten Nachmittagsstunden das Bild der Frankfurter Innenstadt bestimmten. Mit Umleitungen mußte die Polizei den Verkehr, den starken Zustrom von Autobussen und Kraftwagen regeln. In langer Reihe standen die über 400 Autobusse aus vielen Städten der Bundesrepublik, mit Lösungen und Transparenten geschmückt. 8500 Personen beteiligten sich an den sechs Arbeitsgemeinschaften, die in den größten Sälen des Frankfurter Stadtgebietes stattfanden, wobei sich die Säle als zu klein erwiesen.

Zu einem unvergesslichen Erlebnis gestaltete sich die Abschlußkundgebung auf dem Römerberg. Sicher kann man ohne Übertreibung sagen, daß die 24 000 Teilnehmer stellvertretend für viele Bürger unseres Landes, für Gewerkschafter, für einen großen Teil des wissenschaftlichen, geistigen und kirchlichen Lebens demonstrierten. In einem Wald von Plakaten und Transparenten tauchten immer wieder die Lösungen auf: „Notstandsrecht ist Kriegsrecht“, „Wehret den Anfängen“, „Regierungskrise erfordert Neuwahlen — keine Notstandsgesetze“,

„Schubladengesetze sind Verfassungsbruch“, „Keine neuen Ermächtigungsgesetze“, „Statt Notstandsgesetze Entspannungspolitik“, „Hände weg vom Grundgesetz“.

Es war kennzeichnend für die Atmosphäre des Treffens der Notstandsgegner, daß den meisten Teilnehmern bewußt war, an einem Ereignis teilgenommen zu haben, das für den weiteren Kampf um Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik von großer Bedeutung ist. Nach der Abschlußkundgebung kam ich mit einem Teilnehmer ins Gespräch, der, wie sich herausstellte, Gewerkschaftsfunktionär in einem Hamburger Verkehrsunternehmen ist. „Ich habe hier erlebt, daß unsere Arbeit nicht umsonst ist und daß wir doch etwas erreichen können, wenn wir uns anstrengen.“ Er versicherte, daß er nun mit neuer Kraft nach Hause fahren würde.

Versucht man die Bedeutung des Frankfurter Kongresses in einen Satz zu fassen, dann könnte man sagen: Hier formierte sich das Bündnis von Arbeitern und Geistesschaffenden, die ein konstruktives Programm zur Rettung der Demokratie erarbeiteten.

Mit vollem Recht wird deshalb auch in der Schlußerklärung hervorgehoben: „Der Kongreß „Notstand der Demokratie“ hat die wachsenden Widerstandskräfte aus der Wissenschaft, der Intelligenz, den Gewerkschaften und besonders der jungen Generation ungeachtet sonstiger politischer Meinungsverschiedenheiten zu gemeinsamem Handeln zusammengeführt.“

Die entscheidende Kraft

Man kann Prof. Ridder, einem Mitglied des Kuratoriums, nur zustimmen, wenn er feststellte, daß der Frankfurter Kongreß ein „ermutigender Auftakt für ein neues Losschlagen in anderer Qualität“ sei. Diese neue Charakteristik besteht wohl darin, daß im Kampf für die Erhaltung der demokratischen Grundrechte die höchste bisher erreichte Form eines demokratischen Bündnisses seit 1945 geschaffen wurde. Die entscheidende Kraft dieses Bündnisses ist die Arbeiterschaft. Sie wird repräsentiert durch Funktionäre und große Teile der Mitglieder von sechs Industriegewerkschaften, sowie auch durch Gewerkschafter, deren Vorstände das Kurato-

rium noch nicht unterstützten. Die besondere Rolle der Gewerkschaften in diesem Bündnis hervorhebend betonte Prof. E. Kogon bereits vor dem Frankfurter Kongreß, daß die Gewerkschaften heute nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. „Sie vertreten vielmehr den größten Teil des Volkes, und zwar in seinen Existenzinteressen...“ („Atomzeitalter“ Nr. 4/5 1966).

Zu diesem Bündnis gehören ein großer Kreis anerkannter Wissenschaftler und Professoren der Bundesrepublik, beachtliche Kreise der Kirchen, namhafte Schriftsteller und Publizisten, Kräfte der Friedensbewegung, Jugend- und Studentenverbände sowie Angehörige des Mittelstandes.

Die Tatsachen

Das Kuratorium hatte sich die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, daß die Notstandsgesetze den Notstand der Demokratie schaffen. Über 30 führende Funktionäre der Gewerkschaften, Professoren und Publizisten führten diesen Nachweis mit Tatsachenmaterial in eindrucksvoller Sachkenntnis.

Hier einige Beispiele, mit denen sie den Ernst der Situation charakterisieren:

Journalist Gösta von Uexküll: Mit den Notstandsgesetzen erfolgt eine Einführung des Hasses, wird ein Klima der Aggressivität nach innen und außen geschaffen.

Lehrer Herbert Stubenrauch: Die Notstandsgesetze sind ein Instrument zur totalen Militarisierung des Volkes. Sie sollen den zivilen Sektor kriegsbereit machen.

Werner Vitt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Chemie: Wer die Notstandsgesetze will, beweist, daß er keinen Respekt vor dem Volke hat. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften zu erreichen, daß dem Bürger Respekt gezollt wird.

Prof. Dr. Werner Hofmann: Die Bundesregierung will eine Zentralisierung der öffentlichen Gewalt und eine Durchmilitarisierung des gesamten öffentlichen Lebens schon in Friedens-

zeiten. Ein zweites 1933 darf es nie mehr geben.

Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall: Die geplante Notstandsgesetzgebung beeinträchtigt den Lebensstandard von 80 Prozent der Bevölkerung. Sie bedeutet das Ende des sozialen Fortschritts, weil sie die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend einengen würde.

Erwin Essl, Landtagsabgeordneter der SPD und erster Vorsitzender der IG Metall in Bayern: Man kann die Souveränität nicht durch Abbau der Grundrechte, sondern nur durch Ablösung der Folgen des Krieges und durch einen Friedensvertrag erreichen.

Prof. Dr. Petscher: Die Notstandsgesetze gefährden eine Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten des Ostens und nicht zuletzt zur Deutschen Demokratischen Republik.

Philipp Pless, SPD-Landtagsabgeordneter, 2. Vorsitzender des DGB in Hessen: Die Notstandsgesetze würden den wirtschaftlich Mächtigen auch eine politische Machtfülle einräumen, die skrupellos missbraucht werden würde.

Olaf Radke, Landtagsabgeordneter der SPD: Mit dem Abbau der Grundrechte handelt die Bundesregierung verfassungswidrig.

Dr. Heinrich Hannover: Notstandsgesetze sind die Prinzipien eines tota-

len Staates, der den einzelnen total erfaßt.

Nora Platiel, Landtagsabgeordnete der SPD: Die Durchführung der Fallex-Übung ist ein Experiment der Verhöhnung des Volkes.

Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin: Jeder Abbau unserer Demokratie verschlechtert auch unsere außenpolitische Situation.

„Vergessen wir nicht die historischen Erfahrungen“. Immer wieder war in Frankfurt diese Mahnung zu hören, die Kollege Benz vom Vorstand der IG Metall den Teilnehmern der Abschlußkundgebung zurief.

Besonders die Parallelität zwischen den Bonner Notstandsgesetzen und der faschistischen Diktatur mit ihren Zwangsgesetzen wurde immer wieder lebendig. So ist es verständlich, wenn CDU-Zeitungen beispielsweise Dr. Einsele wütend beschimpften, die er-

klärte, daß das Gesetzeswerk tiefe faschistische Züge durchzieht.

Ein angesehener sozialdemokratischer Journalist traf, nachdem er unmittelbar vor dem Frankfurter Kongreß in der Bundesrepublik veröffentlichte Entwürfe der Schubladengesetze gelesen hatte, die bemerkenswerte Feststellung: „Da sind mit einer juristischen Akribie und einer Perfektion ohnegleichen neue und alte, u. a. aus der Hitlerzeit stammende Gesetze und Verordnungen ergänzt worden.“

Mögen diese Äußerungen hier genügen, die für viele andere sprechen und zeigen, daß der Frankfurter Kongreß die Krise der Demokratie in der Bundesrepublik deutlich mache, gleichzeitig aber auch wachsendes Unbehagen breiterer Kreise und zunehmende Kampfbereitschaft gegen diese Entwicklung unübersehbar demonstrierte.

Für eine neue Politik

Der freundliche Pförtner des Frankfurter Rathauses, bei dem ich Auskunft über eine der Veranstaltungen einholte, bemerkte: „Im Casino-Saal findet eine Veranstaltung statt, die gegen Notstandsgesetze ist und alles was von Bonn kommt, ablehnt.“

Der sicher sonst gut informierte Pförtner war hier doch nicht ganz im Recht. Der Kongreß beschränkte sich keineswegs nur auf die Ablehnung der Notstandsgesetze und ihre Auswirkungen. Er war nicht nur „gegen etwas“ gerichtet. Seine Bedeutung besteht gerade darin, daß in sachlichen Erörterungen von legitimierten Vertretern aus allen Schichten der Bevölkerung konstruktive Vorstellungen für eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik, für eine neue Innen- und Außenpolitik erarbeitet wurden.

Im Mittelpunkt des Frankfurter Kongresses stand immer wieder die Forderung nach einer glaubwürdigen Friedenspolitik der Bundesregierung. In Reden, Fragen und Bemerkungen von Teilnehmern wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß hierzu vor allem die Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik gehört, daß die Bundesregierung nicht länger die USA-Aggression

in Vietnam unterstützen darf und daß sie endlich einen Beitrag zur Entspannung und für eine Politik der europäischen Sicherheit leistet.

So war das Treffen der Notstandsgegner in jeder Hinsicht auch ein Ausdruck des Verlangens großer Teile unserer Bevölkerung nach einer neuen Politik in der Bundesrepublik. Um diese endlich einzuleiten, wurde auch wiederholt die Forderung nach Neuwahlen zum Ausdruck gebracht.

Die Forderungen des Frankfurter Kongresses sind eindeutig und unmißverständlich:

- ① Keine Verfassungsänderungen! Festhalten am Grundgesetz.
- ② Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen.
- ③ Aufhebung der schon erlassenen Notstandsgesetze, Rücknahme der weiteren Gesetzesvorlagen und der Schubladenverordnungen, Schluß mit der Erprobung der Diktatur in Kriegsspielen.
- ④ Die Demokratie als die Existenzgrundlage unseres Volkes darf nicht zerstört und der Frieden der Welt nicht aufs Spiel gesetzt werden.
- ⑤ Beseitigung der wirklichen Notstände in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik.

Für den Beobachter war es immer wieder erfreulich festzustellen, daß eine große Zahl sozialdemokratischer Genossen aus den Gewerkschaften, Mitglieder und Funktionäre sowie auch mehrere Landtagsabgeordnete der SPD an den Veranstaltungen in Frankfurt teilnahmen.

Unter Berufung auf die Beschlüsse der Gewerkschaften und ihrer eigenen Partei bezeichneten sie den Kongreß als einen wertvollen Beitrag zum Schutze unserer demokratischen Grundrechte. Bekanntlich war ja auch auf dem Dortmunder Parteitag der SPD eine breite und offene Diskussion über die Notstandsgesetze gefordert worden. Diese fand in Frankfurt statt. Von Wehner wurde sie abgelehnt. Er erteilte dem Kongreß eine Absage und rechtfertigte in ihr die Teilnahme von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten an der Kriegsübung im Eifel-Bunker.

Die spärlichen Pressemeldungen, die darüber veröffentlicht wurden, reichen aus, um das Programm des aggressiven westdeutschen Militarismus nur zu deutlich zu erkennen: Endlose Flüchtlingstrecks werden von den Straßen geschossen, Städte lösen sich in Rauch und Asche auf, der Einsatz von Atomwaffen wird gefordert...

Häufig waren es sozialdemokratische Genossen, die diese Erprobung von Diktatur und Krieg als unvereinbar mit unserem Grundgesetz bezeichneten. Die hessische Landtagsabgeordnete Nora Platiel richtete auch an ihre eigene Parteiführung den bitteren Vorwurf, daß sie sich an einem Experiment der Verhöhnung des Volkes beteiligt hat.

Während Wehner die Bunkergemeinschaft mit den westdeutschen Militaristen rechtfertigte, lehnte er den Frankfurter Kongreß auch deshalb ab, weil er eine „falsche Frontstellung“ habe. Dazu bemerkte treffend ein junger Mann in der Arbeitsgemeinschaft im Palmengarten: „Nun spricht auch der Wehner schon wie ein General der Bundeswehr. Wenn es um die Aufrüstung, Unterstützung von Revanchistenrummel und gegen den Osten geht, dann ist für ihn die Frontstellung richtig.“

Noch dem Frankfurter Kongreß traf die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ die richtige Feststellung, daß Wehner kaum verhindern kann, daß der Bewegung zum Schutze unserer Verfassung auf die Dauer immer mehr Sozialdemokraten zuströmen werden.

In Frankfurt gewann man den Eindruck, daß jetzt in wachsendem Maße von vielen Kräften der demokratischen Bewegung unsere Auffassung geteilt wird, daß die herrschenden Kreise, unterstützt von einigen Führern der SPD, mit antikommunistischen Hetze das gemeinsame Handeln der demokratischen Kräfte behindern.

Häufig wandten sich Sprecher wie beispielsweise der Publizist Gösta von Uexküll gegen den antikommunistischen Kreuzzugsgeist und gegen das Märchen von der angeblichen Bedrohung durch die sozialistischen Länder.

Die antikommunistischen Scharfmacher, die Feinde der Demokratie und Verfassung, hatten sich folgende Taktik zurecht gelegt: Wochenlang verschwiegen sie die Vorbereitung des Kongresses, ignorierten mit Tot-schweigen die gewaltige Welle von Sympathie und Unterstützung. Als das erhoffte Ergebnis ausblieb, ergoß sich plötzlich eine Flut antikommunistischer Verleumdungen über die demokratischen Kräfte.

Wissenschaftler, deren Ansehen von Bonn sonst gerne als Aushängeschild benutzt wird, um eine Förderung von Geist und Wissenschaft vorzutäuschen, wurden ebenso diffamiert wie gläubige Christen oder Arbeiterfunktionäre, die ihr Eintreten für die Demokratie in der Vergangenheit schon mit Verfolgung und Zuchthaus bezahlen mußten.

Es ist auch eine richtige Antwort an die Adresse der antikommunistischen Scharfmacher, wenn der Sprecher der Arbeiterschaft auf der Abschluskkundgebung erklärte: „Vergessen wir nicht, daß die Demokratie in Deutschland aus einem hundertjährigen Kampf der Arbeiterbewegung erwachsen ist! Die Gewerkschaften haben ein historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachverwalter

der Demokratie in diesem 'Lande ernstgenommen zu werden."

Der Frankfurter Kongreß erteilte antikommunistischer Hetze und Diffamierung eine Abfuhr. Wütend wurde deshalb auch der Schriftsteller Enzensberger von einer CDU-Zeitung beschimpft. Offenbar hatte man dort

erwartet, daß er die sozialistischen Länder und ihre Friedenspolitik verleumden würde. Er verurteilte es vielmehr, daß die Sowjetunion nach wie vor behandelt wird, als wäre sie der Erzfeind und erklärte: Der potentielle Gegner für die demokratischen Kräfte ist die gegenwärtige oder jede künftige Bundesregierung, die ihr gleicht.

Schule der Erfahrung

In mancherlei Hinsicht erwies sich die Vorbereitung und Durchführung des Frankfurter Kongresses als eine nützliche Schule der Erfahrung: „Was nützen schon unsere guten Beschlüsse, wenn sie doch nicht verwirklicht werden“, diese Auffassung wird bekanntlich nicht selten von Gewerkschaftern vertreten. Frankfurt zeigt, daß es möglich ist, gewerkschaftliche Beschlüsse in die Tat umzusetzen, wenn entschieden um ihre Verwirklichung gekämpft wird.

Gemeinsam haben Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten den Kongreß in den Gewerkschaften und Betrieben vorbereitet. Sie geben der Antinotstandsbewegung Rückgrat und Kraft. Gerade die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zeigte, daß vorhandene Meinungsverschiedenheiten und ideologische Differenzen kein Hindernis für die Zusammenarbeit sind. Dabei könnte diese Zusammenarbeit noch stärker, der Kampf zum Schutze des Grundgesetzes noch intensiver sein, würden nicht im Bundesvorstand des DGB einige Vertreter den Weisungen Wehnerts mehr

Beachtung schenken als den Beschlüssen des DGB.

An ihre Adresse war die deutliche Kritik des Kollegen Benz gerichtet, der unter großer Zustimmung erklärte: „Der Bundesvorstand hat sich an die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse des Bundeskongresses zu halten. Er muß gegen die Notstandsgesetze aktiv werden.“ Auch viele Kommunisten haben manche nützliche Erfahrung von Frankfurt mit nach Hause genommen. Vor allem die, daß es möglich ist, mit sozialdemokratischen Genossen eine gemeinsame Sprache zu finden und einen gemeinsamen Weg zu gehen.

Was die Erfahrungen anbetrifft, die die verschiedenen Kräfte in diesem demokratischen Bündnis mit uns Kommunisten gemacht haben, so ist es kein Geheimnis, daß es sich hier um gute Erfahrungen handelt. Erneut hat sich bestätigt, daß die Kommunisten zuverlässige und loyale Partner sind, die ihre ganze Kraft gegen Notstandsgesetze und Kriegsvorbereitung, für die Erhaltung des Grundgesetzes einsetzen.

Ausblick

Der Kongreß endete mit dem eindringlichen Appell an die Bürger der Bundesrepublik, die Opposition gegen die Notstandsgesetze aktiv zu unterstützen. „Es gilt“, so heißt es in der Schlusserklärung „in den kommenden Wochen und Monaten die Aufklärungsarbeit zu verstärken und den allgemeinen Widerstand gegen die Notstandsvorhaben weithin sichtbar zu machen.“

Die meisten Teilnehmer verstanden den Kongreß als einen Auftakt für weitere Aktionen und für die Verstärkung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Häufig wurde zum Aus-

druck gebracht, daß analog dem Beispiel des Frankfurter Kongresses ähnliche Initiativen auch auf örtlicher Ebene fortgesetzt werden sollten.

Mit Zustimmung wurde der Vorschlag Prof. Hofmanns und anderer Mitglieder des Kuratoriums aufgenommen, am 29. Januar 1967, dem Vorabend des Jahrestages der Macht ergreifung des Faschismus, eindrucksvolle Kundgebungen zum Schutze der Demokratie durchzuführen.

Kollegen aus den Gewerkschaften betonten immer wieder, daß nun auch die Gewerkschaften zur Mitarbeit gewonnen werden sollen, die dem Kura-

torium bisher noch keine Unterstützung geben. In diesem Sinne bemerkte auch Prof. Dr. Walter Fabian, Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte: Es handelt sich bei diesem Kongreß nicht um ein Ende, son-

dern um den Anfang des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Es ist nötig, daß wir den Kampf künftig in koordinierter Form fortsetzen. Das Bündnis muß man neu erwerben und bestätigen, um es zu erhalten.

„DGB vor einer Zerreißprobe“ — Gefahr oder Drohung?

von HORST BERGMANN

Im Spätsommer gab es in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik eine Reihe bedeutsamer Gewerkschaftstage und Konferenzen, die in den entscheidenden Grundfragen die Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses bestätigten und auf einzelnen Gebieten Beiträge zur Konkretisierung leisteten.

Auf diesen Tagungen wurde die wachsende politische Verantwortung der Gewerkschaften unterstrichen und stärker als bisher betont, daß die Überwindung der zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, der steigenden Massenbelastungen, der Gefährdung der Arbeitsplätze, des sozialen Besitzstandes und des Friedens nur durch eine Änderung der Politik in der Bundesrepublik erreicht werden kann. Deshalb bekommen auch die gewerkschaftlichen Beschlüsse und Forderungen für eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik, für Entspannung und Verständigung, für endgültigen Verzicht auf Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, gegen die Teilnahme der Bundesrepublik am schmutzigen Krieg der USA in Vietnam, gegen eine Notstandsdiktatur, für bessere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einschließlich der DDR größere Bedeutung im gewerkschaftlichen Denken. Hier werden Elemente einer politischen Umorientierung sichtbar, die einen entscheidenden Einfluß ausüben können für die Verwirklichung der im Grundsatz- und Aktionsprogramm niedergelegten wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Forderungen.

Die Gewerkschaften können sich mit diesen Grundforderungen nicht auf die im Bundestag vertretenen Parteien, die Große Koalition, stützen und verlassen. Es sei z. B. darauf verwiesen, daß gerade die gewerkschaftliche Forderung nach erweiterter

Mitbestimmung statt Notstandsrecht von keiner Partei im Bundestag unterstützt wird. Wohl aber wird in Fragen der Notstandsgesetzgebung, wie das beim Bunkermanöver „Falle X 66“ sichtbar wurde, eine gefährliche Gemeinsamkeit aller Bundestagsfraktionen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen praktiziert. Darum sind eigene Aktivitäten der Gewerkschaften auf der politischen Ebene im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum so dringend notwendig.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse und Erkenntnisse wurde auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien mit allem Ernst diskutiert und auf eine Stärkung der Gewerkschaften, insbesondere in den Betrieben, auf einen aktiveren Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft bei der Realisierung der gewerkschaftlichen Beschlüsse hingelenkt. Wie aus Pressemeldungen bekannt wurde, war der DGB-Bundesvorstand von der Teilnahme von sechs Gewerkschaftsorganisationen des DGB am Kongreß „Notstand der Demokratie“ unterrichtet und hat keinerlei Einwände erhoben. Die Teilnahme Tausender Gewerkschafter auch aller anderen Gewerkschaften am Kongreß „Notstand der Demokratie“ ist ein Ausdruck der Einheit von richtigen Erkenntnissen und entsprechender gewerkschaftlicher Aktivität.

Gleichzeitig wurde aber in Vorbereitung und Auswertung dieses Kongresses eine seit längerer Zeit zu beobachtende verstärkte Einflußnahme von außen gegen DGB-Beschlüsse offensichtlich, die höchste Wachsamkeit erfordert. Das umso mehr, da einzelne Spitzenfunktionäre innerhalb des DGB und auch einzelner Gewerkschaften diese Einflußnahme tolerieren bzw. sogar aktiv unterstützen.

Da lesen wir in der „Welt“ von „Zerreißprobe des DGB“, von „Gefahr der Spaltung“. Da heißt es in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 11. 11. 1966 „DGB droht schwerer Rückschlag“. Der DGB wird aufgeteilt in „christlich-demokratische Mitglieder“ und in das „sozialdemokratische Lager“. Da tauchen Begriffe auf wie „6 notstandsfeindliche Gewerkschaften“ oder „notstandsfeindliche Kundgebungen“.

Da wird im DGB-Organe „Die Quelle“ Nr. 11 vom November 1966 der Versuch gemacht, Organisationsreformen zu begründen mit der Gegenüberstel-

lung kleiner und großer Gewerkschaften sowie großer Gewerkschaften und des DGB. Von Alfred Schattanik wird in diesem Zusammenhang geschrieben:

„Es wäre verhängnisvoll, wenn einzelne Gewerkschaften sich auf Grund ihrer Größe oder auf Grund der Bedeutung ihrer Wirtschaftsbereiche berechtigt fühlen würden, ihre eigene Politik am DGB vorbei zu machen.“

Das alles wird geschrieben, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf die für den DGB und seine Gewerkschaften allgemein verbindlichen Beschlüsse und das allgemeinverbindliche Statut einzugehen.

Über die Bedeutung von Mehrheitsbeschlüssen

Wurde diesen verbindlichen Beschlüssen zuwidergehandelt? Wenn ja, von wem? Wurden DGB-Organe evtl. durch „große Gewerkschaften“ daran gehindert, gemäß dieser Plattform aktiv zu sein? Sträubten sie sich gar, einem Aufruf des DGB-Bundesvorstandes für ein gemeinsames Handeln aller DGB-Gewerkschaften nachzukommen? Oder wird hier der Teufel an die Wand gemalt, statt Sorge, Drohung ausgesprochen?

Der überzeugende Mehrheitsbeschuß des 7. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetzgebung, und die Argumente dieser Mehrheit waren so eindeutig und klar, daß Deutungen über eine Mitarbeit an den Notstandsgesetzen jeglicher Grundlage entbehren. Die KPD unterstützte aus gleichen Erfahrungen heraus uneingeschränkt diesen Mehrheitsbeschuß des DGB zur Verhinderung jeglicher Notstandsgesetze und setzt sich in Übereinstimmung auch mit anderen Gewerkschaftsbeschlüssen dafür ein, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, sondern in der Bundesrepublik eine Politik durchgesetzt wird, die einen solchen Notstand erst gar nicht aufkommen läßt.

Daß von der Monopolpresse versucht wird, Verwirrung in die Gewerkschaften hineinzutragen, wird keinen Gewerkschafter verwundern. Daß die SPD-Führung und die Bundestagsfraktion der SPD im Gegensatz zum DGB-Beschluß an einer Notstandsgesetzgebung mitarbeiten, ist ein bedauerlicher Tatbestand, mit dem sich

insbesondere unsere sozialdemokratischen Genossen innerhalb ihrer Partei auseinanderzusetzen haben. Aber es gibt auch Interpretationen des DGB-Beschlusses von Gewerkschaftsfunktionären innerhalb des DGB, die in gleiche Richtung weisen, und leider bleibt es nicht nur bei Interpretationen. So wurde z.B. in der „Welt der Arbeit“ neben dem Mehrheitsbeschuß des DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze, ein nicht einmal zur Abstimmung gelangter Initiativantrag für Mitarbeit an den Notstandsgesetzen abgedruckt. Unmittelbar nach dem 7. DGB-Kongress wurde auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden, obwohl aus der Organisation nur Anträge im Sinne des 7. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze vorlagen, mit beschämenden Methoden und Halbwahrheiten ein Initiativantrag des Hauptvorstandes zur Annahme gebracht, der in völligem Gegensatz zu dem eindeutigen Beschuß des 7. DGB-Kongresses sich für eine Mitarbeit an den Notstandsgesetzen ausspricht. Dieser Beschuß wurde in DGB-Organen publiziert. Für Georg Leber gab es nur höchstes Lob, und wenn sich überhaupt Aktivitäten in bezug auf Notstandsgesetze bemerkbar machten, trafen Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Feststellungen wie „unklarer Beschuß“ oder er ließe „mehrere Deutungen zu“, bis zur altbekannten Meinung, man könne durch Mitarbeit das „Schlimmste verhüten“.

Diese nicht erst seit heute zu beobachtende Praxis einzelner Gewerk-

schaftsfunktionäre des DGB, selbst im Geschäftsführenden Bundesvorstand, wurde bereits auf dem 7. DGB-Kongreß scharf kritisiert, weil z. B. ausschließlich Befürworter der Notstandsgesetze zu Gutachtern bestellt worden waren. Es wurden auch Beweise vorgelegt, wo Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB durch ultimative Anordnungen Aktionen gegen die Notstandsgesetze verhinderten.

Offensichtlich hat sich hier nach dem 7. DGB-Kongreß wenig geändert. Und hier ist auch der Grund zu suchen,

warum auf dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ die DGB-Führung erneut kritisiert wurde.

Wenn dann nach solchen kritischen Feststellungen die Dinge auf den Kopf gestellt werden, ausgerechnet im Springer-Blatt „Die Welt“ ein Artikel des DGB-Pressreferenten veröffentlicht wurde, über eine „Gefahr der Spaltung“ des DGB durch Gewerkschaften, die am Antinotstandskongreß teilnahmen, dann gehören diese Fragen in den entsprechenden Gremien des DGB offen diskutiert.

Die klaren Sachverhalte

Kollege Bruno Krammer schreibt in der „Welt“ vom 12. 11. 1966, daß „die belastenden Spannungen ihre Ursache in der unterschiedlichen Interpretation gewerkschaftlicher Beschlüsse haben“. Schaut man sich aber die „unterschiedliche Interpretation“ z. B. des Antinotstandsbeschlusses genau an, so entspricht die „Interpretation“ einzelner Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und einiger Vorstandsmitglieder von Einzelgewerkschaften haargenau dem auf dem 7. DGB-Kongreß abgelehnten Initiativantrag einer Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären um Leber und auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom Vorstand eingebrochenen Initiativantrag. Vom Standpunkt der innergewerkschaftlichen Demokratie haben beide gemeinsam, daß sich ihre Vertreter der Form des Initiativantrages bedienen mußten, weil in ihren eigenen Gewerkschaftsorganisationen nicht ein einziger ordentlicher Antrag für die Mitarbeit an Notstandsgesetzen vorlag und sie selbst auch nicht wagten, die Eingabe solcher Anträge ihren Mitgliedern zu empfehlen.

Es geht also hier nicht um unterschiedliche Interpretationen. Genau so wenig wie z. B. innerhalb der SPD der Wille der Mehrheit der sozialdemokratischen Genossen und die dem widersprechende Haltung der Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD in dieser Frage ein Interpretationsproblem ist.

Unsere sozialdemokratischen Genossen wissen genau, daß es sich hier um zwei grundverschiedene Haltungen zu den Notstandsgesetzen handelt. Sie

wissen auch, daß es in dieser Frage und nicht nur in dieser, unterschiedliche Beschlüsse bei der SPD und den Gewerkschaften gibt, so bedauerlich das ist.

Die Bewegung für die Mitbestimmung hat bisher von seiten des DGB keine Impulse zu praktischen Schritten erhalten. Die Gesetzesinitiativen zur qualifizierten Mitbestimmung, zur Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes werden von Monat zu Monat hinausgeschoben. Sicherlich ist das kein Zufall, wenn man bedenkt, daß Erweiterung der Mitbestimmung bei den Fraktionen im Bundestag nicht auf Gegenliebe stößt und auch die SPD auf dem Dortmunder Parteitag kein klares Ja gesagt, sondern im Gegenteil einen Antrag angenommen hat, der praktisch darauf hinausläuft, die gewerkschaftliche Forderung auf die lange Bank zu schieben. Auch die Beschlüsse gegen die atomare Aufrüstung, gegen Verfügungsgewalt über Atomwaffen, gegen den Krieg in Vietnam, für eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik bleiben für den DGB-Bundesvorstand bloße Deklamation. Von einer Öffentlichkeitsarbeit des DGB in dieser Frage ist nur wenig zu spüren. Anregungen für entsprechende gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften gibt es nicht. Und wenn Gewerkschaftsorganisationen aktiv werden, auf praktisches Handeln drängen, dann wurde in der Vergangenheit vielerorts der Versuch gemacht, solche Aktionen auf die lange Bank zu schieben oder in Säle zu verlegen. Auch die Kundgebungen zum Antikriegstag am 1. September bedurften starken Drucks insbesondere von seiten der Gewerkschafts-

jugend, um die ablehnende Haltung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB zu überwinden.

Zu überprüfen, wie weit eine gegen die Beschlüsse gerichtete Einflußnahme außergewerkschaftlicher Stellen im geschäftsführenden Bundesvorstand wirksam ist, liegt selbstverständlich im Verantwortungsbereich der dafür zuständigen DGB-Organe. Tatsache aber ist, daß die Auswirkungen dieses Einflusses deutlich werden bei einer Vielzahl von Beschlüssen und nicht nur beim Notstandsbeschuß, und daß solche Erscheinungen zumindest den Versuch einer Mißachtung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des DGB zum Ausdruck bringen.

Auf diesem Boden stehen Artikelschreiber, die von „Zerreißprobe“ und „Spaltungsgefahr“ sprechen. Ihre Arme waren in der demokratischen Diskussion und Beschußfassung vor und auf den DGB-Kongressen zu kurz, um den DGB auf die Position der Sozialpartnerschaft, der Bejahung des in Bonn herrschenden Regimes, der Mitarbeit an den Notstandsgesetzen zu drängen und politisch den Führungen der Bundestagsfraktion unterzuordnen. Nach einer Periode des passiven Widerstandes möchten sie jetzt übergehen zur Drohung mit Spaltung, zum Abbau der Rechte der Einzelgewerkschaften besonders in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen, um damit nachträglich zu erreichen, was ihnen im Rahmen der demokratischen Entscheidung im DGB versagt blieb.

Im genannten Artikel des Kollegen Bruno Krammer in der „Welt“ gibt es dafür aufschlußreiche Hinweise: „Mitarbeit im Bereich der Betriebsverfassung“, Gewerkschaften als „Stabilisierungsfaktor für die junge aufstrebende Bundesrepublik“; Weg der Gewerkschaftsbewegung seit 1949, „der sie in die Mitverantwortung dieses Staates führte“. Oder die Feststellung, daß

Beschlüsse aktiv durchführen

Ist die demokratische Erarbeitung und Verabschiedung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und des Statuts gegeben, dann sollte es nur noch ein Kriterium und zwar für alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften des DGB, einschließlich aller

außerparlamentarische Aktionen nicht als Mittel angesehen werden sollten, „etwa die demokratischen politischen Parteien aus ihrer Verantwortung für das demokratische Staatswesen zu entlassen“.

Zugegeben, bei derart allgemeinen Formulierungen gibt es die verschiedensten Interpretationsmöglichkeiten. Unmißverständlich aber ist der Vorwurf gegen die Gewerkschaften und Gewerkschafter, die den Antistandsbeschuß des DGB so nehmen, wie er ist, und demgemäß handeln. Ausgerechnet sie werden beschuldigt, „Alleingänge“ zu machen und „mangelnde Rücksichtnahme auf gemeinsame Interessen“ sowie „Zurückhaltung in einer früher bewußter gezeigten Kollegialität und Solidarität“ zu üben.

Mit dieser Kritik wird auch der Standort des Autors, seine Interpretation der Rolle der Gewerkschaften klar. Mitarbeit, Stabilisierungsfaktor, Mitverantwortung, Verantwortung der demokratischen politischen Parteien — das sind dieselben schönklingenden Phrasen, mit denen z. B. Georg Leber seine wirklichen Alleingänge in der Sozialpartnerschaft mit dem Konzernkapital, des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den herrschenden Kreisen in Bonn, in Fragen der Vermögensbildung und aktiven Lohnpolitik, seine Ablehnung der erweiterten Mitbestimmung und der Ausweitung des Gemeineigentums garniert, und mit denen er auch seinen gewerkschaftlichen Alleingang in Sachen Notstandsgesetzgebung begründet.

Es widerspräche der innergewerkschaftlichen Demokratie, der Bedeutung des 7. DGB-Kongresses als dem höchsten beschlußfassenden Organ, wenn die Beschlüsse auf Druck von außen oder von einzelnen Verfechtern anderer Auffassungen im DGB in Frage gestellt und zerredet werden.

DGB-Organe geben: Wie stehst Du zu den Beschlüssen und dem Statut, wie nimmst Du aktiven Anteil an ihrer Realisierung.

Die gewerkschaftlichen Interessen erfordern, das Grundsatz- und das Ak-

tionsprogramm des DGB stärker als bisher zur Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes zu machen. Hier sind Forderungen zur Überwindung der politischen Krise, der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten enthalten, und von dieser Position aus können auch alle Versuche der Großunternehmer entschieden zurückgewiesen werden, die darauf hinauslaufen, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre zur Mitwirkung und Mitverantwortung bei Rationalisierungsmaßnahmen, bei Entlassungen, beim Abbau von Lohn- und Sozialleistungen zu veranlassen. So sind sicherlich auch die kritischen Stellungnahmen und Hinweise der gewerkschaftlichen Tagungen im Spätsommer und auf dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ zu verstehen.

Bei einer solchen Orientierung können alle DGB-Organe mit der vollen Unterstützung und der wachsenden Aktivität der Gewerkschafter und mit dem Zustrom vieler heute noch unorganisierter Kolleginnen und Kollegen rechnen.

In dem Grußschreiben des ZK der SED an den Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik ist klar

und eindeutig festgestellt worden, daß die KPD die Unabhängigkeit der Gewerkschaften achtet und alle ihre Mitglieder verpflichtet, aktiv an der Verwirklichung und Durchsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse mitzuarbeiten. In den Schlussätzen des von der KPD veröffentlichten Wirtschaftsprogramms „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“, appelliert die KPD an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, sich den arbeiterfeindlichen Plänen der Regierung entgegenzustellen. Die KPD wendet sich an alle mit dem Vorschlag:

„Laßt uns vereint die Kraft der Arbeiterorganisation einsetzen für eine demokratische und soziale Wirtschaftspolitik, für das volle Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes, für die gerechten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen im Aktions- und Grundsatzprogramm der Gewerkschaften.“

In dieser Gemeinschaft kann der Weg freigemacht werden für eine Politik des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit.

Rüstung, Bundeshaushalt und Finanzen

von HERBERT BÜTTNER

Es war kein Zufall, daß sich Ende Oktober 1966 die Krise der Erhard-Regierung gerade an der Finanzpolitik und der Aufstellung des Bundeshaushaltes für 1967 entzündete. Die wachsenden Widersprüche und Schwierigkeiten, vor denen die CDU/CSU infolge ihrer imperialistischen Außen- und Innenpolitik steht, mußten spätestens bei der Etatgestaltung in dieser Schärfe auch finanzpolitisch sichtbar werden. Denn ein Haushaltspolitik ist auch immer die in Zahlen gefaßte Bilanz der Politik.

In den zutage getretenen finanz- und haushaltspolitischen Gegensätzen äußern sich die tiefer wirkenden sozialen und politischen Widersprüche, für die die gegenwärtige anwachsende Unzufriedenheit und Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung ein Ausdruck sind. Jahrelang wurden diese

Widersprüche durch Wirtschaftswachstum und soziale Zugeständnisse verdeckt. Mit dem deutlichen Abflachen der Konjunktur, mit der fortschreitenden sozialen Demontage und vor allem infolge der steigenden Rüstungsausgaben treten die Gegensätze immer offener hervor.

Das war auch der Grund, warum einige Führer der SPD mit der gescheiterten CDU/CSU eine Große Koalition eingingen. In dieser Koalition sollen die Lasten einer verfehlten Politik durch Steuererhöhungen und sozialen Abbau den Werktäglichen verstärkt aufgebürdet werden. Das Programm der Haushalt- und Finanzpolitik dieser Koalition umriß Scharfmacher Strauß, als er durch sein Sprachrohr, den „Bayern-Kurier“, eine Politik harter Opfer und vieler Tränen ankündigte.

Chronische Defizitwirtschaft

Schon seit einigen Jahren machten sich in der Finanzpolitik der Bonner Regierungen große Schwierigkeiten bemerkbar. Das zeigte sich z. B. in den wachsenden Defiziten der Haushalte. Betrug die Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte im Jahre 1961 „nur“ etwa 1,8 Milliarden DM, so schnellte 1965 die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand auf 12,5 Milliarden DM hinauf. Die Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) stieg auf 85 Milliarden DM an. Dieses ständig zunehmende Defizit mußte sich eines Tages in einer ernsthaften finanz- und haushaltspolitischen Krise auswirken.

Ende 1965 trat dies besonders deutlich hervor, als die CDU/CSU-Regierung ein sogenanntes Haushaltssicherungsgesetz verabschiedete. Mit diesem Gesetz wurden erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gesetzliche Ausgabenbeschlüsse des Bundestages, die teilweise erst wenige Wochen vorher als Wahlköder für CDU/CSU-Stimmen beschlossen worden waren, wieder rückgängig gemacht. Um den Haushalt 1966 wenigstens pro forma ausgleichen zu können, wurden mit diesem Gesetz

für 2,9 Milliarden DM Kürzungen an den Sozialstaats vorgenommen. Trotzdem bleibt im diesjährigen Bundeshaushalt noch eine Finanzierungslücke von fast 1,5 Milliarden DM, die auf dem Kreditwege beschafft werden sollen. In den Vereinbarungen zwischen SPD und CDU über die Große Koalition wurden zwei Gesetze zur Erhöhung der Tabak- und Mineralölsteuer vereinbart. Die Erhöhung beider Steuern soll die finanziellen Schwierigkeiten auf Kosten der Verbraucher beheben. Gleichzeitig soll die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte gesenkt werden. Weitere Steuererhöhungen sind vorgesehen, und gleichzeitig soll auch der Beitragssatz von jetzt 14 Prozent für die Sozialversicherung auf 15 Prozent und evtl. noch im Laufe des Jahres auf 16 Prozent angehoben werden. Der DGB sagte ganz richtig zu diesen noch von der CDU vorgelegten Vorschlägen: Mit den von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sollen die Arbeiter und ihre Familien für Folgen des haushaltspolitischen Versagens der alten und neuen Bundesregierung büßen. Diese Feststellung ist auch voll auf gültig für die vorgesehenen Maßnahmen der Großen Koalition.

10 Milliarden aus den Taschen der Werktätigen

Noch am 2. November 1966 legte die CDU/CSU-Regierung ein zweites Abbaugesetz mit dem schönklingenden Namen „Finanzplanungsgesetz“ dem Bundestag vor (Bundestagsdrucksache V/1067). Mit diesem Gesetz, das wie sein Vorläufer an die finanzpolitischen Notverordnungen des Weimarer Kanzlers Brüning am Vorabend der faschistischen Diktatur erinnert, sollen allein im Jahre 1967 für fast 3 Milliarden DM gesetzlich geregelte Bundesausgaben gestrichen oder gekürzt werden. Geplant ist u. a., die Zuschüsse für die knappschaftliche Rentenversicherung, für Kindergeld, für das Wohnungsgeld für den sozialen Wohnungsbau, für landwirtschaftliche Siedlungen radikal zu kürzen. Statt den Barzuschüssen für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, zu denen die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist, sollen für 1,2 Milliarden DM papiere

Schuldscheine ausgegeben werden. (Viele wissen, wohin das bereits zweimal führte: auch 1918 und 1945 standen die Sozialversicherungsträger mit einem Bündel staatlicher Schuldverschreibungen vor ihren leeren Kassen.) Und schließlich soll die — im wesentlichen aus Beiträgen der Arbeiter und Angestellten finanzierte — Arbeitslosenversicherung jährlich 330 Millionen DM für das staatliche Mutter-schaftsgeld abzweigen. Es wird sich herausstellen, ob die SPD-Minister im Kabinett des Altnazi Kiesinger bereit sind, diesen Abbau zu verantworten.

Die vorgesehenen Verschlechterungen und sozialen Demontagen stellen alles bisher Dagewesene in den Schatten. Sie haben einen Gesamtumfang von 10 Milliarden DM allein für die Jahre 1966 und 1967. Dabei bleibt in dieser Summe noch unberücksichtigt, daß sich allein 1967 das Lohnsteuaufkommen infolge der unsozialen

Steuerprogression um weitere 2,4 Milliarden DM erhöhen wird, wie das Bundesfinanzministerium ausrechnete. Für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie wird der persönliche Haushalt in dieser Zeit um mehrere hundert Mark geschmälert.

Die herrschenden Kreise in Bonn hoffen, mit diesen und weiteren geplanten radikalen Eingriffen in den Besitzstand aus den ständigen roten Zahlen ihres Haushaltes herauszukommen, in die sie durch die hemmungslose Kriegsvorbereitung und Notstandspolitik geraten sind. Selbst das Bundesfinanzministerium teilte in seinem „Finanzbericht 1966“ (Bonn 1966, Seite 97) mit,

Zusätzliche Profite

Während enorme Verschlechterungen für die Bevölkerung eingeleitet wurden, ist dem Bundeshaushalt die Funktion zugeschlagen, große Teile des von den Werktätigen erarbeiteten Volksvermögens in die Kassen der Konzerne und Monopolgesellschaften umzuleiten. 1966 betragen die direkten Finanzhilfen (Subventionen) der Bonner Regierung für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche 6,4 Milliarden DM; das sind fast 50 Prozent mehr als 1965. Hinzu kommen noch indirekte Vergünstigungen durch Verzicht auf Steuereinnahmen und durch Zinshilfen in Höhe von rund 12 Milliarden DM für 1966. Wenn auch in diesen Summen einige notwendige Subventionen, z. B. für die Bauern, enthalten sind, so geht der Löwenanteil doch in die Taschen der Großkonzerne. Von der letzten Summe erhalten allein die Konzerne 6 Milliarden DM. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen z. B. für die Landwirtschaft, für das Wohnungswesen oder den Verkehr bei diesen Berufsgruppen meist nur durchlaufende Posten sind. Sie fließen in der Regel über die von den Monopolen diktierten Preise an die Handels- und Industriekonzerne weiter.

Diesen enormen Vergünstigungen für

Finanzkrisen in Ländern und Gemeinden

Die rüstungsorientierte und konzernfreundliche Haushalts- und Finanzpolitik aller bisherigen CDU/CSU-Regierungen hat schwerwiegende Aus-

dafß sich bis 1970 ein jährliches Manko zwischen 5 bis 8 Milliarden DM ergeben wird. Bei den Koalitionsverhandlungen in Bonn wurden sogar jährliche Finanzierungslücken von 10 Milliarden DM genannt. Diese riesigen Mittel für Atomaufbau und Notstandsmaßnahmen frei zu machen, dazu sollen die finanzpolitischen Notverordnungen schon heute die Weichen stellen. So ist die haushalts- und finanzpolitische Linie, wie sie die CDU/CSU auch in der Großen Koalition verfechten will, klar zu erkennen: Die Etats der kommenden Jahre sollen auf dem Rücken des werktätigen Volkes saniert werden.

für die Konzerne

die Großkapitalisten steht die Tatsache gegenüber, daß die Arbeitnehmerchaft steuerlich besonders belastet ist. Von den 110 Milliarden DM Bruttoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögensbesitz wurden 1965 lediglich 29 Milliarden DM Steuern einbehalten. Dabei gab es in den letzten Jahren kaum eine Steigerung. Die Millionenmassen der Werktätigen jedoch tragen mit ihren noch nicht einmal doppelt so hohen Einkünften mehr als 75 Milliarden DM an direkten und indirekten Steuerlasten. Dabei stieg allein die Lohnsteuer in den letzten Jahren um durchschnittlich 20 Prozent.

Diese arbeiterfeindliche und konzernfreundliche Finanz- und Steuerpolitik soll mit den geplanten sozialen Demontagen und Steuerveränderungen nunmehr verstärkt fortgesetzt werden. So bleiben die Kapital- und Einkommensteuer der Millionäre und Konzernherren unangetastet. Damit erweisen sich der Bundeshaushalt und die Finanzpolitik der CDU/CSU sehr deutlich als Klasseninstrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegen die werktätige Bevölkerung. Das Neue besteht nun darin, daß einige SPD-Führer als Minister des Kiesinger-Kabinetts dafür die Verantwortung mit übernehmen.

wirkungen auf die finanzielle Leistungskraft der Länder und Gemeinden. Die Kommunen und Länder tragen auf Grund ihrer Zuständigkeit nach

dem Grundgesetz etwa 75 Prozent aller in der Bundesrepublik getätigten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Investitionen der öffentlichen Hand. Gemeinsam erhalten sie jedoch von den 115 Milliarden DM Steuereinnahmen des Jahres 1966 nur etwa 43 v. H. Das führte zu einer zunehmenden Verschuldung der Länder und Gemeinden. Ihr Anteil an der gesamten Staatsschuld beträgt heute 72 Prozent. Die Folge davon ist, daß sie in akute finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, die sie zwingen, starke Abstriche an ihren Investitionsplänen zu machen und zum Teil schon begonnene Bauten stillzulegen.

Die Bundesregierung antwortete auf die Notstände in vielen Gemeinden und die Warnrufe der Bürgermeister und Landräte mit einem sogenannten Stabilisierungsgesetz. Dieses Gesetz soll der Regierung die Vollmachten geben, die Haushaltsgestaltung, die Kreditaufnahme und die gesamte Bau-tätigkeit der Länder, Kreise, Städte und Gemeinden den Weisungen und Eingriffen der Bundesregierung zu unterwerfen. Außerdem sollen Länder

und Kommunen gezwungen werden können, Teile ihrer Steuereinnahmen einer sogenannten Konjunkturausgleichs-Rücklage zu überweisen, über deren Verwendung die Bundesregierung im eigenen Ermessen entscheiden kann.

An diesen Zielen des „Stabilisierungsgesetzes“ wird deutlich, daß es sich bei ihm um ein weiteres staatsmonopolistisches Instrument handelt, die Finanzkraft und die Haushalt- und Investitionspolitik der Länder und Gemeinden den Wünschen der Bonner Regierung und den Monopolen unterzuordnen. Es geht bei diesem Gesetz nicht darum, Wirtschaft und Währung zu stabilisieren, sondern die auf sozialen Abbau, Notstandsvorbereitung und atomare Aufrüstung orientierte aggressive imperialistische Politik des Monopolkapitals zu festigen. Die totale Bindung der Haushaltsführung und Finanzpolitik von Ländern und Kommunen an die Rüstungsinteressen der Bundesregierung bedeutet auch ihre politische Entmündigung und Gleichschaltung.

Politik ändern

Die Suche nach Auswegen erfordert das Erkennen der Ursache für die Finanz- und Haushaltsskrise der Bonner Regierung, für deren Raubzug und die Angriffe auf die Rechte und Finanzhoheit der Kommunen und Länder. Die Ursachen sind vor allem politischer Natur. Die notwendigen Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft und die neuen und stärker gewachsenen sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung stellen erhöhte Anforderungen an die Investitionstätigkeit des Staates. Zur Bewältigung der komplizierten Probleme sind erhöhte Mittel für umfangreiche wirtschaftspolitische Vorsorgemaßnahmen, für Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Institute, für Anlagen des Verkehrs und Einrichtungen des Gesundheitswesens, für die Kinderbetreuung und Altenfürsorge, für Jugendförderung, Wohnungsbau, Wasser- und Lufthygiene erforderlich.

Statt jedoch diesen gesellschaftlichen Notwendigkeiten im erforderlichen Maße nachzukommen und die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Bun-

deshaushaltes sowie die gesamte Finanz- und Steuerpolitik auf diese Ziele auszurichten, werden seit Bestehen der Bundesrepublik steigende Summen für die Kriegsvorbereitung vergeudet. Diese Ausgaben stiegen bedeutend schneller als die Mittel für jene staatlichen Bereiche, die für das wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Fortschritt und die Erreichung eines hohen Bildungsniveaus für die Bevölkerung entscheidend sind.

Nach dem offiziellen „Finanzbericht 1966“ der Bonner Regierung (Seite 107), wurden allein für die militärischen Kriegsvorbereitungen und Notstandsplanungen seit 1949 fast 185 Milliarden DM ausgegeben. Hinzu kommen 20 Milliarden DM für die Westberlin-Hilfe, die auch von der NATO als „Verteidigungsbeitrag“ anerkannt ist, sowie weitere viele Milliarden Mark verschleierter Kriegskosten in anderen Etats (z. B. für strategischen Straßen- und Brückenbau, kriegsmäßige Herstellung und Bevorratung der Fernmelde- und Bundesbahneinrichtungen). Nicht zu vergessen die großen Summen

für die Führung des kalten Krieges gegen die DDR und die sozialistischen Länder. Man muß die Gesamtbelastung der Bundesrepublik für die Kriegsvorbereitung seit 1949 auf etwa 300 Milliarden DM schätzen.

Der Haushaltsplan 1967 ist ebenfalls von dieser Ausgabenflut für die Aufrüstung gekennzeichnet. So soll die Bundeswehr für das kommende Jahr 1,2 Milliarden DM mehr erhalten. Die gesamten offiziell ausgewiesenen Kosten für die militärische und zivile Kriegsvorbereitung würden damit 1967 einen Anteil von 30,7 Prozent erreichen. Hinzu kommen Aufwendungen für Rüstungskäufe in den USA in Höhe von 1,8 Milliarden DM.

Diese enorme Belastung der Volkswirtschaft führte zu Preissteigerungen, ruinierte die Währung, störte ein harmonisches Wirtschaftswachstum, beeinträchtigte die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben und führte schließlich zu der heute sichtbaren allgemeinen Haushalts- und Finanzkrise. Eine Überwindung dieser Krise ist nur möglich, wenn die Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik grundlegend verändert wird. Eine Politik der Abrüstung und der friedlichen Verständigung mit der DDR, Verzicht auf Atomwaffen und Notstandsgesetze — das ist die Grundlage auch für eine neue Finanz- und Haushaltspolitik.

In ihrem Wirtschaftsprogramm hat unsere Partei in einem 4-Punkte-Sofortprogramm die Herabsetzung der Rüstungsausgaben und die Verkürzung der Wehrdienstzeit, die Beendigung der

devisenverschlingenden Waffenkäufe in den USA und der Mitfinanzierung des amerikanischen Krieges in Vietnam gefordert.

Für diese Politik sollten sich die Abgeordneten aller Parlamente einsetzen. Die soziale Demontage, die jetzt durch die Große Koalition weiter geführt werden soll, droht mit dem „Stabilisierungsgesetz“ auch zu einer Demontage der Selbstverwaltungsrechte und der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden zu werden.

Das sogenannte Stabilisierungsgesetz darf nicht durchkommen, und dafür müssen sich auch die Abgeordneten in den Länder- und Gemeindepalamenten einsetzen. Es sollte keine Etatberatung geben, ohne den vorgesehenen Verfassungsbruch beschlußmäßig abzulehnen.

Was Länder und Gemeinden wirklich brauchen, ist eine demokratische Finanzreform. Unsere Partei hat sie in ihren Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft als ein dringendes Erfordernis bezeichnet: „Lösung der dringlichen Aufgaben in der Volksbildung und im Gesundheitswesen, in der Verkehrs- und Raumplanung durch eine Finanzreform, die den Ländern und Gemeinden einen höheren Anteil am Steueraufkommen garantiert; keinerlei Beschniedlung der Finanzhoheit und der verfassungsmäßigen Rechte der Länder und Gemeinden.“ Diesen Vorschlag gilt es mit sozialdemokratischen Abgeordneten, Kommunalpolitikern und Funktionären zu diskutieren. Weist er doch den Weg für eine Alternative zur unsozialen Bonner Haushaltspolitik.

Stabilisierungsgesetze und Landwirtschaft von ANTON MÜLLER

Unter dem Vorwand, die Entwertung des Geldes aufzuhalten und eine Stabilisierung der Wirtschaft herbeiführen zu wollen, bereiten die herrschenden Kreise unter Bruch der Verfassung das „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ vor. Mit diesem wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz hoffen die CDU/CSU und ihre Auftraggeber aus den Monopolen ihre verfehlte Politik des Revanchismus, der Aufrüstung und

des Notstandes durch Umverteilung des Steueraufkommens und der öffentlichen Haushaltssmittel noch besser fortsetzen zu können. Das Großkapital will sich mit der Großen Koalition das notwendige staatsmonopolistische Instrumentarium schaffen, um seine Profite und Machtpositionen noch mehr auszubauen. Leidtragende sind die Arbeiter und das werktätige Volk. Davon sind die Bauern nicht ausgenommen.

Die Regierung soll ermächtigt werden, den Ländern, Städten und Gemeinden Umfang und Struktur ihrer Haushalte vorzuschreiben, ihnen die Kreditaufnahme zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Aus „nicht notwendigen Maßnahmen“ soll außerdem eine zentrale Konjunkturausgleichsrücklage gebildet werden, über die die Regierung oder sogar der Kanzler alleine verfügen will. Neben der Erhöhung des Diskontsatzes der Bundesbank von 4 auf 5 Prozent, die automatisch nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die mittel- und langfristigen Agrarkredite verteuert und die Bauern unmittelbar trifft, würde die ganze Landbevölkerung durch die Haushaltsbevormundung auch mittelbar durch Inhalt und Instrumentarium des Ermächtigungsge setzes schwer zu leiden haben. Nach Darlegung der Vertreter der Länder im Bundesrat würden bei Durchführung des Gesetzes die Haushalte der Bundesländer „zusammenbrechen“.

Viele Aufgaben auf kulturellem und sozialem Gebiet, wie der Bau von Turn- und Schwimmhallen, Krankenhäusern und Landambulanzen, Dorfgemeinschaftshäusern u. a. müßten liegen bleiben. Zwergschulen würden auch weiterhin dem Dorf das Gepräge geben, der Straßen- und Wegebau vernachlässigt und dringend notwendige wasserwirtschaftliche Maßnahmen könnten nicht durchgeführt werden. Wie notwendig solche Arbeiten sind, beweisen die jährlichen Hochwasserkatastrophen im Gebiet Aller-Oker-Leine. Wertvolles Acker- und Weideland wird hier seit nunmehr 12 Jahren in fast regelmäßigen Überschwemmungen gefährdet und droht zu versteppen und zu verschilfen. In den Jahren 1954 bis 1960 betrug der Schaden für die Landwirtschaft allein in diesen Gebieten 1,4 Milliarden DM. Das sind bereits fast 1 Milliarde DM mehr, als im Sanierungsprogramm der Landesregierung ursprünglich vorgesehen war. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hasselmann erklärt, daß mit den augenblicklichen Finanzierungsschwierigkeiten die ursprüngliche Absicht, den Plan in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren auszuführen, nicht zu verwirklichen

sei. So werden mit den „Stabilisierungsmaßnahmen“ auch gute Absichten sozialdemokratisch geführter Länderegierungen durch die Folgen des Bonner Rüstungskurses zunächst gemacht.

Obwohl das sogenannte Stabilisierungsgesetz noch gar nicht beschlossen ist, sind die Auswirkungen mit solchen Maßnahmen, wie dem Finanzplanungs- und Haushaltssicherungsgesetz, dem Haushalts- und Agraretat schon sichtbar. Folgende Belastungen kommen auf die Bauern zu:

— Kürzung der Milchprämie um 375 Millionen DM.

— Ursprünglich als reine Verbraucherpreissubvention gewährt, würde das zu einer teilweisen Erhöhung der Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte führen.

— Die Mineralölsteuer-Rückerstattung soll um 122 Millionen DM gekürzt werden. Damit würde der Preis je Liter Dieselskraftstoff um 11 Pfennig lägergesetzt. Er würde damit zum höchsten Preis innerhalb der EWG-Länder.

— 120 Millionen DM Zuschüsse zur Unfallversicherung sollen wegfallen.

— Wegfall der Zinsverbilligungsvorschriften im EWG-Anpassungsgesetz. Damit wird die schon jetzt jährlich rund 1 Milliarde DM betragende Zinsbelastung noch drückender.

— Der erst 1965 im Einkommenssteuergesetz eingeführte Freibetrag für Land- und Forstwirte in Höhe von 1200,— bzw. 2400,— DM soll innerhalb der nächsten 2 Jahre abgebaut werden, obwohl er bis 1972 gesetzlich abgesichert ist. Dadurch gehen der Landwirtschaft 120 Millionen DM verloren, die zur Rationalisierung der Hof- und Innenwirtschaft und damit zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit innerhalb der EWG vorgesehen waren.

— Die Bauern sollen höhere Beiträge für die Altersversicherung bezahlen.

— 50 Millionen DM will die Bundesregierung durch eine Änderung des Siedlungsförderungsgesetzes einsparen und damit die bäuerlichen Siedler belasten. Hinzu kommt die Aufhebung der Umsatzsteuerrückvergütung bei Um- und Ansiedlungen.

— Die geplante Einführung der Mehrwertsteuer würde die Landwirtschaft für die Lieferung aller eigenerzeugten landwirtschaftlichen Produkte umsatzsteuerpflichtig machen. Dadurch würden rund 1,4 Millionen Betriebe mit großer Verwaltungsarbeit belastet.

1,1 Milliarden DM waren den Bauern vor den Bundestagswahlen als sogenannte Vorfeldbereinigung im Rahmen der EWG gesetzlich zugesichert worden. Diese Mittel wurden auf ein Minimum zusammengestrichen. Aber an dem Termin für die Getreidepreissenkung wird festgehalten, obwohl die Kosten der Landwirtschaft für Betriebsmittel infolge der allgemeinen Preissteigerungen weiter gestiegen sind.

Welche Auswirkungen die gegenwärtige Finanzpolitik auf die Landwirtschaft der einzelnen Bundesländer hat, läßt der **Agrarstat von Baden-Württemberg** für das Jahr 1967 erkennen. In der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 6. Oktober 1966 heißt es dazu:

„Von den 600 Millionen DM Steuereinnahmen, mit denen der Finanzminister für 1967 rechnet, erhält die Landwirtschaft keinen Pfennig“... „Wesentlicher sind die zahlreichen Minderansätze gegenüber dem Vorjahr bei fast allen übrigen Positionen. Die so wichtigen Aufwendungen für Meliorationen und Wirtschaftswegebaute sind um 4 Millionen DM gekürzt worden. Weniger ist ausgewiesen für die Landjugend (— 0,1 Mill.), den Generalobstbauplan (— 0,5 Mill.), die Tierzucht (— 0,2 Mill.), die Reblausbekämpfung (— 0,5 Mill.), die Dorfsanierung (— 0,5 Mill.), die Zinsverbilligung für Betriebs- und Investitionskredite (— 0,3 Mill.)...“

Außerdem sind die Förderungsmittel für die Notstandsgebiete des

Die Demagogie der CDU/CSU-Agrarpolitik

Mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 hatte die CDU/CSU den Auftrag übernommen, die Lage der Landwirtschaft allseitig zu verbessern. Erklärtes Leitmotiv der CDU/CSU-Agrarpolitik sei die Erhaltung des bürgerlichen Familienbetriebes und die

Landes Baden-Württemberg um 4 Millionen (40 Prozent) gekürzt worden.

Zur Stabilisierung der verfehlten CDU/CSU-Politik, die den Bauern bisher nichts anderes als Sorgen, Existenzunsicherheit und wachsende Verschuldung gebracht hat, soll die Landwirtschaft also auf Milliarden DM verzichten. Das aber würde bedeuten, daß zum Zeitpunkt des vollen Inkrafttretens der EWG die Wirtschafts- und Konkurrenzfähigkeit der Bauern gegenüber den ausländischen Marktpartnern geschwächt anstatt gestärkt wird.

Der größte Teil der Belastungen trifft die Bauern bereits im Jahr 1967. Da nach Angaben der Bundesregierung auch in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Fehlbetrag im Haushalt zu rechnen ist, sollen auch der Landwirtschaft weitere Belastungen auferlegt werden.

Die Bauern sind wie die Arbeiter auch als Verbraucher betroffen. Mit jährlich rund 18 Mrd. DM für den Kauf von Betriebsmitteln, wie Maschinen und Geräte, Düng- und Pflanzenschutzmittel, Baustoffe u. a. treten die Bauern als Käufer auf. Steigende Preise schmälern ihr Einkommen und schränken die Kaufkraft ein. Notwendige Neuanschaffungen müssen unterbleiben, weil durch die Kreditrestriktionen notwendige Mittel fehlen und auch die Kreditbelastung in Höhe einer Jahresbruttonproduktion das nicht mehr zuläßt. Bei dieser Lage kann es nicht verwundern, daß die Technisierung der Landwirtschaft stagniert und die Industrie auf ihren Erzeugnissen sitzen bleibt. So kam es z. B. in der Landmaschinenindustrie zu Stilllegungen, Kurzarbeit und Entlassungen. Mangelnde Kaufkraft bei den Arbeitern führt aber auch zur Einschränkung der Lebensmittelkäufe. Arbeiter wie Bauern sind also von einer solchen Entwicklung gleichermaßen betroffen.

Sicherung des Eigentums, so hieß es. Wie sieht es in Wirklichkeit damit aus?

Durch die arbeiter- und bauernfeindliche EWG-Agrarpolitik mußten 500 000 Betriebe aufgegeben werden, selbständige Bauern wanderten in die Industrie ab. Die Verschuldung der

Landwirtschaft steigt ständig. Der CSU-Vorsitzende Strauß sprach auf dem CSU-Tag 1960 in München von der Notwendigkeit des Konsumverzichts, und der CDU-Agrarexperte Struve sagte, daß man mit einer Erhöhung der Disproportionen im Einkommen der Bauern im Vergleich mit anderen gleichgelagerten Berufsgruppen rechnen müsse.

Wie in der Wirtschaft kann von einer gesicherten Stabilität in der Landwirtschaft keine Rede sein. Die „Stabilisierungs“maßnahmen der Monopole vertieften auch die Krise in der Landwirtschaft. Nutznießer dieser Politik ist die von der CDU/CSU gewollte und hofierte rechtsextremistische NPD, wie es die Wahlen in Hessen und Bayern beweisen.

Zur Haltung Rehwinkels

Der Bauernverband, insbesondere auch Rehwinkel, hat mehr als einmal die Agrarpolitik der CDU/CSU einer heftigen Kritik unterzogen und Forderungen der Bauern unterstützt. Die Summe der Versprechungen der Regierung vor der Bundestagswahl faßte Rehwinkel in einem Interview mit dem Pressedienst Agrar-Europe zusammen und zeigte auf, daß zehn Zusagen auf entscheidenden Gebieten zehnmal gebrochen worden sind: „Die Nichtinnehaltung... vieler Versprechen, Zusagen und Gesetze durch die Bundesregierung“ ist aber nicht „die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der westdeutschen Landwirtschaft“, wie Rehwinkel meint. Ursache aller Probleme und Krisen ist die auf Aufrüstung und Notstand gestützte Politik

des Revanchismus. Sie frisst die Milliarden, die für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg fehlen.

Obwohl Rehwinkel mit seiner Kritik an der verfehlten Politik der Bundesregierung in vielen Fragen recht hat, befürwortete er andererseits in einem Rundfunkinterview am 6. November 1966 höhere Verbrauchersteuern und setzte sich für einen Lohnstopp ein. Das ist genau das, was die Monopole jetzt wollen. Wir Kommunisten sagen dazu: Wenn die Arbeiter weniger konsumieren können, werden Bauern und Mittelstand die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch stärker spüren, denn der innere Verbrauch ist gerade jetzt eine notwendige Stütze der Konjunktur. Appelle an die Regierung bringen Arbeiter und Bauern nicht weiter.

Was jetzt not tut

Eine neue Wirtschaftspolitik ist erforderlich, „die die Macht der wenigen Konzerngewaltigen einschränkt, eine Demokratisierung der Wirtschaft herbeiführt und damit dem Frieden und dem Fortschritt dient“, wie es unsere Partei in den Grundsätzen für eine demokratische Wirtschaftspolitik dargelegt hat. Mit den darin enthaltenen Forderungen für eine demokratische Agrarpolitik wissen wir uns in Übereinstimmung mit vielen Bauern, wie das Forderungsprogramme fortschrittlicher Bauern in Hessen und Bayern anlässlich der letzten Landtagswahlen zeigt.

In den Vorschlägen unserer Partei heißt es:

„Eine hochproduktive Landwirtschaft ist im Interesse einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung

erforderlich. Sie muß den Bauern eine gesicherte Existenz bieten und ihnen ermöglichen, preisgünstige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen. Die Landwirtschaft ist staatlich zu fördern durch garantierte Erzeugerpreise, billige Kredite, Steuerermäßigungen und – soweit notwendig – durch gezielte Subventionen. Eine höhere Produktivität der Landwirtschaft ist vor allem dadurch anzustreben, daß Gemeinschaften und Gemeinschaftseinrichtungen, zu denen sich die Bauern zusammenschließen, staatlich unterstützt werden. Der Preistreiberei der Großindustrie für Betriebsmittel, der Ausbeutung der Bauern durch Nahrungsmittel- und Handelskonzerne ist Einhalt zu gebieten. Die bäuerlichen Wirtschaften sind vor den diskriminierenden, existenzgefährdenden Auswirkungen der EWG-Politik zu schützen.“

Die Entwicklung der letzten Monate trug bei vielen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und ihren Funktionären zur Klärung bei und führte zu einer Annäherung der Standpunkte. So sprach sich z. B. der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der SPD, Joachim Steffen gegen eine Einkommensminderung der Landwirtschaft und gegen die geplante Kürzung der Zuschüsse für die Landwirtschaft aus. Der Vorsitzende der Gewerkschaft

ÖTV, Kluncker, lehnte eine Stabilisierung der Wirtschaft auf Kosten der Werktätigen ab, weil, wie das auch die hessischen Bauern feststellten, die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen die Krise der Wirtschaftspolitik vertiefen würde.

Die Gleichheit der Interessen von Arbeitern, Bauern und werktätigen Verbrauchern muß Basis für gemeinsames Handeln sein.

Dem VII. Parteitag der SED entgegen!

Die SED — die führende Kraft der erfolgreichen kontinuierlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik

In der Zeit vom 17. bis 22. April 1967 findet in Berlin der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bereiten den Parteitag durch Produktionstaten und Verpflichtungen und durch eine allgemeine Initiative des gesellschaftlichen und politischen Lebens vor. „Wissen und Tat“ unterrichtet durch den Abdruck des nachfolgenden Beitrags aus der „Einheit“ über einige der wichtigsten Probleme, die bei der Vorbereitung des Parteitages stehen.

Mit der erfolgreichen Entwicklung unserer Republik im Ergebnis der Beschlüsse des VI. Parteitages — das 13. Plenum zog eine Bilanz dieser Zeit — wurden solide Voraussetzungen zur kontinuierlichen Fortführung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus geschaffen. „Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik wissen aus eigener Erfahrung, daß der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewiesene und beschrittene Weg, mag er mittler auch dornenreich gewesen sein, stets im Interesse der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung lag und ihr schließlich immer spürbaren Nutzen brachte.“¹

Was befähigte unsere Partei zu diesen Erfolgen, wodurch entstand diese Erfahrung der Menschen und damit zugleich auch die massenmobilisierende Kraft unserer Parteitage? In erster Linie ist es die Tatsache, daß die SED den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Bedingungen der DDR angewandt, für alle

wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die Perspektive ausgearbeitet hat und den Werktätigen eine klare Orientierung gab. Sie führte diese zielstrebig auf dem Weg des bewußten Kampfes für Frieden und Sozialismus voran.

So ist die Tätigkeit unserer Partei und ihres Zentralkomitees gerade auch in der Zeit nach dem VI. Parteitag durch schöpferische marxistisch-leninistische Führungstätigkeit gekennzeichnet. Vor allem die Ausarbeitung und schrittweise Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der Aufbau des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems sind hierfür charakteristisch und zeigen unser Parteiprogramm in Aktion. Un trennbar hiermit verbunden ist die von unserer Partei in diesen Jahren entfaltete politisch-ideologische und organisatorische Arbeit und damit die weitere Festigung der Einheit ihrer Reihen und die Erhöhung ihrer Kampfkraft. Auf diese Weise löste die SED ihre im Statut festgelegte Hauptaufgabe, deren praktische Verwirk-

¹ Erich Honecker: „Die Vorbereitung der Parteidaten 1966/67“, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 6

lichung zugleich der wichtigste Prozeß der Aneignung der gesellschaftlichen Erfahrung und der Bewußtseinsbildung der Massen ist: die Entfaltung

der Initiative der Werktätigen für die weitere Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die politisch-ideologische Vorbereitung des Parteitages

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands besitzt ein wissenschaftliches, realistisches und konstruktives Programm zur friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Lebensfragen, zur Sicherung einer glücklichen Zukunft Deutschlands auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des Zentralkomitees über „Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ gibt der gesamten Vorbereitung des VII. Parteitages die politisch-ideologische Orientierung, stellt die konkreten Aufgaben zur allseitigen Stärkung der DDR in die entscheidenden Zusammenhänge des nationalen Kampfes und der Rolle der DDR.

Die europäische Sicherheit ist von größter Bedeutung, um in Deutschland zu einer Minderung der Spannungen zu kommen. Realistisch sollten die nächsten möglichen Schritte der Entspannung, der möglichen Beziehungen zwischen einer sozialistischen DDR und einem kapitalistischen Westdeutschland abgesteckt werden. Es geht dabei um die Annäherung, Verständigung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, um gegenseitige Anerkennung ihrer Gleichberechtigung. Diese Normalisierung kann nur durch offizielle Regierungsverhandlungen erreicht werden. Da Westdeutschland gegenwärtig nicht wiedervereinigungsfähig ist — ja noch nicht einmal konföderationsfähig — und dazu dort erst die Bedingungen geschaffen werden müssen, muß deshalb auch realistisch festgestellt werden, daß mit einem längeren Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten zu rechnen ist, denn die

Lage hat sich — nicht durch unsere Schuld, sondern im Ergebnis der starken imperialistischen Politik — so und nicht anders entwickelt.

Das gilt voll und ganz auch für die Einschätzung der Entwicklung in Westdeutschland. Indem Genosse Walter Ulbricht die in vielfältiger Art in Erscheinung tretende Krise der Bonner Revanchepolitik analysierte — wobei sich seine Voraussage bestätigte, daß die unüberwindlichen Widersprüche des deutschen Imperialismus immer stärker in Erscheinung treten müssen —, gelangte er zu der Feststellung, „daß es vom Standpunkt der Interessen des Volkes nur einen Ausweg gibt, nämlich eine andere und bessere Politik, eine demokratische Politik, die auf Mitverfügung über Atomwaffen, auf Kriegsrüstung und Revanche verzichtet, den Weg der Verständigung geht und das demokratische Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gewährleistet“.² Daß eine solche realistische Politik in Westdeutschland, die Forderungen bürgerlich-demokratischen Charakters verwirklicht, den Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte entspräche, ist heute offensichtlich. Es wäre also natürlich, wenn sich alle Anhänger des Friedens und der Verständigung auf einer solchen demokratischen Plattform zusammenfinden würden. Jedoch müssen wir leider erleben, daß die SPD-Führung noch immer an der Gemeinschaft mit der Politik der CDU/CSU festhält, daß sie deren aussichtslosen Kampf gegen die DDR unterstützt — sozialdemokratische Führer haben sogar maßgebend an den detaillierten Plänen des westdeutschen Forschungsrates zur Vorbereitung der Eroberung der DDR mitgearbeitet —, daß Wehner und Erler die USA-Aggression in Vietnam rechtfertigen.

Trotzdem sind wir nach wie vor der Meinung, „daß der Dialog notwendig ist und fortgesetzt wird... Wir werden nicht davon ablassen, auf dem

² Walter Ulbricht: „Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 25.

Wege von Verhandlungen Annäherung und Klärung wenigstens solcher Teilfragen zu suchen, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien und den beiden deutschen Staaten förderlich sind.¹

Die Deutsche Demokratische Republik allseitig stärken

Den VII. Parteitag richtig vorzubereiten bedeutet in der Hauptsache, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu festigen und zu stärken. Dabei ist die weitere ökonomische Entwicklung durch die immer bessere und vollständigere Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die planmäßige Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution von entscheidender Bedeutung. Die bei der Vorbereitung und Durchführung der Parteidichten erreichte politische Aktivität, das große Interesse und die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung ist deshalb wahrzunehmen, um eine breite Massenbewegung zu entfalten, so daß jeder Bürger gute Taten zur weiteren Stärkung seines sozialistischen Staates vollbringt.

Die auf dem 11. Plenum für die zweite Etappe des neuen ökonomischen Systems gegebene Orientierung, einen maximalen Zuwachs an Nationaleinkommen zu erreichen und dessen effektivste Verwendung zu sichern, ist richtungweisend für die Tätigkeit der Parteiorganisationen. Der Hauptweg zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe, so wurde auf dem 13. Plenum betont, ist die komplexe sozialistische Rationalisierung. Das ist gegenwärtig und für die nächste Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution das wichtigste Anliegen der Führungstätigkeit, das nur unter Einbeziehung aller Werktagen und unter Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft realisiert werden kann und zu einer hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie zu einer Senkung der Selbst-

kosten und einer Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse führen muß.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus ist ein langer und komplizierter Prozeß, in dem die Menschen ständig neue Erfahrungen sammeln. Dabei treten neue Probleme auf, die beantwortet und gelöst werden müssen. Es geht insbesondere darum, den Werktagen konkret, anschaulich und wirksam den Zusammenhang zwischen der erfolgreichen Verwirklichung dieser Aufgaben und der Sicherung der gesellschaftlichen und ihren ureigensten Lebensinteressen vor Augen zu führen und sie noch tiefer als bisher in den Prozeß der Lösung dieser Aufgaben einzubeziehen. Das erfordert die stärkere Beachtung des Grundsatzes der Einheit von politischen, ökonomischen und ideologischen Aufgaben. Auf dem 13. Plenum wurden verschiedene Beispiele genannt, daß staatliche bzw. wirtschaftsleitende Organe bei der Ausarbeitung ökonomischer Aufgaben nicht genügend durchdacht haben, wie diese der Bevölkerung prinzipiell und überzeugend erläutert werden müssen und welche Auswirkungen diese Aufgaben vor allem auf den Produktionsprozeß, d. h. auf die Arbeit der Menschen im Betrieb haben. Es muß überall zur unumstößlichen Praxis werden, daß Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse überzeugend begründet und erläutert werden, daß die Leiter erklären, warum und wie diese Maßnahmen durchzuführen sind. Das fördert das Verständnis der Werktagen für die ökonomischen Zusammenhänge und befähigt sie zur bewußten Durchführung neuer Aufgaben.

Die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei

Die weitere kontinuierliche Verwirklichung des Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus stellt höhere Anforderungen an die Führungstätigkeit der Partei, an die Arbeit der leitenden Parteidichten so-

wie der Grundorganisationen. Da alle Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus durch und für die Menschen vollbracht werden, ist die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und die Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktagen ein objektiver Prozeß, der

¹ Ebenda, S. 29

noch mehr in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu rücken ist.

Noch konsequenter als bisher sind dabei die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Planung und Leitung der komplexen gesellschaftlichen Prozesse und damit insbesondere auf die Entwicklung der sozialistischen Beziehungen der Menschen anzuwenden. Offensichtlich besteht darin gegenwärtig das Hauptkettenglied zur effektiven Durchsetzung der sich notwendig erhöhenden Führungsrolle unserer Partei bei der weiteren Verwirklichung ihres Programms.

In der Arbeit mit den Menschen, bei ihrer sozialistischen Leitung und Erziehung gingen und gehen wir stets davon aus, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung das Ergebnis der bewußten Tätigkeit der Volksmassen ist. Die Politik unserer Partei, die auf den objektiven Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung beruht, entspricht den Interessen der Massen — wobei der Grad, in welchem der einzelne sich dessen bereits bewußt ist und entsprechend handelt, unterschiedlich ist. Die Arbeit der Partei mit den Menschen ist im Wesen darauf gerichtet, ihnen eine immer bessere Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu vermitteln und sie zu befähigen, bewußt und sachkundig am sozialistischen Aufbau und damit an der Durchsetzung ihrer ureigensten Interessen teilzunehmen. Es geht dabei in erster Linie um geduldige politisch-ideologische Arbeit, um Perspektive und Aufgaben unseres weiteren Weges verständlich zu machen, sowie — was sich hiervon nicht trennen läßt — um die Herstellung und Pflege richtiger Beziehungen der Partei zu den Menschen, um die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, ohne das keine andauernde fruchtbare und gemeinsame Arbeit möglich ist.

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich, daß die politisch-ideologische Arbeit nicht von der praktischen Tätigkeit der Menschen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, insbesondere von den ökonomischen Aufgaben losgelöst und sozusagen verselbständigt werden darf, sondern daß dies alles einen einheitlichen Komplex bildet, dessen einzelne Komponenten in

lebendiger Wechselwirkung miteinander stehen. Je enger die politisch-ideologische Arbeit zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen mit ihrem praktischen Handeln in Arbeitskollektiven, gesellschaftlichen Organisationen und anderen größeren oder kleineren Gemeinschaften, mit den eigenen Erfahrungen bei der Lösung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben verbunden ist, um so mehr wird sie dazu beitragen, die Fähigkeiten, die Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der einzelnen zu wecken und zu entwickeln und damit die schöpferischen Kräfte des betreffenden Kollektivs zu stärken.

Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, die Gestaltung neuer, sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen erfolgt in erster Linie im Prozeß der schöpferischen Arbeit. Indem die Werktaatigen durch ihr praktisches Handeln bewußt auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit einwirken, formen sich ihr Bewußtsein und ihre Beziehungen untereinander, wodurch wiederum ihre praktische Tätigkeit in der einen oder anderen Weise beeinflußt wird.

Es gehört jedoch ebenso zu den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus, daß sich das sozialistische Bewußtsein der Menschen nicht von selbst herausbildet, sondern durch systematische Erziehungsarbeit entwickelt werden muß. Dabei dürfen die Menschen nicht als passive Objekte behandelt werden, das heißt, Erziehung darf nicht mit Gängelei oder Kommandieren verwechselt werden. Die Entwicklung erwachsener Menschen im Kollektiv ist ein wechselseitiger Prozeß, das heißt, er schließt sowohl die Gegenseitigkeit als auch den Aspekt der Selbsterziehung ein. Das letztere Moment gelangt um so stärker zur Ausprägung und zur Wirksamkeit, je höher der Bewußtseinsstand der betreffenden Persönlichkeit und deren menschliche Reife entwickelt sind.

Damit wird bereits deutlich, daß die weitere qualitative Entwicklung unserer sozialistischen Erziehungsarbeit eine weit gründlichere Beschäftigung mit den Gesetzen und Erfordernissen

der Wirksamkeit unserer ideologischen Arbeit unter der gesamten Bevölkerung notwendig macht. Genosse Erich Honecker wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß zunächst genaue Kenntnis notwendig ist, was die Men-

schen denken und welche Fragen sie bewegen, um hieran anknüpfend, unsere Ideen in das Bewußtsein der Menschen hineinzutragen.

(Von Richard Herber, aus „Einheit“, Heft 11/1966, gekürzt)

Leuna heute — und in der Vergangenheit

Der nachfolgende Beitrag wurde auf Ersuchen der Redaktion „Wissen und Tat“ von den Genossen der Kreisleitung des sozialistischen Großbetriebes „Leuna“ für unsere Leser geschrieben.

30 000 Arbeiter und Angestellte, Ingenieure und Chemiker, Werkältige aller Berufe und gesellschaftlichen Schichten prägen heute durch ihre Arbeit das Ansehen des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Auf einem Territorium von rund sieben Quadratkilometern produzieren sie Werte von knapp 1,5 Milliarden Mark im Jahr. Damit ist der VEB Leuna-Werke der größte sozialistische Industriebetrieb der Deutschen Demokratischen Republik. Etwa 10 Prozent der gesamten Chemieproduktion der Volkswirtschaft der DDR entstammen den Anlagen der Leuna-Werke. Vielfältige Exportverbindungen zu Verbrauchern und Händlern in mehr als 60 Ländern des sozialistischen und kapitalistischen Weltmarktes unterstreichen die Bedeutung des Werkes.

Zwischen dem Werk und anderen Industriezweigen der Deutschen Demokratischen Republik, besonders des mitteldeutschen Raumes, bestehen intensive Verflechtungs- und Kooperationsbeziehungen. Allein 45 Erzeugnisse liefert Leuna an den VEB Chemische Werke Buna, während der VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld 25 Erzeugnisse erhält. Chemische Großbetriebe, wie der VEB Farbenfabrik Wolfen, der VEB Filmfabrik Wolfen, der VEB Stickstoffwerk Piesteritz, das volkseigene Kunstseidenwerk „Wilhelm Pieck“ in Schwarza, Dederonhersteller in Prennitz und Guben und viele andere Betriebe sind Partner im Netz der Verflechtungen.

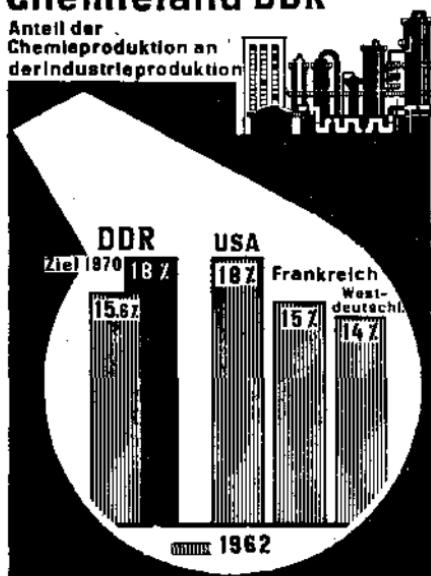
Unmittelbar neben dem alten Leuna wird in den letzten Jahren die erste petrochemische Basis der DDR errichtet. Die ersten Anlagen produzieren seit einiger Zeit Hochdruckpolyäthylen als Hauptprodukt, einen Plast, der sehr

vielseitig einsetzbar ist und zum Beispiel im neu entstandenen plastverarbeitenden Werk in Gölzau zu vielen hochwertigen Produkten weiter verarbeitet wird.

Die Deutsche Demokratische Republik verfügt über eine quantitativ und qualitativ hochentwickelte Chemiewirtschaft. Es gibt heute kaum ein Land in der Welt, das einen so hohen Anteil Chemieproduktion an der industriellen Gesamtproduktion aufzu-

Chemieland DDR

Anteil der
Chemieproduktion an
der Industrieproduktion



weisen hat. Im Jahre 1959 betrug dieser Anteil in der DDR bereits 14,5 Prozent, gegenwärtig macht er 15,6 Prozent aus. Hinsichtlich des Chemie-

Produktionsvolumens lag die DDR pro Kopf der Bevölkerung 1959 hinter den USA an zweiter Stelle und teilt sich

gegenwärtig im Bereich der Chemiefaserproduktion mit den USA den ersten Platz in der Welt.

Schule der Arbeiterklasse

Der sozialistische Großbetrieb Leuna ist eine Schule der Arbeiterklasse, die die Werktätigen lehrt, Staat und Wirtschaft selbst zu beherrschen und zu leiten.

Der Beginn dieser Entwicklung liegt nunmehr 50 Jahre zurück. Im Jahre 1916 begannen die ersten Arbeiten zum Bau des damaligen „Ammoniakwerkes Merseburg“.

Warum die Aktionäre der BASF den Beginn des Baus befahlen, möge ein Zitat erklären: „Der wider Erwarten starke und schnelle Munitionsverbrauch der ersten Kriegswochen (des I. Weltkrieges d. Verf.) hatte die Friedensberechnungen weit übertroffen. Nach den Grenzschlachten und der Marneschlacht waren die vorhandenen Vorräte so gut wie aufgebraucht. Die heimische Industrie war zu dieser Zeit noch nicht in der Lage, den Munitionsverbrauch mit der erforderlichen Schnelligkeit und in ausreichendem Maße zu ersetzen.“ Jede Steigerung der Munitionsproduktion hing aber ab von der Erhöhung der Pulverfertigung und diese wiederum hauptsächlich von der Stickstofferzeugung.

Die Kriegsrohstoffabteilung (KRA) des preußischen Kriegsministeriums entwickelte sich während des Krieges zur wichtigsten Instanz, durch die sich die führenden deutschen Monopole in erbittertem Konkurrenzkampf allmählich die Wirtschaft des ganzen Landes unterordneten. Die Monopolisten der BASF hatten sich in der KRA eine Schlüsselstellung zu verschaffen gewußt.

So ist der Bau des „Ammoniakwerkes Merseburg“ nahe dem kleinen Dorf Leuna damals einer der entscheiden-

den Versuche des deutschen Imperialismus, den tödlichen Fängen wirtschaftlicher und chauvinistischer Fehlspeditionen zu entrinnen. Die Fäden der Drahtzieher und Nutznießer an diesem zeitweiligen Hauptprojekt der deutschen imperialistischen Rüstung ließen bei der Badischen Anilin- und Soda-fabrik (BASF) in Ludwigshafen zusammen, einem der wichtigsten Konzernglieder der späteren IG Farben AG. Leuna wurde zu einer der wichtigsten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Großanlage dieses einflußreichsten und gefährlichsten Kriegsverbrecherkonzerns.

Presseangaben zufolge beliefen sich die Gesamtkosten für den Bau der Leunawerke einschließlich der Fabriksiedlung bis zum Jahre 1920 auf 700 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte davon hat der Staat gezahlt, erpreßt in der prekären Lage der Kriegssituation, und zum Inflationskurs nur fiktiv zurück erhalten.

So gesehen muß man die fünfzigjährige Geschichte des größten Chemiebetriebes der DDR in zwei grundlegend verschiedene Teile trennen. 30 Jahre Leuna-Werke unter der Herrschaft der Konzernherren der IG Farben, Leuna der Ausbeutung, der Knechtung und der Kriegsproduktion unterscheiden sich wesentlich von den jüngeren 20 Jahren der Leuna-Werke des Volkes. Die von der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus befreite Arbeiterklasse, die sich zur herrschenden Klasse erhob, hat im engen Bündnis mit allen werktätigen Schichten der Bevölkerung dem Werk einen neuen Inhalt und der Produktion ein neues Ziel gegeben.

Tradition, Gegenwart und Zukunft der Leuna-Arbeiter

Das Band zwischen Tradition, Gegenwart und Perspektive ist ein ununterbrochener fünfzigjähriger Kampf der Leuna-Arbeiter, der Wissenschaftler, der Techniker und Chemiker für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Dieser Kampf begann im Jahre 1916 und wird in unseren Tagen unter Führung der SED vollendet.

Es war ein schwieriger Anfang in den Jahren 1945/46. Über 10 000 anglo-amerikanische Bomben hatten in 23 schweren Luftangriffen das Werk zu etwa 80 Prozent zerstört. Schutt und

¹ Der Weltkrieg 1914—1918 Bd. V, Seite 7.
Berlin 1928

Trümmer hinterließ der geschlagene deutsche Imperialismus den Leuna-Arbeitern. Ohne die Herren der IG Farben begann der Aufbau. Diese Herren hatten sich nach Westen abgesetzt: ter Meer, heute Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates und Vorstandes der Farbenfabriken Beyer AG, Leverkusen, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Düsseldorf, und der Waggonfabrik Uerdingen AG, Krefeld; Bütfisch, ehemals Geschäftsführer der Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna-Werke, und heute Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen, Aufsichtsratsmitglied der Rohrchemie AG, Oberhausen-Holten und Leiter des Technischen Expertenkomitees der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie; Schneider, früher Hauptabwehrbeauftragter der IG und Geschäfts- und Betriebsführer des Ammoniakwerkes Merseburg und heute Aufsichtsratsmitglied der Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg.

Unter tatkräftiger Mitarbeit sowjetischer Fachleute wurde erreicht, daß bereits 1953 die Produktion den Vorkriegsstand erreichte, 1958 höher lag als die im Jahre 1942 erzielte Maximalproduktion unter der Herrschaft der IG Farben. Im Jahre 1961 überschritt das Produktionsvolumen erstmalig die Milliardengrenze.

Unter Führung der befreiten Arbeiterklasse und ihrer revolutionär-marxistischen Partei gaben die Werktätigen damit vor allem den Beweis, wie in den Betrieben des ehemaligen IG-Konzerns die nationale Konzeption „Chemie für den Frieden“ durchgesetzt werden konnte. Damit begann in der Tat ein neuer Abschnitt in der Geschichte.

Mit der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und der Umgestaltung der gesamten Gesellschaft entstand und entwickelte sich die sozialistische Demokratie. Die Herrschaft des Volkes wurde zur Realität.

Sozialistische Demokratie in Aktion

Die sozialistische Demokratie in Aktion umfaßt ein ganzes System staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen, durch die die Werktätigen die Macht ausüben und die sozialistische Gesellschaft errichten.

Im sozialistischen Großbetrieb ist in diesem System die Arbeit der staatlichen Leitung des Betriebes und die Mitbestimmung der Gewerkschaftsorganisation von besonderer Bedeutung.

Die Erfahrung lehrt, daß die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus maßgeblich auf den Inhalt und die Methoden der Führungstätigkeit einwirkt. Die Leitung des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ ist deshalb gegenwärtig dabei, das neue ökonomische System der Planung und Leitung mit all seinen Details durchzusetzen. Das Grundanliegen des neuen ökonomischen Systems besteht darin, die im Plan optimal fixierten volkswirtschaftlichen Gesamterfordernisse mit den individuellen und betrieblichen Interessen über ein System ökonomischer Hebel in Übereinstimmung zu bringen. Die

Handlungen einzelner Werktätiger, der Betriebskollektive und ganzer Abteilungen werden so gestaltet, daß sie den volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen entsprechen und diese verwirklichen. Der vom Staat eingesetzte Leiter einer Gruppe ist verpflichtet, diese Erfordernisse zu erläutern und über die Lösung der Probleme Rechenschaft vor seinem Kollektiv abzulegen. Er wird dabei von den gesellschaftlichen Organisationen tatkräftig unterstützt. Die Arbeit des Produktionskomitees, der Produktionsberatungen, Aktionen der Plandiskussion, der sozialistische Wettbewerb, Ergebnisse der Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, eine große Zahl von Vorschlägen der Neuerer der Rationalisatorengruppen und Neuereraktivs sind Ausdruck der aktiven Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion.

Gegenwärtig erarbeiten über 300 sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften mit rund 4000 Mitgliedern dem Werkskollektiv jährlich einen beträchtlichen Nutzen. 654 Meisterbereiche, Schichtkollektive und Jugendbrigaden bewerben sich um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Jeder zweite Werksangehörige ist an

der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung beteiligt. Im Jahre 1965 wurden durch die Vorschläge der Neuerer und Rationalisatoren ein Nutzen von rund 30 Millionen Mark erzielt. Den ideellen Nutzen, die Freude und Befriedigung jedes einzelnen, die er durch die Anerkennung seiner Leistung fand, nicht mitgerechnet. Die guten Vorschläge und Ideen der Werkstätigen Leunas führten 1966 u. a. zu einer Überfüllung des Stickstoffplanes um über 3000 t Reinstickstoff.

Rund ein Viertel der Beschäftigten jener Abteilung, die den Stickstoff aus der Luft gewinnt, sind Frauen. Jahrzehntelang waren sie im Leuna-Werk der IG nicht beschäftigt worden. Bis 1952 hatte sich der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft auf 20 Prozent erhöht. Er stieg in den Jahren darauf weiter an und erreichte 1965 zirka 31 Prozent. 179 Frauen mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulbildung, ausgebildete Meister der volksseigenen Industrie und Frauen mit langjährigen Berufserfahrungen arbeiteten 1963 in leitenden Funktionen des Werkes. 1964 stieg diese Zahl um weitere 57 Prozent und sie verdoppelte sich annähernd im Jahre 1966. Fast 12 Prozent der im Werk beschäftigten Chemiker, Ingenieure und Ökonomen mit Hoch- und Fachschulbildung sind Frauen. Im Studienjahr 1965/66 wurden 24 Frauen zum Studium an Universitäten und Hochschulen und 37 zu Fachschulen delegiert. Die Betriebsschule bietet den berufstätigen Frauen und Müttern durch Externatslehrgänge besondere Möglichkeiten der Qualifizierung. Für die Dauer der Lehrgänge werden die Frauen von ihrer Arbeit im Betrieb beurlaubt und erhalten ihren bisherigen Durchschnittslohn. Die Zahl der Hörer in diesen Lehrgängen stieg bis zum Jahre 1965 auf durchschnittlich 4000 pro Jahr.

Die Gewerkschaftsorganisation im Werk unterstützt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese Entwicklung, weil sie mit ihrem Beitrag zur Steigerung der Arbeitsproduktivität die Interessen aller ihrer Mitglieder am besten vertritt. Sie stellte beispielsweise auf einer Vertrauensleutevollversammlung im September 1966 in einer Stellungnahme zum Planvorschlag 1967 fest, nachdem der Werk-

direktor seinen Bericht zur Planerfüllung und zum Planvorschlag 1967 unterbreitet hatte: „Die Ergebnisse im sozialistischen Massenwettbewerb zur Planerfüllung zeigen, daß das gesamte Belegschaftskollektiv erfolgreich um die Erreichung der Staatsplanaufgaben gekämpft hat. Diese Initiative bei den Belegschaftsmitgliedern in allen Abteilungen zu wecken, um die Aufgaben der Planerfüllung für 1966/67 zu lösen, ist ein wichtiger Auftrag für die Gewerkschaftsorganisation unseres Werkes.“

An anderer Stelle der gleichen Stellungnahme ist zu lesen: „Nicht einverstanden sind wir mit dem Vorschlag, die Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu senken. Der allgemeine technische Zustand des Werkes widerspricht dieser Maßnahme“. Der Werkdirektor ist gesetzlich verpflichtet, dieses Veto der Gewerkschaft zu respektieren und jene Überlegung zu korrigieren, die nicht die Zustimmung der Interessenvertretung der Belegschaft fand.

Gegenwärtig haben die Partei-, die Gewerkschafts- und die Abteilungsleitung einer Abteilung des Werkes die Produktionsbetriebe zum sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren des VII. Parteitages der SED und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aufgerufen und sich selbst verpflichtet, ausgehend vom 13. Plenum des ZK der SED, einen intensiven Kampf zur Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen, Energien, Arbeitskräften und Reparaturkosten, zur Verminderung von Stillstandszeiten, zur Verbesserung der Fondsquote durch den Abbau von erhöhten Beständen und ungenutzten Grundmitteln und zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse zu führen. 2100 Einzel- und Kollektivverpflichtungen aus allen Teilen des Werkes wurden zur Lösung dieser Aufgabe eingegangen. Sie tragen dazu bei, daß der Gewinn der Leuna-Werke im nächsten Jahr um 60 Millionen Mark ansteigen wird.

Wie zu jeder Zeit seit dem Bestehen des Werkes steht die Partei der Arbeiterklasse an der Spitze des Kampfes, gibt ihm Ziel und Richtung. Mehr als jeder fünfte Belegschaftsangehörige ist Mitglied der SED. Zwei Mitglieder der Kreisparteiorganisation tragen den

Vaterländischen Verdienstorden, fünf wurden mit dem Nationalpreis geehrt, vier sind Helden der Arbeit und sechs erhielten den Orden „Banner der Arbeit“, 27 Genossen und Genossinnen erhielten die Verdienstmedaille der DDR und 2388 sind Aktivisten oder erhielten die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“. Damit wird deutlich, die Parteimitglieder sind die aktivsten, politisch klarsten und klassenbewußtesten Werktätigen des Betriebes.

Ausgehend von den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED legte die Kreisparteiorganisation der SED im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ den Werktätigen ihr Perspektivprogramm vor, das die Entwicklung des Werkes bis zum Jahre 1970 und darüber hinaus entwirft. Es legt die Aufgaben dar, die sich aus der zielstrebigsten

Weiterentwicklung der Petrochemie in Leuna und der Rekonstruktion des alten Werkes ergeben und unterstreicht als Voraussetzung dazu ein hohes Niveau wissenschaftlicher Planungs- und Leistungstätigkeit. Aufgabe der Kreisparteiorganisation des Leuna-Werkes und all ihrer Mitglieder ist es, eine Atmosphäre des Meinungstreits um den optimalen Perspektivplan und um seine Realisierung ins Leben zu rufen.

„Für eine solche Entwicklung, für eine solche Zukunft, für eine solche Demokratie, in der sich freie Menschen entwickeln, ihr Schicksal selbst bestimmen, in der unsere Menschen den Weg des Volkes zu Frieden, Glück und Wohlstand lenken, lohnt es sich, alle Kräfte, Talente und Fähigkeiten jeden Tag aufs neue einzusetzen.“

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Wer steht hinter dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“

Am 14. Juni 1954 trafen sich auf Einladung des damaligen Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Jacob Kaiser, 128 Damen und Herren im Kurort Bad Neuenahr. Zur Diskussion stand — wie verlautet wurde — die Wiedervereinigung Deutschlands. Auf Veranlassung des Bonner „gesamtdeutschen“ Ministeriums wurde noch am gleichen Tage mit diesen Damen und Herren das Kuratorium „Unteilbares Deutschland — Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ gegründet.

Im Gründungsmanifest des Kuratoriums hieß es, daß alle Bemühungen um die Herstellung einer „freien und geeinten Deutschlands“ seit 1945 gescheitert seien. Die Grenze mitten durch Deutschland bedrohe die „Sicherheit und Wohlfahrt“. Die Sicherheit und Wohlfahrt sei nur dann herzustellen, wenn die „freiheitliche Ordnung“ der Bundesrepublik auch

auf die DDR ausgedehnt werde. Für dieses Ziel hätten sich „Männer und Frauen aus allen Teilen unseres Landes, aus allen Parteien, aus den großen wirtschaftlichen und sozialen Verbänden, aus dem Kultur- und Geistesleben, aus allen Schichten und wesentlichen Gruppen“ des deutschen Volkes zusammengeschlossen.¹ Ziel und Absicht der Initiatoren des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ konnten kaum durch demagogische Formulierungen verhüllt werden.

Am 17. Juni 1953 hatte die annexionistische Bonner Wiedervereinigungs-politik eine Niederlage erfahren. Mit der Gründung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ sollte für die Annexionspolitik eine Massenbewegung ins Leben gerufen werden. Jacob Kaiser proklamierte eine Art Burgfriedenspolitik in bezug auf den geplanten Anschluß der DDR. Bei der Wiedervereinigung — so erklärte er in Anlehnung an die Worte Kaiser Wilhelms II. bei Ausbruch des ersten Weltkrieges — dürfe „es keine Par-

¹ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 16. 6. 1954, Nr. 110, S. 265.

teien —, keine Klassen-, keine Standesunterschiede geben.“²

Das Kuratorium erwies sich aber gleich als ein Organ des Monopolkapitals und der reaktionären Parteien. Die Mitarbeit einiger rechter SPD- und einiger rechter DGB-Führer vermögen daran wenig zu ändern.

In der Mitgliederliste des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ findet man unter anderem folgende Konzernkapitäne:

Fritz Berg

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;

Dr. Paul Beyer

Geschäftsführender Vorsitzender

des Deutschen Industrie- und Handelstages;

Otto Friedrich

Damals Vorsitzender des Verbandes der Phoenix-Gummiwerke, Hamburg.

Alfred Krupp von Bohlen und Halbach
Chef des Krupp-Konzerns, Essen.

Diese Herren und das Bonner Ministerium für „gesamtdeutsche“ Fragen finanzieren das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“. Aber auch durch öffentliche Sammlungen und durch Einziehung eines monatlichen „Wiedervereinigungspfennigs“ in Schulen werden die Mittel für die Tätigkeit dieses Gremiums aufgebracht.

II

Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ ist die Organisation des Konzernkapitals, das die propagandistische Vorbereitung der geplanten Annexion der DDR betreibt. Die Probe auf die wahren Absichten des Kuratoriums wurde noch im Jahre 1954 gemacht. Dr. Hans Loch wandte sich im Auftrage des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ der DDR in einem Schreiben an das Kuratorium. In dem Schreiben wurde die Erweiterung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Wiederherstellung einer einheitlichen Währung, die Herabsetzung der Streitkräfte und die Erweiterung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten vorgeschlagen.³ Diese Vorschläge der DDR, die geeignet waren, wichtige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen, lehnte das Kuratorium ab. Der Präsident des Kuratoriums Löbe begründete die Ablehnung damit, daß das Kuratorium „in aller Stille“ wirken wolle. Das Kuratorium lehne es ab, sich durch solche Vorschläge „überrumeln“ zu lassen.⁴

Stattdessen entwickelte es eine rege propagandistische Tätigkeit. Sonderbriefmarken, Plakate, Gedenkminuten,

² Vgl. Deutsche Kommentare, Stuttgart, 26. 6. 1954.

³ Freies Volk, Düsseldorf, 1. Juli 1954.

⁴ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 31. Juli 1954, Nr. 141, S. 1266.

Kerzen im Fenster am 17. Juni jeden Jahres sind ein Teil jener vom Kuratorium propagierten Mittel und Methoden zur Unterstützung der Bonner Annexionspolitik. Eine der bisher mit größtem Aufwand an Demagogie durchgeführte Kampagne war die Aktion „Macht das Tor auf“. Den Vorschlag dafür machte der Herausgeber der „Bild-Zeitung“, Cäsar Axel Springer. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs für diese Aktion zählten u. a. CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß und Kriegsverbrecher Theodor Oberländer. Die Aktion „Macht das Tor auf“ war in den Jahren 1959/1960 ein wichtiger Bestandteil der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR und der Vorbereitung der im Herbst 1961 geplanten „Befreiung“.

Nachdem durch die Befestigung der Staatsgrenzen der DDR am 18. August 1961 der Bonner Regierung die Grenzen ihrer Macht gezeigt worden waren, bemühten sich die Funktionäre des Kuratoriums um die Propagierung neuer Methoden für die Durchsetzung der alten Annexionsziele. Besondere Aktivität zeigte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Wilhelm Wolfgang Schütz. In seinem Buch „Reform der Deutschlandpolitik“ begründete er die Schaffung einer „formierten Gesellschaft“ in der Bundesrepublik mit dem Ziel der „Wiedervereinigung“ Deutschlands:

„Die deutsche Frage ist auch und vor allem eine Frage der Macht... Politik, Wirtschaft, Geist, Kultur, moralische Kräfte, Charakter, das alles ist Macht. Das alles läßt sich in die Waagschale legen. Hier läßt sich zusätzliche Macht schaffen.“⁵ Eben auf die Durchsetzung der Macht der Mo-

nopole kommt es den Bonner Macht-habern an.

Obwohl das Kuratorium nun schon 12 Jahre tätig ist, konnte es weder das propagierte Aggressionsziel realisieren, noch wurde es eine „Volksbewegung“.

III

Die politische Rolle des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ läßt sich nur dann richtig verstehen, wenn der funktionale Zusammenhang mit dem „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gesehen wird. Der „Forschungsbeirat“ ist seit März 1952 tätig an der Ausarbeitung eines detaillierten „Grauen Plans“, in dem alle die Maßnahmen festgelegt sind, wie nach einem erfolgreichen „Tag X“ die sozialistische Industrie und Landwirtschaft der DDR rekapitalisiert werden könnte.⁶ Im „Forschungsbeirat“ sind sämtliche Unternehmerverbände vertreten, aber auch Vertreter aller Bonner Ministerien, der CDU/CSU, der SPD und des DGB. Die Verbindung zwischen dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und dem „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ wird vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen hergestellt. Eine Reihe der Mitglieder der Füh-

rungsgremien gehören sowohl dem „Forschungsbeirat“ als auch dem Kuratorium an — so zum Beispiel Fritz Berg, Ferdinand Friedensburg und Wilhelm Wolfgang Schütz.

Die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt oft verkündete „realistische Politik“ läßt sich wohl kaum in Übereinstimmung bringen mit der Mitarbeit der SPD im Kuratorium. Der Vorschlag Herbert Wehnens, eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der DDR und der Bundesrepublik herzustellen, ist solange unglaublich wie SPD-Führer im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und am „Grauen Plan“ mitarbeiten.

Es ist erforderlich, daß sich die Arbeiterorganisationen von der Zielsetzung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ distanzieren. Dies könnte augenscheinlich dadurch geschehen, daß sowohl der DGB als auch die SPD ihre Vertreter zurückziehen.

Wer ist die FNL?

Frage: Die Befreiungsbewegung in Südvietnam wird bei uns meist als „Vietcong“ bezeichnet. Aber sie nennt sich selbst FNL, Nationale Front für die Befreiung Südvietnams. Warum benutzen z. B. unsere großen Presseorgane nicht die richtige Bezeichnung?

Antwort: Wilfred Burchett, ein australischer Journalist, der sich in den befreiten Gebieten Südvietnams, unter

⁵ Schütz, Wilhelm Wolfgang, Reform der Deutschlandpolitik, Köln und Westberlin (1965), S. 17 und 41.

⁶ Vgl. Tätigkeitsberichte des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Bonn und Westberlin 1954, 1957, 1961, 1965.

den Kämpfern der Befreiungssarmee, in Dörfern, in den Bergen, in ihren Stellungen vor den Toren Saigons aufgehalten hat, Reportagen über die FNL schreibt und das Buch „Partisanen contra Generale“ veröffentlichte (in der Bundesrepublik herausgegeben vom Brückenverlag 11,20 DM, Vorabdruck erschienen in „Quick“, „Stern“, „Epoca“, „Paris Match“), hat sich mit einer ähnlichen Frage in einem Leitartikel beschäftigt, den die Wiener „Volkstimme“ am 8. 8. 1964 brachte. Er schrieb:

„Das Wort ‚Vietcong‘ ist eine Falschmeldung, erfunden von Ngo Dien Diem, die Zusammenziehung der Worte ‚vietnamesische Kommunisten‘. (Diem war

von 1954 bis 1963 Diktator Südvietnams, eingesetzt von den USA. Nach einem Bericht der FNL sind unter seiner Herrschaft täglich 42 Südvietnamesen ermordet, 5 Millionen Menschen in Konzentrationslagern inhaftiert worden. Die Red.)

Es gibt keine Organisation, die sich Vietcong nennt. Die Organisation, die bereits zwei Drittel des Landes mit mehr als der Hälfte der Bevölkerung kontrolliert, ist die Nationale Befreiungsfront. Das Zentralkomitee der Befreiungsfront ist faktisch eine provvisorische Regierung, allerdings mit Komitees statt Ministerien: Komitee für Militärangelegenheiten, für Auslandsbeziehungen, für öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Erziehung usw. sogar ein Komitee für Verkehr und Fernverbindungen ...

Die leitenden Männer sind zu einem sehr großen Teil Intellektuelle aus Saigon, Patrioten, die ohne weiteres mit irgendeiner gemäßigten nationalistischen Regierung zusammenarbeiten würden. Der Vorsitzende der Befreiungsfront ist ein wohlbekannter Rechtsanwalt aus Saigon, Nguyen Huu Tho, der nie als „Linker“ betrachtet wurde. Der Generalsekretär Huynh Tan Phat, ein Architekt, ist ebenso wie Tho sehr gebildet, europäisiert, in Frankreich erzogen. Unter den Leuten an der Spitze finden sich noch ein Radioingenieur, ein Chemiker, der Spezialist für Heilmittel ist, ein Arzt, ein Bünnenschriftsteller und ein Zeitungsherausgeber: Buddhisten, Katholiken und religiöse Führer der Cao-Dai-Religion – lauter Leute, die von Diem und Dulles in die Opposition gedrängt und zur Flucht aus Saigon gezwungen wurden.“

Mit der Bezeichnung „Vietcong“ wollen die großen Meinungsmonopole der Länder, die den schmutzigen Krieg in Vietnam führen oder unterstützen, davon ablenken, daß sich in der FNL alle patriotischen Kräfte zur Befreiung Südvietnams von den amerikanischen Truppen und ihrer Marionettenregierung in Saigon zusammengeschlossen haben. Der Begriff „Vietcong“ soll diffamieren, soll helfen, den schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk als „kommunistische Aggression“ darzustellen. „Vietcong“

ist eine Vokabel der Kräfte, die in Vietnam Völkermord begehen, ihr Gesicht vor den Völkern verlieren und deshalb mit dem Festhalten an diesem Begriff den Charakter des nationalen Befreiungskampfes der Südvietnamesen vor der Welt zu vertuschen versuchen.

Alle Zeitungen, Parteien, Organisationen, Bewegungen, Staatsmänner und jeder einzelne Mensch, die sich gegen die Aggression der USA in Vietnam wenden und für die Unabhängigkeit Vietnams eintreten, lehnen es ab, den Begriff „Vietcong“ zu gebrauchen, weil man nicht mit dem Vokabular des Aggressors gegen ihn kämpfen kann. So ist bereits die Wahl der Bezeichnung FNL ein Ausdruck für die Klarheit der Erkenntnis über den Befreiungskampf, den das vietnamesische Volk führt, und ein Bekenntnis zum unabdingbaren Recht Vietnams, ohne die Anwesenheit und den Krieg der amerikanischen Truppen über sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Frage: Ist die FNL die Befreiungsarmee oder eine Organisation?

Antwort: Die FNL wurde am 20. Dezember 1960 gegründet. Sie ist eine Vereinigung, der sich u. a. folgende Parteien und Organisationen Südvietnams angeschlossen haben: Radikal-Sozialistische Partei Südvietnams, Demokratische Partei Südvietnams, Revolutionäre Volkspartei Vietnams, Autonome Bewegung der Nationalitäten in Tay-Nguyen, Vereinigung der Buddhisten Südvietnams, der Cao-Dai-Sekte, der Hoa-Hao-Sekte, der Katholiken und der Protestanten, Gruppe der Industrie- und Kaufleute, Befreiungsarmee Südvietnams. Ebenso angeschlossen haben sich zahlreiche Organisationen der Bauern, der Frauen, der Jugend und Studenten, der Schriftsteller und Künstler, der Gewerkschafter, der Lehrer und Journalisten Südvietnams.

Daraus geht hervor, daß die Befreiungsarmee nur einen Teil der FNL darstellt.

Frage: Wie arbeitet die FNL?

Antwort: Die FNL kontrolliert heute vier Fünftel des südvietnamesischen Territoriums mit zehn von insgesamt vierzehn Millionen Einwohnern. Das

Wort „kontrolliert“ anstelle von „beherrscht“ wird deshalb gewählt, weil die Lage in Südvietnam sehr unterschiedlich ist. Es gibt Gebiete, z. B. im Süden, im äußerst fruchtbaren Mekong-Delta, in die seit 1954 kein Amerikaner und kein Soldat der Saigonner Truppen seinen Fuß gesetzt hat. In den Dörfern, Orten und Ansiedlungen solcher Gebiete besteht seit Jahren eine demokratisch gewählte Selbstverwaltung der Einwohner, ist der Boden an die Bauern vergeben worden (in den vergangenen zwei Jahren waren das 31 000 ha Ackerland), betreuen Ärzte der FNL die Bevölkerung, wird mit Hilfe der Lehrer und Soldaten der FNL das Analphabetentum bekämpft. In andere Landstriche und Ortschaften Südvietnams, in denen die USA-Truppen keine festen Militärstützpunkte haben, dringen amerikanische Einheiten und Saigonner Truppen zeitweise ein. Sie morden, plündern, brennen die Hütten nieder, werfen Giftstoffe – aber die Bauern, ihre Frauen und selbst die Kinder unterstützen die FNL.

Die französischen Journalisten Gordon Troeller und Claude Deffarge, die ein von den Amerikanern kontrolliertes Dorf in Südvietnam besuchten, berichteten in der Pariser Tageszeitung „LeNouvel Observateur“ über ein Gespräch mit dem katholischen Priester dieses Dorfes. Er sagte über die amerikanischen Angriffe auf schutzlose Dörfer: „Dank dieser Methoden können die Amerikaner einige Quadratmeter verbrannter Erde dazugewinnen, aber sie verlieren die Menschen. Die Sympathien der Bauern und der Bergbewohner gehören der FNL. Das ist logisch ... Sie vergessen ein Gefühl, das allen Vietnamesen gemeinsam ist, welcher politischen Richtung sie auch angehören: das patriotische Gefühl.“

Doch nicht nur auf dem flachen Land genießt die FNL und ihre Armee die Unterstützung der Bevölkerung. Wilfred Burchett berichtet in seiner Reportage „... bis vor die Tore Saigons“: „Hoang, ein Angehöriger der FNL in Saigon, erläuterte, daß sich ganze Bezirke in Saigon-Cholon nicht mehr unter der Kontrolle der örtlichen Behörden befinden. Ich fragte, ob das bedeutet, daß die FNL befreite Teile selbst innerhalb der Stadt habe. Hoang antwortete: „Nein, so ist es nicht. Aber

es gibt große Teile der Stadt, in die sich die Ky-Truppen und die Polizeieinheiten nicht wagen, es sei denn, sie rückten in Bataillonsstärke an. Andererseits können wir uns absolut frei bewegen, weil wir von der Bevölkerung geschützt werden. Es handelt sich um die ärmeren Teile der Stadt, in denen die Arbeiter wohnen. In diese Gebiete ziehen sich z. B. die jungen Vietnamesen zurück, die nicht in die Saigonner Armee gepreßt werden wollen ... Die FNL hat schon längst Stützpunkte innerhalb der Stadt, in der ‚Höhle des Löwen‘ errichtet.“

Im Dschungel hat die FNL eigene Druckereien, die neben Zeitungen und Flugblättern auch Schulbücher herstellen, nach denen Erwachsene und Kinder selbst in solchen Ortschaften lernen, die nicht ständig von der FNL kontrolliert werden. Ärzte der FNL stellen sich der Bevölkerung ohne Bezahlung zur Verfügung. Die FNL besitzt nicht nur eigene gut ausgerüstete Lazarette und Krankenstationen, sie unterhält im Dschungel ein medizinisches Forschungslabor, in dem vietnamesische Ärzte Medikamente gegen die traditionellen Seuchen des Landes entwickelt haben.

Nach dem Wahlbetrug, den der Saigonner Diktator Ky mit Hilfe der USA im September 1966 inszenierte, schrieb die sozialdemokratische schwedische Zeitung „Aftonbladet“ „In einer freien Wahl würde die nationale Befreiungsfront die Majorität gewinnen. Davon sind selbst viele amerikanische Experten überzeugt.“

Auch über die Grenzen Vietnams hinaus wächst die Anerkennung der FNL als die echte Vertretung der Bevölkerung von Südvietnam. Als General de Gaulle im vergangenen August zu einem Staatsbesuch in Kambodscha weilte, nahm seine Begleitung Kontakte zu einer Vertretung der FNL auf. De Gaulle selbst nannte die FNL eine Kraft, mit der man rechnen muß. Bereits heute hat die FNL ständige Vertretungen in der Sowjetunion, in Kuba, in Algerien, in der CSSR und in China. Ständige Delegationen der FNL befinden sich beim Solidaritätsrat der afro-asiatischen Völker in Kairo und beim Exekutivkomitee des Internationalen Studentenbundes in Budapest.

Aus dem Leben der Partei

Begegnungen einer Reise

Mit der Delegation der KPD in Dänemark

von JUPP ANGENFORT

Wir treffen bei gutem Wetter in Dänemark ein. Genossen der Führung der Kommunistischen Partei Dänemarks empfangen uns herzlich. Die Zoll- und Paßbeamten arbeiten schnell und freundlich. Sie sind sich im klaren, daß sie es mit führenden Funktionären der KPD zu tun haben. Max Reimann ist ihnen kein Unbekannter. Offensichtlich halten sie nicht viel vom Verbot der KPD.

Es wird dann ganz deutlich, daß zahlreiche Dänen gegen das Verbot der KPD, für die Wiederherstellung ihrer legalen Rechte sind. Wir spüren das bei vielen Gelegenheiten: Bei einem Stadtbummel in der Nähe des Hafens, als wir mit heimkehrenden Arbeitern ins Gespräch kommen, beim Besuch im größten Betrieb Dänemarks — der Werft Burmeister und Wain, im Museum der dänischen Widerstandsbewegung, auf der Gedenkstätte in Kopenhagen-Mindelungen, wo viele Helden der dänischen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus beigesetzt sind.

Im größten Betrieb Dänemarks

Wir besuchen die große Werft Burmeister und Wain. Alle Arbeiter und Angestellten des Betriebes sind gewerkschaftlich organisiert. Das ist übrigens bei den allermeisten dänischen Betrieben so. Der Ausschuß des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers — eine Körperschaft, die in den Betrieben Dänemarks zugleich die Aufgaben eines Betriebsrats wahrnimmt — hat uns eingeladen. Bei Burmeister und Wain besteht dieser Ausschuß aus drei Mitgliedern der Kommunistischen Partei Dänemarks, einem Mitglied der Sozialistischen Volkspartei und einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Die Zusammensetzung dieses Vertrauensleuteausschusses spiegelt die großen Erfolge wider, die die Kommunisten Dänemarks in vielen Betrieben bei der

Max Reimann legt in Mindelungen seinen Kranz mit der roten Schleife am Ehrenmal nieder. Er liegt nun zwischen einem Kranz des Stadtjugendrings und der Jungsozialisten aus Westberlin und einem Kranz des norwegischen Königshofes. Einige dänische Besucher der Gedenkstätte werden aufmerksam. Wir kommen ins Gespräch. Als ich erwähne, daß wir eine Delegation der KPD sind, sagt mir ein Däne: „Es bewegt mich sehr, daß Sie als Deutsche die Helden unseres Widerstandes ehren. Ich bin oft in Mindelungen, weil einer meiner Angehörigen hier ruht. Ich erinnere mich nicht, hier jemals einen Kranz der Regierung der Bundesrepublik gesehen zu haben. Ich glaube, irgendwie ist das sehr bezeichnend. Was ist das nur für ein Staat, in dem die Partei verboten ist, die im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht hat, während namhafte Vertreter des Naziregimes im Staatsapparat sitzen und neofaschistische Kräfte sich ungestört organisieren dürfen!“

Wahl der Vertrauensleute errungen haben. Bei der Aussprache mit den Genossen des Politbüros der KP Dänemarks erzählt uns am Tag darauf Genosse Knud Jespersen, der Erste Sekretär der KP Dänemarks u. a., von ihren Bemühungen, dazu beizutragen, daß die Gewerkschaftsbewegung als selbständige Kraft auftritt, von ihren Anstrengungen, die ärgsten Auswirkungen der Spaltung der dänischen Arbeiterbewegung in drei Parteien zu überwinden und die Aktionseinheit zwischen den Kommunisten und den Genossen der beiden anderen Arbeiterparteien für gemeinsame Ziele herzustellen. Hier, im Betrieb Burmeister und Wain, erkennen wir einiges aus den Erfolgen dieser Arbeit.

Von den Mitgliedern des Vertrauensleuteausschusses werden wir

herzlich begrüßt und dann geht es, in der Mittagspause, in den großen Speisesaal des Betriebes. Über die Rundfunkanlage des Betriebes ist inzwischen bekanntgegeben worden, daß eine Delegation der KPD da ist, auch den Speisesaal besuchen wird, und die Möglichkeit besteht, sich mit ihr zu unterhalten. Zahlreiche Arbeiter kommen zu uns. Wir setzen uns an einen langen Tisch und diskutieren. Sozialdemokraten, Kommunisten, Mit-

herrschenden Kreise der Bundesrepublik nach Revision der Grenzen und nach Mitverfügung über Atomwaffen heraufbeschworen werden. Wir sprechen über die Notwendigkeit, daß Dänen und Bürger der Bundesrepublik gemeinsam für Frieden und Sicherheit in Europa eintreten, über unsere gemeinsamen Erfahrungen im Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen. Ein Sozialdemokrat erzählt von der Ostsee-Woche, von der



Max Reimann und Jupp Angenfort bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal der dänischen Patrioten und Widerstandskämpfer

glieder der Sozialistischen Volkspartei und parteilose Arbeiter sind gekommen. Die ersten Fragen gelten wiederum dem Verbot der KPD, dem Kampf um die Legalität. Und dann sprechen wir über den schmutzigen Krieg in Vietnam, über unsere gemeinsamen Bemühungen, Solidarität für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk zu entwickeln, über die Gefahren, die durch das Drängen der

DDR: „Das ist das andere Deutschland, das dem Krieg und dem Faschismus für immer eine Absage erteilt hat“, sagt er. Und immer wieder klingt das Vertrauen durch, das die Arbeiter der KPD, ihren Bemühungen um Frieden und Demokratie, um Freundschaft zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk entgegenbringen.

Übereinstimmung in allen politischen Grundfragen unserer Zeit

Die Aussprache mit den Genossen des Politbüros der Kommunistischen Partei Dänemarks findet in der Tvaergade 3 statt. Früher war es ein Hotel des Landadels. Während der Besetzung Dänemarks durch die deut-

schen Truppen im letzten Weltkrieg hatte sich die deutsche Marineleitung dort eingerichtet. Heute ist es der Sitz der Kommunistischen Partei Dänemarks. Max Reimann und wir anderen Mitglieder der Delegation der KPD

informieren die dänischen Genossen, den Hauptgedanken der 8. ZK-Tagung folgend, über die Probleme, die Tätigkeit und die Aufgaben der KPD. Knud Jespersen und seine Genossen informieren uns über die Arbeit der KP Dänemarks.

Knud Jespersen teilt u. a. mit, daß die dänischen Kommunisten für ein neutrales, friedliebendes und selbständiges Dänemark eintreten. Sie verlangen, daß das Jahr 1969 die äußerste Frist für die Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO ist, daß schon jetzt mit der Loslösung von der NATO begonnen werden sollte, vor allem dadurch, daß die enge militärische Bindung an die Bundesrepublik aufgegeben wird. Unsere dänischen Genossen setzen sich dafür ein, daß in Europa atomwaffenfreie Zonen geschaffen werden, daß ein System der kollektiven Sicherheit in Europa errichtet wird. Sie verlangen, daß die heute bestehenden Grenzen allgemein anerkannt werden, daß die dänische Regierung die Deutsche Demokratische Republik anerkennt. Sie fordern, daß die dänische Regierung den schmutzigen Krieg in Vietnam verurteilt und den Opfern der amerikanischen Aggression humanitäre Hilfe leistet.

Es ist angenehm, interessant und lehrreich, mit den dänischen Genossen zu diskutieren. Es ergibt sich, daß wir in allen politischen Fragen — ob es sich um Probleme des Friedens in Europa und in der Welt, um die Auffassungen über die Lösung der deutschen Frage oder um Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung handelt — übereinstimmen.

An drei aufeinander folgenden Tagen erscheint in „Land og Folk“, der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Dänemarks, eine große Anzeige. Auf ihr sind die Fotos von Knud Jespersen und Max Reimann zu sehen. Es wird angekündigt, daß eine öffent-

liche Versammlung stattfindet, auf der Max Reimann und Knud Jespersen sprechen werden.

Der Abend ist da, der Saal ist voll. Ich sehe auch Bjarne Jensen, das Mitglied der Sozialistischen Volkspartei im Ausschuß der Vertrauensleute der Werft Burmeister und Wain, Abgeordneter im Stadtparlament von Kopenhagen. Er ist mit seiner Frau da. Als wir im Betrieb die Aussprache mit dem Vertrauensleuteausschuß durchführten, hatte er hervorgehoben, daß unter Arbeitern, trotz zeitweiliger unterschiedlicher politischer Auffassungen, gemeinsames Handeln möglich ist. Durch seine Anwesenheit unterstreicht er die Richtigkeit seiner Gedanken.

Max Reimann spricht von der Verantwortung der Kommunisten in der Bundesrepublik, von den Aufgaben, die wir uns stellen, von unseren Bemühungen um das gemeinsame Handeln mit allen Arbeitern, vor allem mit den sozialdemokratischen Genossen. Er sagt, was uns und unserem Kampf die Deutsche Demokratische Republik bedeutet. Er spricht über die Freundschaft zwischen den Kommunisten Dänemarks und der Bundesrepublik und dankt für die Solidarität der dänischen Kommunistischen Partei für unseren Kampf um die Legalität der KPD. Es gibt für ihn und für Knud Jespersen, der über die Aufgaben der dänischen Kommunisten und über unsere Freundschaft spricht, starken Beifall.

Neben mir sitzt ein alter dänischer Genosse, Mitglied der Kommunistischen Partei Dänemarks seit ihrer Gründung. „Es war ein guter Abend“, sagt er. „Man merkt, daß wir einer großen Familie angehören. Ich wünsche Euch viel Erfolg. Bei uns verachtet man diejenigen, die Eure Partei verboten haben. Ihr werdet es während Eures Aufenthaltes bei uns in Dänemark wohl gespürt haben.“

KPD und KPÖ warnen vor reaktionärem Kurs in der Bundesrepublik

Am 21. und 22. November 1966 fand in Wien eine Begegnung von Delegationen der Kommunistischen Partei Österreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Die Delegation der KPÖ stand unter der Leitung des Parteivorsitzenden, Genossen Franz Muhr. Die Delegation der KPD wurde

vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Max Reimann, geleitet. Die beiden Delegationen führten in einer herzlichen und brüderlichen Atmosphäre einen Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Fragen durch.

Beide Parteien stimmen völlig überein in der Beurteilung der internationalen Lage. Sie fordern die sofortige Einstellung der barbarischen Bombenangriffe auf Nordvietnam, den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südvietnam, die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes und die Verwirklichung der Genfer Abkommen. In der gemeinsamen Aktion aller sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte zur Beendigung der amerikanischen Aggression sehen die beiden Parteien die vordringlichste Aufgabe. Sie geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß es keine Gründe geben kann, die die Weigerung der chinesischen Führer rechtfertigen, die Aktionsgemeinschaft aller antiimperialistischen Kräfte zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu verwirklichen.

Beide Parteien warnen die demokratische Öffentlichkeit ihrer Länder vor der Gefahr eines reaktionären und autoritären Regierungskurses in der Bundesrepublik und vor den von den regierenden Kreisen geförderten nationalistischen und neofaschistischen Einflüssen, wie sie im Wahlerfolg der NPD alarmierenden Ausdruck gefunden haben. Sie appellieren an alle Demokraten und Antifaschisten, diesen Gefahren rechtzeitig entgegenzutreten.

Die KPÖ und die KPD unterstützen die Bestrebungen für einen Vertrag zur Nichtweitergabe von Atomwaffen und für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Sie befürworten den Vorschlag, eine Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zum Problem der europäischen Sicherheit abzuhalten, und sind der Meinung, daß sowohl auf diesem Wege wie auf andere Weise konstruktive Lösungen in dieser lebenswichtigen Frage entwickelt werden sollten.

Für die Entspannung und Sicherheit in Europa ist die Anerkennung des Status quo, der Existenz zweier deutscher Staaten und der bestehenden Grenzen sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Regierungen eine notwendige Voraussetzung.

Die KPÖ setzt sich für die Anerkennung der DDR durch das neutrale Österreich ein.

Die KPD versichert die KPÖ und das österreichische Volk ihrer Solidarität im Kampfe gegen die chauvinistischen Kräfte der Bundesrepublik, die offen oder versteckt, mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln versuchen, die nationale Souveränität und die Neutralität Österreichs zu untergraben. Die KPÖ bekundet ihre Solidarität mit allen Demokraten der Bundesrepublik, die sich für die Aufhebung des verfassungswidrigen Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands einsetzen.

Erfolgreiche Besprechung zwischen KPD und KPC

Die Notwendigkeit des Kampfes der friedliebenden Völker gegen jede Art der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands wird in einem Communiqué unterstrichen, das zum Abschluß eines zehntägigen Besuches einer Delegation des ZK der KPD in der CSSR veröffentlicht wurde. Die KPD-Delegation wurde vom Mitglied des Politbüros des ZK Erich Glückauf geleitet. Sie führte im Verlauf ihres Aufenthaltes in der CSSR Gespräche mit einer Delegation des ZK der KPC, der das Mitglied des Präsidiums des ZK Jiří Hendrych, der Sekretär des ZK Vladimir Koucký sowie weitere ZK-Mitglieder angehörten.

Die Delegationen verweisen auf die außerordentlich gefährliche Entwicklung in Westdeutschland, „wo die militaristischen und revanchistischen Kreise ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes und auf das friedliche Streben der europäischen Völker aggressive Ziele verfolgen“. Weiter wird

betont, daß beide Seiten in diesem Zusammenhang erneut die Rolle der DDR hoch einschätzen, die durch ihre Friedensinitiativen aktiv zur Lösung der deutschen Frage und zur Entwicklung der Zusammenarbeit der europäischen Völker beiträgt. Beide Parteien unterstützen die Einberufung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in naher Zukunft, heißt es in dem Kommuniqué. Die Delegationen äußerten ihr Bedauern über die gegenwärtige Haltung der führenden Repräsentanten der KP Chinas.

50 Jahre Oktoberrevolution



Guter Start in das 50. Jahr des Großen Oktober

Das 50. Jahr der Sowjetmacht hat begonnen. Millionen Werktätige der Sowjetunion bereiten sich darauf vor, dieses bedeutsame Datum würdig zu begehen. Die Politik der Partei Lenins ist darauf gerichtet, die reichen Möglichkeiten der sozialistischen Produktion für die Mehrung des Volkswohlstandes, für die weitere Stärkung der Macht des Sowjetstaates zu nutzen. Diese Politik ist wissenschaftlich begründet und real. Sie gewährleistet eine kontinuierliche und durch nichts aufzuhaltende Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zum Kommunismus. „Wissen und Tat“ wird in jedem Heft unter der gleichen Leiste Berichte und interessante Tatsachen aus den wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen des Lebens der Sowjetbürger berichten.

Die letzte Rede Lenins

Für den 20. November war im Großen Theater eine Plenarsitzung des Moskauer Sowjets gemeinsam mit den Mitgliedern der Rayonsowjets ange setzt worden. Ich begab mich ins Theater.

Der Vorsitzende schwang die Glocke. Die Sitzung begann. Das Präsidium des Moskauer Sowjets legte Rechenschaft ab vor den Wählern. Die Neuwahlen zum Stadtsowjet und zu den Rayonsowjets standen bevor. Es ging um die Moskauer Industrie, um Straßenbahn, Wasserleitung und Wohnraumkrise. Und plötzlich, wie ein Blitz ging es durch den Saal: Lenin kommt!

Vielleicht hatte ihn schon irgend jemand gesehen und den Ruf ausgestoßen. Vielleicht war es aber auch nur eine Vermutung, nur ein Aufflammen der Hoffnung und der Begeisterung.

Aber Lenin erschien tatsächlich. Er näherte sich dem Präsidiumstisch und wollte offensichtlich Platz nehmen und zuhören. Da setzte aber ein so stürm-

sches Händeklatschen ein, wurden Hurra-Rufe laut, und immer wieder erscholl es „Lenin!“, „Lenin!“, „Lenin!“, daß die Fortsetzung der Tagung in der vorgesehenen Weise einfach nicht mehr möglich war.

Der Vorsitzende schwang seine Glocke und verkündete:

„Das Wort hat Genosse Lenin!“

Er steht vor ihnen, lächeind, und immer wieder versucht er mit Sprechen zu beginnen, kann es aber nicht, da die Ovationen wie ein Sturm toben und alles übertönen.

Das Orchester beginnt die Internationale zu spielen. Kaum ist aber die Hymne verklungen, brechen die Ovationen von neuem los. „Es lebe Genosse Lenin!“, „Es lebe ... Das Orchester beginnt von neuem. Dreimal wurde die Internationale gespielt, und dreimal brach die Menge in begeisterte Ovationen aus.

Lenin steht direkt vor mir, nur wenige Schritte entfernt. Ich sehe, wie

das Lächeln auf seinem Gesicht leichter Verlegenheit weicht. Er senkt ein wenig den Kopf und hebt die Hand, als wolle er sich vor dem Sturm der Begeisterung schützen. Er beginnt tadelnd den Kopf zu schütteln. Und wir alle begreifen, daß es ihm peinlich ist, daß er bittet, damit aufzuhören und die Arbeit fortzusetzen, wie es sich gehört.

„Genossen! Ich bedaure sehr und entschuldige mich sehr, daß ich nicht früher zu Ihrer Sitzung kommen konnte . . . Das konnte ich nicht, weil ich durch meine Krankheit, seit Dezember, die Arbeitsfähigkeit, um einen Fachausdruck zu gebrauchen, für ziemlich lange Zeit einbüßte . . .“ (W. I. Lenin. Werke. Dietz Verlag Berlin. Band 33, Seite 421.)

Lenin spricht über die ersten Erfahrungen mit der Neuen Ökonomischen Politik, über die Außenpolitik. Er sagt: „Wir haben uns, sichtbar für die Staaten der ganzen Welt, den Erfolg gesichert, obwohl manche von ihnen vorziehen, bis auf den heutigen Tag zu erklären, daß sie sich mit uns nicht an einen Tisch setzen wollen.. Nichtsdestoweniger kommen die ökonomischen

Beziehungen und in ihrem Gefolge die diplomatischen Beziehungen in Gang, sie müssen in Gang kommen und werden ganz bestimmt in Gang kommen.“ (Ebenda, S. 422.)

Lenin spricht eine bildhafte Sprache, spricht mit Humor, flieht Sprichwörter ein, und als er mit verschmitztem Lächeln erklärt, „Wladiwostok liegt zwar weit von hier, aber es ist doch unsere Stadt“ (S. 423), bricht der Saal erneut in freudigen Beifall aus.

Ich weiß nicht, wieviel Zeit vergangen war, als ich plötzlich gewahr wurde, daß ich zwar meinen Schreibblock aufgeschlagen, aber nicht eine einzige Zeile mitgeschrieben hatte. Vor Schreck blieb mir fast das Herz stehen. Ich hatte Lenin so begierig und berauscht zugehört und zugesehen, daß ich darüber meine Arbeit, nämlich Notizen zu machen, völlig vergessen hatte.

Als ich Lenin am 20. November 1922 hörte, ahnte ich nicht, daß das seine letzte Rede sein würde.

(Von M. Tscharny, Abteilungsleiter in der „Rabotschaja Gaset“ im Jahre 1922.)

Interessantes aus der Sowjetunion

Mehr als dreimal Erde—Mond

Mindestens 124 Millionen Tonnen Stahl wird die Sowjetunion 1970 produzieren. Stellt man sich diese Menge zu Eisenbahnschienen verarbeitet vor und legt man den in der DDR verwendeten 30 Meter langen Schienentyp S 49 zugrunde, dann würde sich ein Gleis ergeben, das über 3½ mal von der Erde bis zum Mond reicht.

Dabei wird das Wachstumstempo der Stahlproduktion in der UdSSR weiter ansteigen. Im vergangenen Siebenjahrplan war allein der Produktionszuwachs so hoch, wie die Bundesrepublik insgesamt jährlich produziert.

1928 besaß die UdSSR eine Stahlproduktion von 4 Millionen Tonnen, während die USA damals schon 70 Millionen Tonnen Stahl produzierten. 35 Jahre später (1963) war das Verhältnis USA—Sowjetunion bereits 100 : 80 Millionen Tonnen. In dieser Zeit hatten

die USA einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 0,85 Millionen Tonnen, die UdSSR jedoch von 2,17 Millionen Tonnen.

Maßstab: Billionen Tonnen

Unvorstellbar sind die Kohlevorräte der UdSSR. Die Geologen haben bisher die phantastische Summe von 8,7 Billionen Tonnen festgestellt. Das ist mehr als das Vierhundertfache der Vorräte des an Kohle reichen Frankreichs, wobei die französischen Spitzenschätzungen zugrunde gelegt sind. Die für 1970 vorgesehene Förderungsziffer der UdSSR von 665 bis 675 Millionen Tonnen nimmt sich dagegen gering aus. Aber 1970 wird die UdSSR mindestens soviel abbauen wie Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, die Volksrepublik Polen und Spanien zusammengenommen im Jahre 1963 produzierten.

Tankerflotte von Berlin bis Moskau

Etwa 350 Millionen Tonnen Erdöl wird die UdSSR 1970 zutage bringen. Würde man versuchen, diese Menge in den rund 5000 Tankschiffen aller Länder der Erde unterzubringen, so würde man dazu etwa 7½mal die gesamte Tanker-Welt-Tonnage benötigen. Um die für 1970 geplante Gesamtmenge Erdöl auf Tankschiffe vom Typ des sowjetischen Groß-Tankers „Havanna“ (Ladefähigkeit 45 000 Tonnen), zu verladen, brauchte man 7777 solcher Riesenschiffe. Das würde eine Tankerflotte von über 1900 km Länge ergeben — mehr als die Bahnstrecke Berlin-Moskau.

Wollte man das Erdöl, das die UdSSR 1970 gewinnen wird, aufspeichern, so würde diese Menge etwa die größte und die drittgrößte Talsperre der DDR, die Bleiloch-Talsperre mit einem Stausee von 9,2 km² Fläche sowie einer Stauhöhe von 59 m, und die Rapp-Bode-Talsperre mit einem Stausee von 3,9 km² Fläche sowie einer Stauhöhe von 80 m füllen.

Selbst wenn die Fördertätigkeit wie bisher wächst, reichen die bereits erkundeten Erdölvorräte der UdSSR für etwa 150 Jahre. Allein auf 2 Millionen km² erstreckt sich die erdölhöffige Fläche in Westsibirien. Die gesamte Erdgas- und erdölhöffige Fläche der UdSSR beträgt 11 Millionen km²; die Bundesrepublik hätte rund 45mal darin Platz.

16mal Bratsk

Man nehme die Jahresproduktion an Elektroenergie der europäischen Länder Großbritannien, Österreich, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Rumänien und Polen zusammen und zähle dazu die Produktion der Überseeländer Kanada und Japan — dann erst hat man die Menge Elektroenergie, die in der UdSSR 1970 erzeugt wird: 840 bis 850 Milliarden kWh. Das ist über das Doppelte der sowjetischen Stromerzeugung von 1963.

Allein die neuen Kraftwerke, die in der UdSSR bis 1970 in Betrieb genommen werden, erzeugen 64 bis 66 Millionen kW Strom. Das ist 16mal die Leistung des gegenwärtig größten Wasserkraftwerkes der Welt in Bratsk. Es hat eine Endkapazität von 4,5 Millio-

nen kW. Aber schon sind neue größere Wasserkraftwerke wie Krasnojarsk (5 Millionen kW) und Schuschenkoje (6 Millionen kW) im Entstehen.

Jährlich die Strecke Berlin—New York

Könnte man das Erdgas, das die Sowjetunion 1970 fördern wird, (225 bis 240 Milliarden m³), in einem Behälter sammeln, so würde er die Hälfte der Fläche der DDR-Hauptstadt Berlin einnehmen und so hoch sein, wie der Fichtelberg (1214 m).

★

Im 8. Fünfjahrplan wird die Sowjetunion jährlich eine Strecke von Ferngasleitungen verlegen, die der Gesamtlänge der Erdölleitung „Freundschaft“ (UdSSR—Polen—DDR) (4500 km) entspricht. Insgesamt werden im 8. Fünfjahrplan mindestens 37 000 km Öl- und Gasleitungen gebaut — in jedem Jahr eine Strecke, die etwa von Berlin bis New York reicht.

Insgesamt wird die UdSSR 1970 etwa 110 000 km Öl- und Gasleitungen haben.

★

Da sich der Transport durch Rohrleitungen als außerordentlich billig, schnell und verlustarm erwies, machen sich Experten in aller Welt Gedanken, wie man in Rohrleitungen verschiedene Waren verschicken kann. Sowjetische Fachleute widerlegen bereits die Meinung, daß man durch lange Röhre nur Öl, Gas und Wasser, günstigerfalls noch Milch transportieren könne.

Beispielsweise wird Holz demnächst nicht mehr in Stämmen zur Papierfabrik gebracht, sondern die Stämme werden im Wald geraspelt und wandern als Späne im Wasser durch die Röhre direkt in die Maschinen der Papierkombinate. Eine 120 km lange Rohrleitung für Holzspäne wird jetzt in Grusinien gebaut.

★

Kein Land der Erde gibt so viele periodische Zeitschriften heraus wie die Sowjetunion. Es erscheinen dort 3883 Zeitschriften mit einer Jahresausgabe von 1,217 Milliarden Exemplaren. Außerdem gibt es in der UdSSR

6595 Zeitungen (65 Sprachen), die insgesamt eine Auflage von 98 Millionen Exemplaren haben.

Führende kapitalistische Länder messen den sowjetischen Fachzeit-

schriften große Bedeutung bei. 144 Zeitschriften der UdSSR werden vollständig ins Englische übersetzt, darunter 78 Prozent in den USA und 22 Prozent in Großbritannien.

Für die Mappe des Propagandisten

Tabelle 1 Anteil einzelner kapitalistischer Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung. d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1948	1960	1964	1948 : 1960	1960 : 1964
USA	53,9	45,4	44,6	— 8,5	— 0,8
England	11,3	9,4	8,7	— 1,9	— 0,7
Frankreich	4,0	4,7	4,7	+ 0,7	+ 0,0
Westdeutschland	3,6	9,0	9,0	+ 5,4	+ 0,0
Japan	1,0	4,1	5,4	+ 3,1	+ 1,3

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang 13,9 2,1

Quelle: „Die ökonomische Lage der kapitalistischen und der Entwicklungsländer von 1964 bis Anfang 1965“. „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnye otnoshenija“, Heft 9/1965, Beilage, S. 6.

Tabelle 2 Anteil einzelner kapitalistischer Länder am Export der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung. d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1950	1960	1964	1950 : 1960	1960 : 1964
USA	18,3	18,3	17,5	± 0,0	— 0,8
England	11,0	8,9	7,9	— 2,1	— 1,0
Frankreich	4,0	6,2	6,0	+ 2,2	— 0,2
Westdeutschland	3,6	10,2	10,8	+ 6,6	+ 0,6
Japan	1,5	3,7	4,5	+ 2,2	+ 0,8

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang 8,7 1,8

Quelle für 1950: „Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg. Statistische Sammlung“, Moskau 1959, S. 494 (russ.).

Quelle für 1960 und 1964: „Die ökonomische Lage der kapitalistischen und der Entwicklungsländer von 1964 bis Anfang 1965“. „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnye otnoshenija“, Heft 9/1965, Beilage, S. 9.

Tabelle 3 Anteil einzelner kapitalistischer Länder an den Währungsreserven der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung. d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1950	1960	1964	1950 : 1960	1960 : 1964
USA	49,8	31,9	24,2	— 17,9	— 7,7
England	7,1	6,1	3,4	— 1,0	— 2,7
Frankreich	1,6	3,7	8,3	+ 2,1	+ 4,6
Westdeutschland	0,4	11,6	11,4	+ 11,2	— 0,2

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang 29,1 12,3

Quelle: „International Financial Statistics“, Ifd.

Tabelle 4 Die 100 größten Industriegesellschaften in den kapitalistischen Ländern

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
USA	74	75	74	70	68	67	67	66
Westdeutschland	8	8	8	11	13	13	13	12
Großbritannien	11	10	10	9	8	8	7	9
Großbritannien/Niederlande ^{a)}	2	2	2	2	2	2	2	2
Frankreich	1	2	2	2	2	3	4	4
Japan	—	—	1	2	3	2	3	4
Italien	1	1	1	1	1	2	2	1
Schweiz	1	1	1	1	1	1	1	1
Niederlande	1	1	1	1	1	1	1	1
Luxemburg	—	—	—	1	1	1	—	—
Kanada	1	—	—	—	—	—	—	—

a) Royal Dutch Shell-Konzern, Unilever-Konzern.
Quelle: „Fortune“, Chicago, jeweils Juli/August-Hefte.

Tabelle 5 Wirtschaftsleistung je Einwohner (D-Mark)

	1955	Platz	1965	Platz
Italien	2610	6	4149	6
Niederlande	4512	5	6072	5
Belgien	5254	3	6971	4
England	5728	1	7260	3
Frankreich	5321	2	7531	2
Westdeutschland	5008	4	7598	1

Quelle: „Industriekurier“ vom 10. 2. 1966.

Der private Kapitalexport der USA

In den Jahren 1950 bis 1964 haben sich nach den Angaben des USA-Handelsministeriums¹⁾ die direkten privaten amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland fast vervierfacht, nämlich von 11 788 auf 44 343 Millionen Dollar.

Diese astronomischen Zahlen sind in Wirklichkeit jedoch eine „Untertreibung“, weil sie die Buchwerte darstellen, die nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes ausmachen; denn die Aktienkurse sind in fast allen kapitalistischen Ländern auf das Mehrfache ihres Standes von 1950 gestiegen.

Der amerikanische Kapitalexport ging nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, besonders aber in den letzten Jahren, äußerst ungleichmäßig vor sich,

so daß sich in seiner Verteilung auf die einzelnen Industriezweige und die verschiedenen Gebiete beträchtliche Veränderungen ergeben haben.

Die Anteile der wichtigsten Wirtschaftszweige an den privaten amerikanischen Direktanlagen im Ausland
(in Prozent)

	1957	1964
Erdölindustrie	35,6	32,3
Bergbau u. Hüttenindustrie	10,4	7,0
Öffentl. Versorgungsbetriebe	7,1	4,5
Handel	6,3	8,4
Chemieindustrie	5,4	6,9
Automobilindustrie	4,4	8,0
Metallerzeugung und -verarbeitung	3,7	4,1
Maschinenbau (ohne Elektromaschinen)	3,6	4,8
Elektroindustrie	2,9	2,9
Lebensmittelindustrie	2,8	3,1

¹⁾ Alle Zahlenangaben entnommen aus oder errechnet nach „US Department of Commerce“, Washington D. C., Survey of Current Business, laufend.

**Die regionale Verteilung der privaten
amerikanischen Direktanlagen
im Ausland
(in Prozent)**

	1950	1957	1964
Kanada	30,3	34,5	31,2
Lateinamerika	37,7	29,3	20,1
Europa	14,7	16,3	27,2
EWG-Länder	5,4	6,6	12,2
Frankreich	1,9	1,8	3,2
Westdeutschland	1,7	2,3	4,7
Übriges Europa	9,3	9,7	15,0
Großbritannien	7,2	7,8	10,3
Afrika	2,4	2,9	3,7
Asien	8,4	7,9	6,9
Mittlerer Osten	6,8	4,5	3,0
Ferner Osten	4,8	3,5	3,9

Noch tiefere strukturelle Wandlungen als in der Verteilung der Kapitalanlagen auf die einzelnen Wirtschaftszweige sind in ihrer regionalen Verteilung eingetreten. Sie zeigen deutlich die veränderte Stoßrichtung des amerikanischen Imperialismus. Im Jahre 1950 befanden sich noch 68 Prozent aller privaten amerikanischen Auslandsanlagen auf dem amerikanischen Kontinent, 1964 dagegen nur noch 51,3 Prozent. Die amerikanische Aktivität konzentrierte sich offensichtlich in höchstem Maße auf Europa. Die Anlagen in Europa verdoppelten sich fast von 14,6 Prozent 1950 auf 27,2 Prozent 1964. Sie sind jetzt beträchtlich höher als in Lateinamerika.

In Afrika erhöhte sich der Anteil der amerikanischen Anlagen zwar von 2,4 auf 3,7 Prozent, ist aber zwerhaft und bleibt noch weit hinter dem der alten traditionellen Kolonialmächte England, Frankreich und selbst Belgien zurück. Der Anteil der amerikanischen Anlagen in Asien wiederum vermindert sich von 8,4 auf 6,9 Prozent.

Doch auch in den einzelnen Regionen zeichnen sich grundlegende Veränderungen ab. Im Jahre 1950 stand Lateinamerika mit einem Anteil von 37,7 Prozent der Auslandsanlagen bei weitem an der Spitze, während es in Kanada 30,3 Prozent waren. Bis 1964 hatte sich das Verhältnis umgekehrt. Der Anteil Lateinamerikas war auf nur noch 20,1 Prozent gesunken, der Kanadas aber hatte sich weiter auf 31,2 Prozent erhöht.

Im Jahre 1950 lag fast die Hälfte der in Europa befindlichen Direktanlagen

in Großbritannien, dessen Anteil mit 7,2 Prozent höher war als der aller heutigen EWG-Länder zusammengekommen mit 5,4 Prozent. Bis zum Jahre 1964 hat sich der Anteil Englands zwar auf 10,3 Prozent, der der EWG-Mitgliedsländer aber auf 12,2 Prozent erhöht.

In Asien war 1950 der Anteil des Mittleren Ostens mit 8,8 Prozent bedeutend höher als der des Fernen Ostens mit 4,8 Prozent. Bis 1964 waren beide Anteile zurückgegangen, aber der des Mittleren Ostens auf 3,0, der des Fernen Ostens auf 3,9 Prozent.

Die besondere Rolle Europas in den amerikanischen Plänen gegen das sozialistische Lager und die Profitausichten, die sich hier bieten, haben zu einer besonders schnellen Zunahme des amerikanischen Kapitals, und zwar um 600 Prozent, geführt. Die Beteiligung an europäischen Betrieben, die Errichtung von Tochtergesellschaften und neuen Unternehmen geschah überdies zu dem Zweck, die Zoldskriminierungen durch die EWG und die EFTA zu überspringen. Die Zunahme des Wertes der amerikanischen Anlagen belief sich in den EWG-Ländern auf 747 Prozent, in den übrigen europäischen Ländern dagegen nur auf 508 Prozent. Hier zeigt sich die Bevorzugung der EWG als des unter der Führung des aggressiven westdeutschen Imperialismus stehenden Blocks mit einer entsprechenden politischen Zielrichtung.

Doch selbst innerhalb der beiden Blöcke war die Entwicklung der amerikanischen Anlagen äußerst unterschiedlich. Am stärksten war die Zunahme in Italien mit 1241 Prozent, wo die schnelle industrielle Entwicklung, die billigen und reichen Arbeitskräfte reserven das USA-Kapital anlockten.

Gleich nach Italien folgt in der relativen Zunahme der amerikanischen Anlagen Westdeutschland, der Hauptpartner des amerikanischen Imperialismus in Europa, mit einer Zunahme auf das Zehnfache, von 204 auf 2077 Millionen Dollar.

Auch in Frankreich, das dem Eindringen des amerikanischen Kapitals schon seit längerer Zeit eine gewisse Reserve entgegenbrachte und seit 1963 sogar administrative Maßnahmen gegen die Überfremdung ergreift, haben

sich die amerikanischen Kapitalanlagen um 562 Prozent erhöht. Sie waren 1950 noch etwas größer als in Westdeutschland, betrugen 1964 jedoch nur noch rund 70 Prozent der westdeutschen.

In Großbritannien nahmen die amerikanischen Kapitalanlagen nur um 437 Prozent zu, sind allerdings mit

Die im Ausland erzielten Gewinne

Die Auslandsanlagen der amerikanischen Monopole bringen außergewöhnlich hohe Gewinne. In den Jahren 1957 bis 1964 erreichten die amtlich ausgewiesenen Gewinne, die Summen also, die unter gar keinen Umständen vor den Steuerbehörden zu verbergen sind, mehr als 31 Milliarden Dollar. Allein im Jahre 1964 betrugen die ausgewiesenen Auslandsgewinne über 5,1 Milliarden Dollar. Die absolut höchsten Gewinne kamen in den Jahren 1957 bis 1964 mit mehr als 7,5 Milliarden Dollar aus Lateinamerika, obgleich sich nicht dort, sondern in Kanada die absolut höchsten Anlagen befanden.

Die relativ höchsten Gewinne, gemessen an den Anlagen geradezu märchenhaft, wurden jedoch im Mittleren Osten erzielt. Dort sind mehr als 91 Prozent der privaten amerikanischen Direktanlagen in der Erdölindustrie investiert. Auch im Fernen Osten steckt ein besonders hoher Anteil der Investitionen in der Erdölindustrie. Entsprechend sind dort die Gewinne — mit Ausnahme des Mittelostens — relativ höher als in jedem anderen Gebiet.

Setzt man die Gewinne zu den Anlagewerten ins Verhältnis, so ergibt sich, daß sie in den Jahren 1957 bis 1964 durchschnittlich 11,4 Prozent betragen haben. Am weitaus höchsten waren sie im Mittleren Osten mit fast 62 Prozent.

Re-Investitionen, Gewinnrückfluß und Netto-Neuanlagen

In der Regel ziehen die USA-Monopole keineswegs ihre gesamten Gewinne aus den Ländern heraus, in denen sie erzielt werden, sondern belassen sie als „unverteilten Gewinn“ in ihren Betrieben, das heißt, sie re-investieren sie. In den Jahren 1957 bis 1964 wurden auf diese Weise fast 10 Milliarden Dollar reinvestiert.

4550 Millionen Dollar immer noch die größten in Europa.

In Afrika und Asien, wo die nationalen Befreiungsbewegungen und die antiimperialistischen Nationalstaaten eine immer größere Bedeutung gewonnen haben, erhöhten sich die amerikanischen Kapitalanlagen nur um 468 (Afrika) und 206 (Asien) Prozent.

Die im Ausland erzielten Gewinne

Das heißt, in nur zwei Jahren hatten die Investoren über 20 Prozent mehr an Gewinn erzielt, als sie überhaupt angelegt hatten. Im Fernen Osten waren die Gewinne mit 14,4 Prozent bedeutend geringer. In Lateinamerika erhielten die amerikanischen Trusts aus ihren investierten Kapitalien immer noch einen Gewinn von durchschnittlich 11,4 Prozent im Jahr.

Mit 10,7 Prozent der Investitionen waren die in Europa erzielten Gewinne ebenfalls noch recht hoch. Dabei fällt jedoch auf, daß sie in den EWG-Ländern mit 9,8 Prozent niedriger lagen als im übrigen Europa mit 11,3 Prozent. Das lag daran, daß auf der einen Seite in Frankreich mit 7,4 und in Italien mit nur 5,6 besonders niedrige; auf der anderen Seite in Großbritannien mit 11,3 Prozent besonders hohe Gewinne erzielt wurden.

Wenn man von Asien absieht, so realisierten die amerikanischen Monopole im Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1964 die relativ höchsten Gewinne mit 13,0 Prozent ihrer Anlagen in Westdeutschland. An dieser Erscheinung erkennen wir — neben der relativen „Sicherheit“ und der politischen Zweckbedingtheit — gewiß einen der wichtigsten Gründe dafür, daß die amerikanischen Monopole in den letzten Jahren Westdeutschland als Anlageplatz für ihr Kapital immer mehr bevorzugt haben.

Im Gesamtdurchschnitt war der Gewinnrückfluß aus den Auslandsanlagen in den Jahren 1957 bis 1964 um fast genau 50 Prozent höher als die Netto-Neuanlagen (Neuanlagen vermindert um Reinvestitionen). Es ist sehr aufschlußreich, einmal das Netto-Einkommen (Gewinne vermindert um Reinvestitionen) den Netto-Neuanlagen gegenüberzustellen.

**Netto-Einkommen
und Netto-Neuanlagen 1957–1964**
(in Mill. Dollar)

	Netto- Eink.	Netto- Anlag.
Insgesamt	21 643	14 334
Kanada	3 385	3 258
lateinamerika	5 954	2 141
Europa	3 583	5 789
EWG	1 389	2 801
Frankreich	184	652
Westdeutschland	749	1 148
Italien	168	530
Übriges Europa	2 192	2 987
Großbritannien	1 778	1 711
Afrika	460	694
Asien	6 948	862
Mittlerer Osten	6 031	307
Ferner Osten	817	535

Die Gegenüberstellung zeigt deutlich, welche Riesengewinne die USA-Monopole aus ihren Auslandsanlagen erzielen. Sie enthüllt den Betrug, der mit dem Kapitalexport als Teil der „Entwicklungshilfe“ getrieben wird. Würden die gewaltigen Beträge, die von den amerikanischen Monopolen alljährlich allein auf diese Weise aus den Entwicklungsländern herau gezogen werden, in diesen Ländern verbleiben, so würden sie ausreichen, um ihnen eine bedeutend schnellere ökonomische Entwicklung zu sichern und sie von dem größten Teil der „Entwicklungs hilfe“ freizumachen.

Von Siegbert Kahn, gekürzt aus: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Heft 8/1966.

Destruktivkraft Wissenschaft

Wir sprechen heute viel von der „Produktivkraft Wissenschaft“ und meinen damit den gewaltigen Einfluß, den die Wissenschaft vor allem auf die Entwicklung der Technik und damit auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ausübt.

Faktisch ist jedoch in der Welt heute infolge der Aggressivität des amerikanischen und des eng mit ihm verbundenen westdeutschen Monopolkapitals ein Großteil der Wissenschaft auf Zerstörung und Vernichtung ausgerichtet.

1962 veröffentlichte ein Experten-Komitee der Vereinten Nationen, in dem Vertreter zahlreicher Länder verschiedener Gesellschaftsordnungen saßen, eine Berechnung der Rüstungsausgaben, die auf rund 90 Milliarden Dollar in der kapitalistischen Welt kam. Heute liegen diese Ausgaben bei 100 Milliarden Dollar. Das sind rund fünf Prozent des Bruttonationaleinkommens — in den USA betragen die Rüstungs- und Kriegsausgaben rund zehn Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Von den 100 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben entfallen etwa 10 Milliarden Dollar oder rund 10 Prozent auf Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Zerstörungskraft der Rüstung — in den USA sind es rund 16 Prozent.

Es gibt heute rund 1,3 Millionen Wissenschaftler in der kapitalistischen

Welt. Von diesen arbeiten etwa 0,7 Millionen, also über 50 Prozent, für die Rüstung — in den USA sind es rund 80 Prozent.

Also: 5 Prozent des Einkommens in der kapitalistischen Welt gehen auf Rüstungen.

10 Prozent der Rüstungsausgaben fließen der Rüstungswissenschaft zu.

50 Prozent aller Wissenschaftler der kapitalistischen Welt arbeiten für die Rüstung.

Also: 10 Prozent des amerikanischen Nationaleneinkommens gehen auf Rüstungen.

16 Prozent der amerikanischen Rüstungsausgaben fließen der Rüstungswirtschaft zu.

80 Prozent der amerikanischen Wissenschaftler arbeiten für die Rüstung.

Je mehr wir uns dem Bereich der Wissenschaft nähern, desto bedeuter sam ist die Rolle der Rüstungen.

Das amerikanische Monopolkapital hat die stärkste Konzentration von Kapital und Wissenschaft auf Rüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg durchgeführt.

Das Monopolkapital, der aggressive Imperialismus, hat einen Großteil der „Produktivkraft Wissenschaft“ in eine „Destruktivkraft Wissenschaft“ verwandelt.

Tatsachen aus der DDR

Warnowwerft im Jahr des VII. Parteitags

Die Belegschaft der Warnowwerft betrachtet die gute Planerfüllung 1966 und den exakten Plananlauf im neuen Jahr als ihren wichtigsten Beitrag zur Vorbereitung des VII. Parteitages. In diesem Jahr sollen zwei neue weltmarktfähige Schiffstypen in die Serienproduktion gehen: ein 10 130 tdw großer Stückgutfrachter für die Deutsche Seereederei und ein 12 500 tdw großer Frachter, der für ausländische Kunden gebaut wird.

Beide Schiffe entsprechen in ihrer Klasse dem Welt Höchststand und zeichnen sich durch einen hohen Automatisierungsgrad aus. Der Stückgutfrachter fährt z. B. im Gegensatz zum alten Typ mit sieben Mann Besatzung weniger, seine Geschwindigkeit erhöht sich um drei Knoten. Die wichtigsten Aggregate werden ferngesteuert.

Im Jahr 1966 übergab die Werft fünf 10 000-Tonner an die Deutsche Seereederei und fünf 12 000-Tonner an Exportkunden, ferner einen 100-Tonnen-Schwimmkran. Der letzte Exportfrachter wurde noch vor Weihnachten und der letzte Frachter an die Deutsche Seereederei Ende Dezember übergeben, so daß im Jahr 1966 zwölf Hochseefrachter die Werft verließen.

Oderbezirk heute

„Die Entwicklung des Bezirks Frankfurt (Oder) seit dem VI. Parteitag wird vor allem durch seine führenden Zweige der Volkswirtschaft, wie Chemie, Elektronik und Metallurgie, aber auch durch den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Methoden in der Landwirtschaft auf dem Wege der Kooperation gekennzeichnet. Dadurch ist der Oder-Bezirk immer mehr zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor der DDR geworden. Ein moderner Industrie-Agrarbezirk entstand an der Oder.“ Das betonte in einem Interview Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und 1. Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED.

1966 „wird sich die industrielle Bruttoproduktion des Bezirkes auf etwa 3,3 Milliarden Mark erhöhen und damit um fast 75 Prozent über der des Jahres 1962 liegen. Im Oderbezirk liegen heute wichtige chemische und metallurgische Basen der DDR sowie ein Zentrum der Produktion von Bauelementen der Halbleitertechnik“, hob Erich Mückenberger weiter hervor.

„Etwa 62,5 Prozent des in der Republik erzeugten Roheisens werden in Eisenhüttenstadt geschmolzen. Etwa 75 Prozent aller Halbleiterbauelemente der DDR werden in Frankfurt hergestellt, und zwei Drittel des über die Oder kommenden Erdöls aus der Sowjetunion werden in Schwedt verarbeitet.“

120 Jahre Weltruf

Die Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler und Angestellten des VEB Carl Zeiss Jena feierten im November 1966 das 120-jährige Bestehen ihres Betriebes.

Das erste Kapitel der Zeissgeschichte begann am 19. November 1846. Damals erhielt der junge Mechanikus Carl Zeiß die Genehmigung „zur Erzeugung und zum Verkauf mechanischer und optischer Instrumente sowie zur Errichtung eines Ateliers für Mechanik in Jena“. Die Saalestadt hatte zu jener Zeit nicht einmal 10 000 Einwohner.

Die von Ernst Abbe, dem ersten wissenschaftlichen Mitarbeiter des Werkes, erhobene Forderung, daß das deutsche Volk „seine Fähigkeiten in friedlichem Wettstreit der Nationen mit Ehren zur Geltung bringen“ solle, erfüllten sich im zweiten Kapitel der Zeissgeschichte nicht. Und als 1945 der zweite Weltkrieg auf seine Urheber zurückfiel und amerikanische Truppen Jena besetzten, war fast ein Drittel aller Gebäude und Anlagen des Zeisswerkes zerstört.

Die amerikanischen Besatzungstruppen hatten bei ihrem Abzug aus Thüringen 180 000 Patentschriften, Konstruktionsunterlagen und andere wertvolle Dokumente geraubt. Über 80 führende Wissenschaftler verließen, verbündet vom Antikommunismus, das Werk. Die ehemaligen Konzernherren glaubten, damit sei Name und Ruf des

weltbekannten Betriebes zu Grabe getragen.

Die Mehrzahl der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler vertrauten jedoch der Partei der Arbeiterkasse. Buchstäblich ohne Vorlagen mit kümmerlichen Hilfsmitteln rekonstruierten sie das gesamte Geräte- und Maschinenprogramm. Neue Forschungslabore und Werkstätten entstanden.

Oft sagt man hier im Bezirk, die Arbeiter und Wissenschaftler des Zeisswerkes seien regelrecht besessen von dem Streben nach hoher Qualität ihrer Erzeugnisse. Das ist in der Tat so. Schon 1950 erhielt der VEB Carl Zeiss Jena als erster Betrieb der DDR das Gütezeichen 1 für das Universal-Meß-Mikroskop zugesprochen. Zur Zeit tragen 88,7 Prozent aller Hauptzeugnisse das Gütezeichen „Q“, das höchste Qualitätsprädikat.

In 112 Ländern der Erde, mit denen der Betrieb Handel treibt, kündet jetzt die Zeiss-Linse von der Wertarbeit im sozialistischen Deutschland. Die Produktion des Betriebes stieg seit 1949 um mehr als das Fünffache. Über 300 neue Erzeugnisse wurden in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt. Mit ständiger Unterstützung der SED wurde das Werk zu einem modernen feinmechanisch-optisch-elektronischen Betrieb ausgebaut. Das im Juni 1965 eingeweihte Forschungshochhaus ist zum „Gehirn“ des wissenschaftlichen Gerätbaues der DDR geworden.

Carl Zeiss war erfolgreich, weil er Wissenschaft und Praxis verband. Die über 20 000 Werktautigen des volkseigenen Jenaer Betriebes setzen die fortschrittlichen Traditionen auf höherer Ebene fort.

Messe der Meister von morgen

Die Messe 1966 stand weitgehend im Zeichen der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED. Sie stellte die bisher größte Leistungsschau des wissenschaftlich-technischen Schaffens der Jugend dar. 1975 Exponate, von denen 1724 in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entwickelt wurden, waren ausgestellt. Dies waren die besten Arbeiten, die im Jahre 1966 von 300 000 jungen Neuerern als Ergebnis ihres Knobelns in Leipzig ausgestellt wur-

den. 85 Prozent der Arbeiten waren Aufgaben aus den Plänen Neue Technik, und viele dienten der sozialistischen Rationalisierung. An der Messe nahmen 150 000 Besucher teil. Auf über 200 Veranstaltungen wurde lebhaft über einen wirkungsvollen Wettbewerb im Zeichen der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED diskutiert. Durch Vorträge, Rechenschaftslegungen und durch aktive Teilnahme am Erfahrungsaustausch unterstützten leitende Funktionäre der SED, des FDGB, der Kammer der Technik, der FDJ sowie Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und zahlreiche Wissenschaftler die jungen Neuerer, Techniker und Wissenschaftler.

Von der Konferenz zum Abschluß der Messe sandten 800 junge Facharbeiter und Ingenieure Griffe an Walter Ulbricht. In ihrem Brief teilten sie mit, daß seit dem 1. November 1966 in 25 000 Zirkeln junger Sozialisten eine halbe Million Mitglieder der FDJ mit dem Studium des Kommunistischen Manifestes und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung begonnen haben.

Was sind Konfliktkommissionen?

Konfliktkommissionen wurden bereits 1953 in den Betrieben der DDR sowie in öffentlichen Institutionen gebildet. Ihre Hauptaufgabe ist es, vordeutig zu wirken, die Werktautigen bei der Lösung von Konflikten mit ihrer Umwelt zu unterstützen, Ursachen von Rechtsverletzungen aufzudecken und sie beseitigen zu helfen. Da das Recht in der DDR immer mehr zur echten Sache des Volkes, zu einer Sache der Erziehung für die Gesellschaft durch die Gesellschaft unmittelbar wird — deshalb überträgt der sozialistische Staat auf dem Gebiet der Rechtsprechung wichtige staatliche Funktionen den Bürgern selbst und verwirklicht auch hier ihr Mitbestimmungsrecht in der sozialistischen Demokratie.

Die Konfliktkommissionen beraten über Arbeitsstreitigkeiten, Verletzungen der Arbeitsmoral und -disziplin, über erstmalig begangene, geringfügige Straftaten und ähnliche Rechtsverstöße einfacher Art. Die Kommissionen werden in Betrieben in geheimer Wahl von

allen Belegschaftsmitgliedern gewählt und sind diesen rechenschaftspflichtig. Sie werden von den Betriebsgewerkschaftsleitungen angeleitet. Als gesellschaftliche Organe der Rechtspflege können sie Sühne- und Erziehungsmaßnahmen beschließen, wie z. B. öffentliche Rüge; öffentliche Zurücknahme von Beleidigungen; Bestätigung

von Verpflichtungen zur Wiedergutmachung angerichteten Schadens u. ä.

Zur Zeit arbeiten in den Betrieben der DDR über 21 000 Konfliktkommissionen mit rund 200 000 ehrenamtlichen Mitgliedern. Gegen einen Beschuß der Konfliktkommission steht jedem Betroffenen jederzeit der ordentliche Rechtsweg offen.

FREIHEIT FÜR DIE KPD WEISSBUCH Über 10 Jahre KPD-Verbot

A nlässlich des 10. Jahrestages des KPD-Verbots am 17. August 1966 hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Weißbuch über 10 Jahre KPD-Verbot herausgegeben.*)

Im I. Teil des Weißbuchs wird durch einen Rückblick auf die politische Entwicklung nach der Bildung der Bundesrepublik nachgewiesen, daß die KPD verboten wurde, weil sie am entschiedensten für die Beendigung des kalten Krieges zwischen den Deutschen, gegen die Remilitarisierung, für Verständigung und Einigung kämpft. Der direkte Zusammenhang zwischen der Wiederaufrüstung und dem KPD-Verbot wird anhand unwiderlegbarer Tatsachen bewiesen.

Am 22. November 1951 unterzeichnete der damalige Bundeskanzler Adenauer in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der der Bundesregierung auch formell die Wiederaufrüstung ermög-

lichen und eine wiederbewaffnete Bundesrepublik zur Speerspitze bei der „Zurückdrängung des Kommunismus in Europa“ machen sollte. Am gleichen Tage stellte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Antrag, die KPD als verfassungswidrig zu verbieten, weil sie die Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages unterstützt habe.

Im Weißbuch wird weiter festgestellt, daß auch der Termin für den Beginn der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht (24. November 1954) nicht zufällig gewählt wurde. Kurz zuvor hatte die Bundesregierung die Pariser Verträge unterzeichnet, deren Ratifizierung stand im Bundestag unmittelbar bevor. Es ging damals der Bundesregierung darum, mit dem Verbot der KPD als der konsequentesten Gegnerin der Politik der Stärke und der militärischen Aufrüstung eine Handhabe zu erlangen, um jede ernsthafte Opposition gegen die Bonner Politik zu diskriminieren, in die Nachbarschaft der KPD und damit in den Bereich des „Verfassungsfeindlichen“ zu weisen. Schließlich erfolgte dann das KPD-Verbot unmittelbar nachdem die CDU/CSU- und FDP-Mehrheit am 6. Juli 1956 im Bundestag das Wehrpflichtgesetz beschlossen hatte. Damit wird die Behauptung der Bundesregierung, sie habe mit dem Verbot der KPD den Schutz der vom Grundgesetz geforderten demokratischen Grundordnung erstrebt, als reiner Vorwand entlarvt.

Die Auswirkungen des Verbots

Der II. Teil des Weißbuchs beschäftigt sich mit den Auswirkungen des KPD-Verbots. Durch eine Fülle von Fakten, insbesondere aus dem Gebiet der strafrechtlichen Gesin-

nungsjustiz, wird nachgewiesen, daß das KPD-Verbot sich verheerend auf die Demokratie und die Rechtssicherheit in der Bundesrepublik auswirkte. In diesem Zusammenhang zitiert das

Weißbuch verschiedentlich westdeutsche Staatsrechtler, so z. B. den Gießener Professor Dr. H. Ridder, der erklärte, „die Illegalisierung der KPD“ habe zu „tiefgreifenden Strukturveränderungen im politischen Gesamtkörper geführt“ und „das Lebenselement der parlamentarischen Demokratie selbst in Frage gestellt“.

Anhand der verschiedensten Tatsachen und Äußerungen im III. Teil des Weißbuchs wird dargelegt, daß nicht die KPD, sondern die Bundesregierung die vom Bundesverfassungsgericht in dem KPD-Urteil vom 17. August 1956 aufgestellten Leitsätze für die verfassungsmäßige Ordnung mißachtet und verletzt:

— daß die demokratischen Rechte und Freiheiten durch die Rufmord-Diffamierungspraxis der Bundesregierung, durch „Spiegel“-Affäre und Telefonskandal ausgehöhlt und beseitigt werden;

Die KPD steht zum Grundgesetz

Im IV. Teil des Weißbuchs wird durch Dokumente der KPD und die politische Tätigkeit ihrer Mitglieder bewiesen, daß der Vorwurf der Bundesregierung, die Zielsetzung der KPD sei mit dem Grundgesetz unvereinbar, nur eine Zweckbehauptung darstellt. Zum Nachweis der tatsächlichen Haltung der KPD und der Kommunisten zum Grundgesetz wird in dem Weißbuch u. a. eine Erklärung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPD, Max Reimann, auf einer internationalen Pressekonferenz am 23. Mai 1964 in Berlin zitiert, in der es u. a. heißt:

„Wir stehen so positiv zum Grundgesetz, daß jeder, der dieses Grundgesetz als Demokrat ernst nimmt, daß jeder, der seinem Gebot zu einer Politik des Friedens und der nationalen Verantwortung folgt, allen Grund hat, sich für die Legalität der KPD einzusetzen ...“

Von eben dieser Bejahung des Grundgesetzes her, entwickeln wir auch heute unsere grundsätzlichen Forderungen. Sie lauten:

1 Kein weiterer Schritt zur Ausköhlung von Buchstabe und Geist des Grundgesetzes! Keine Notstandsgesetze, in welcher Form auch immer! Schluß mit jedem Versuch, durch die

- daß das Sozialstaatsprinzip durch die Unterstützung des „Herrn-im-Hause-Standpunkts“ der Großunternehmer und die Verketzerung der um soziale Demokratie und Mitbestimmung kämpfenden Gewerkschaften durch die Bundesregierung verletzt wird;
- daß der Parlamentarismus durch die verfassungswidrige Institutionalisierung der Wirtschaftsverbände seitens der Bundesregierung mißachtet wird;
- daß die Volkssouveränität und das föderalistische Prinzip durch 12 Grundgesetzmänderungen und durch die geplante Notstandsverfassung tödlich bedroht sind;
- daß die Notstandsgesetze den Zweck verfolgen, im Rahmen der Formierten Gesellschaft die Errichtung der offenen Diktatur zu ermöglichen.

Die KPD steht zum Grundgesetz

Beseitigung des Grundgesetzes die westdeutsche Bevölkerung schon in Friedenszeiten unter Kriegsrecht zu stellen.

2 Die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht und das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung müssen endlich die Politik der Bundesregierung bestimmen. Unvereinbar damit sind atomare Aufrüstung und revanchistische Ansprüche auf das Territorium anderer Staaten. Unvereinbar damit ist der kalte Krieg und die Absicht der Annexion der DDR. Was not tut und was das Grundgesetz gebietet, ist eine Politik des Verhandelns und der Verständigung, ist die Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.“

Die positive Haltung der KPD zum Grundgesetz — so wird in dem Weißbuch weiter dargelegt — entspricht der grundsätzlichen Stellung der KPD zur Demokratie. Kommunisten und Sozialdemokraten waren 1933 und in den folgenden Jahren wegen ihres Eintretens für Frieden, Demokratie und gegen die Hitlersche Kriegspolitik blutigen Verfolgungen ausgesetzt. Von rund 300 000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150 000 verfolgt, eingekerkert und ins KZ ver-

schleppt und zehntausende Funktionäre und Mitglieder der Partei wurden ermordet. Durch die Tätigkeit der Kommunisten in den Verfassungsausschüssen der Länder, im Parlamentarischen Rat, in den Landtagen und im Bundestag hat die KPD nach 1945 den Beweis erbracht, daß sie stets die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte, der Rechte der Parteien und Gewerkschaften und der

Parlamente in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt hat. Zum Nachweis dafür bezieht sich das Weißbuch u. a. auf das politische Wirken bekannter Kommunisten wie des verstorbenen Bundestagsabgeordneten der KPD im ersten Bundestag, Heinz Renner, Essen, sowie der ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten Karl Schabrod, Düsseldorf und Ludwig Landwehr, Osnabrück.

Wege zur Legalität

Im Weißbuch wird festgestellt, daß nicht nur die politische und verfassungsrechtliche Notwendigkeit für die Aufhebung des KPD-Verbots gegeben ist, sondern daß dafür auch die verschiedensten rechtlichen Möglichkeiten bestehen. Dabei wird u. a. auf eine verfassungsrechtliche Untersuchung von Prof. Dr. H. Ridder hingewiesen, derzufolge das KPD-Verbot aufgehoben werden muß, weil es sich gegen das Grundgesetz kehrt. „Denn vor dem Grundgesetz — so Ridder — kann unmöglich ein Justizakt Bestand haben, der die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik fortlaufend sich steigernden Gefahren aussetzt.“

Hinsichtlich der Verpflichtung, das KPD-Verbot aufgrund des im Grundgesetz enthaltenen Wiedervereinigungsgebots aufzuheben, bezieht sich das Weißbuch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956, wonach das Verbot der KPD dem Wiedervereinigungsgebot nicht entgegenstehen dürfe und aufgehoben werden könne. Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat es mit sich gebracht, daß neue Wege zur Vorbereitung der Wiedervereinigung in den Kreis der Überlegungen treten. Die Entwicklung der internationalen Lage, die Erhaltung des Friedens und der Demokratie, das Interesse einer Klimaverbesserung und die Belange des deutschen Volkes machen eine Aufhebung des Verbots notwendig. Das Weißbuch bezieht sich in diesem Zusammenhang auf entsprechende Äußerungen namhafter Persönlich-

keiten, des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Dr. Zweigert, des Gießener Staatsrechtsprofessors Dr. Ridder, des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, des Bonner Publizisten Dr. Sigurd Paulsen u. a.

Ferner wird in dem Weißbuch nachgewiesen, daß die Aufhebung des KPD-Verbots auch durch andere Maßnahmen erfolgen kann wie z. B. durch die von dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Dr. Meyers und anderen vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht.

Am Schluß des Weißbuchs werden die in dem Memorandum von Max Reimann „Die Deutschlandfrage und das KPD-Verbot“ vorgeschlagenen notwendigen und möglichen Maßnahmen für die Aufhebung des KPD-Verbots zitiert:

1. „Erlaß einer Amnestie und Einstellung aller Verfahren, die auf Grund oder im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD sowie anderer Staatsschutzbestimmungen anhängig sind.“
2. Aufhebung des sogenannten vorverlegten Staatsschutzes, das heißt insbesondere aller Bestimmungen des Abschnittes Staatsgefährdung des Strafgesetzbuches, die über die konventionellen Bestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat hinausgehen.
3. Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

Das Weißbuch der KPD ist somit eine überzeugende Dokumentation des gerechten Kampfes und eine weitere Waffe für die Erringung der Legalität.

*) Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dietz Verlag Berlin 1966, 111 Seiten, 2,50 MDN.

